

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#2
2019

Parallele Welten

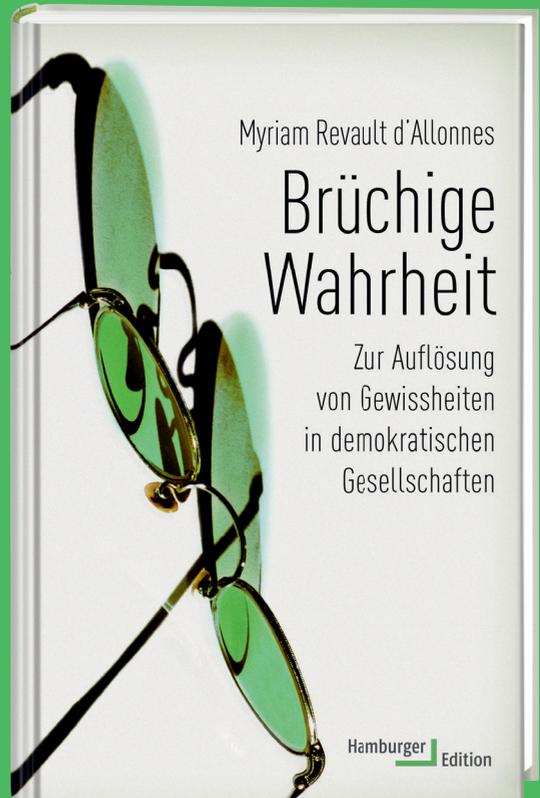
Zwischen alternativen Fakten, Lebens-
realitäten und Diskursverschiebungen

Die Flucht ins Postfaktische Ben Christian |
Kontingente Kopplung Nils Haacke | Parallele
Welten innerhalb der Soziologie mit Rück-
bezug auf Thomas Kuhn Wassili Brassat | Der lange
Schatten von Gustave Le Bon Hendrik Erz

Hat sich das Verhältnis von Wahrheit und Politik radikalisiert? Befinden wir uns in einem postfaktischen Zeitalter?

Die politische Philosophin Myriam Revault d'Allonnes setzt sich scharfsinnig mit der öffentlichen Konstitution von Wahrheit auseinander und offeriert nicht zuletzt entscheidende Erkenntnisse zu aktuellen populistischen Debatten.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Regime der Wahrheit, mit dem Verhältnis von Fakten und Meinungsbildung sowie von Demokratie und öffentlicher Meinung



Gebunden, 128 Seiten, € 18,- | ISBN 978-3-86854-337-7
Auch als E-Book erhältlich

Editorial

Parallele Welten. Zwischen alternativen Fakten, Lebensrealitäten und Diskursverschiebungen

Das Thema der Fake News hat Hochkonjunktur. Durch gezielte Desinformationen entwickeln Menschen ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Die Folge ist, dass fehlinformierte Menschen oftmals schlechte Entscheidungen treffen. Gesellschaften driften auseinander, weil unterschiedliche Gruppen unvereinbare Weltbilder internalisieren und aufgrund eines radikal anderen Bezugs zur Faktenlage nicht einmal mehr miteinander fruchtbar diskutieren können. So fassen die beiden Philosoph_innen Romy Jaster und David Lanius (2019) die Problematik der derzeitigen gezielten Desinformationskultur zusammen. Wie es der Münsteraner Soziologe Aladin El-Mafaalani (2018: 13) in seinem Bestseller zum „*Integrationsparadox*“ treffender nicht zusammenfassen könnte: „[U]nsere Gesellschaft ist gespalten und die Welt ist aus den Fugen geraten – über diese Feststellung herrscht fast Einigkeit. Einigkeit wird selten erreicht und dies ist sehr bemerkenswert.“ Die viel diskutierten Fake News sind dabei Symptom und Ursache zugleich und stellen Epistemiken wie das Wahrheitskonzept in Zeiten der digitalen Transformation vor Herausforderungen. Aber nicht nur Fake News, die je nach Forschungszweck recht

unterschiedlich definiert werden, können als Ursache für die in dieser Ausgabe konstatierten *Parallelen Welten* identifiziert werden: In unserem Expertinneninterview mit der Diskursforscherin Ruth Wodak wird deutlich, dass sich durch extreme Rhetoriken von rechtspopulistischen und -extremen Politiker_innen „*die Grenzen des Sagbaren verschoben haben*“. Sie plädiert für einen intensiven aufklärerischen Dialog zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, der ohne moralische Überhöhung auf Augenhöhe stattfindet.

Neben den Fake News umtreibt soziologische Gegenwartsanalysen auch das Phänomen des Postfaktischen: Jenseits von Fakten kommt es auf gefühlte Wahrheiten an. In politischen Echokammern bilden sich diametrale normative Weltbilder heraus, wie es u. a. im Österreich der Gegenwart deutlich sichtbar ist. Ben Christian argumentiert in unserem ersten Schwerpunktbeitrag, dass es sich bei der „*Flucht ins Postfaktische*“ um eine Flucht vor dem eigenständigen Denken und Agieren handelt. Das Individuum der Moderne versuche, sich seiner eigenen Freiheit zu entziehen, indem es sich selbst als ohnmächtig wahrnimmt. In Anlehnung

an Erich Fromm theoretisiert er, dass sich dabei aber nicht das Individuum der Welt unterordnet, sondern dass es vielmehr die Welt an seine Sicht anpasst und sie seinem Selbst unterwirft.

Anders als der gewählte mikrosoziologische Zugang der Frankfurter Schule fragt sich Nils Haacke, welchen Beitrag die Makrosoziologie Niklas Luhmanns leisten kann, um sich dem Phänomen des Postfaktischen anzunähern. In „*Kontingente Kopplung*“ theoretisiert er mithilfe der Luhmannschen Systemtheorie die „*postfaktische Kommunikation im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*“. Er zeigt, dass es anhand der funktional-strukturellen Perspektive der Systemtheorie keinen ersichtlichen Grund dafür gibt, warum politische Entscheidungen an der Wahrheit des wissenschaftlichen Systems gekoppelt sein müssen. Aus dieser Perspektive sind politische Entscheidungen stattdessen an andere Unterscheidungsformen der Wahrheit gebunden. Die Folge ist die Entstehung einer einflussstarken postfaktischen Politik.

Die Sozialwissenschaften übernehmen zwar die Rolle, diese Phänomene des Postfaktischen und der Fake News analytisch zu begreifen, können aber auch selbst zum Gegenstand der Betrachtung werden, wie Wassili Brassat zu zeigen weiß. In „*Parallele Welten innerhalb der Soziologie*“ greift er die jüngsten Auseinandersetzungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)

mit der Akademie für Soziologie (AfS) auf, um auch hier sich scheinbar ausschließende Paradigmen in den Argumentationen herauszuarbeiten. „*Mit Rückbezug auf Thomas Kuhns*“ Inkommensurabilitätsthese und dessen 1962 etabliertem Paradigmenbegriff erläutert er anhand von Stellungnahmen und Positionen der AfS, dass diese mit Hilfe einer überhöhten Rhetorik eine parallele Welt zur DGS im Sinne des Schwerpunktthemas konstruieren.

Auch im letzten Beitrag zum Schwerpunkt wird sich mit der Soziologie als Akteurin in der Konstruktion von *Parallelen Welten* auseinandergesetzt. Hendrik Erz widmet sich in „*Der lange Schatten von Gustave Le Bon*“ dem „*sprachlichen Einfluss der Crowd Science auf die Soziologie der Gewalt*“. Ausgehend von Le Bons Hauptwerk der „*Psychologie der Massen*“ von 1895, welches nach wie vor die sozialwissenschaftliche Analyse von Menschenmengen prägt, zeigt Erz mithilfe von Antonio Gramscis Konzept der Hegemonie, dass Le Bons Charakterisierung von Crowds als irrational und ansteckend der herrschenden Klasse diene, um gegen Unruhen vorzugehen. Er reflektiert daneben die Rolle der Soziologie und plädiert, dass sie sich aus dem Schatten Le Bons lösen muss.

Unser jüngster Redaktionszugang, Andrea Piontek, schließt den Schwerpunktteil mit einer umfassenden Literaturübersicht zum Thema ab.

Anders als die *Parallelen Welten*, die unsere Autoren in ihren Beiträgen beschreiben, ist unsere Redaktionsarbeit mit der Wissenschaft und dem Leben vereinbar. Uns in der Redaktion beschäftigt das Planen und Produzieren von parallel laufenden Projekten neben unseren Studien und Berufstätigkeiten. In dem Beitrag „*How to Make a Soziologiemagazin*“ reflektieren Hendrik Erz, Andreas Schulz und Veronika Riedl unsere internen Redaktionsabläufe und stellen anhand eines Kalenderjahres die Arbeit in einem wissenschaftlichen Journal vor. Neben den beiden regulären Themenheften, die im Frühjahr und Herbst erscheinen, werden die Arbeit am wissenschaftlichen Blog, die Journal-PR sowie außerturnusmäßige Projekte wie Sonderhefte vorgestellt. Der Beitrag soll die synchronen wie auch diskontinuierlichen Arbeitsweisen einer ehrenamtlichen Redaktion vorstellen, um Einblick und Transparenz in unsere Arbeit zu ermöglichen.

Zuletzt erwartet euch wie gewohnt die Mitmachseite und eine Tagungs- und Veranstaltungsübersicht. Diese Servicebeiträge, das Layout des Heftes, die im Heft vorgestellten Texte, der wissenschaftliche Blog und vieles mehr wären ohne das ehrenamtliche Engagement der einzelnen Redaktionsmitglieder nicht realisierbar. Die Arbeit in einer solchen Redaktion ist jedoch oftmals von eher kurzer Dauer, da das Leben einen stetig woanders hinleitet und vor neue Aufgaben

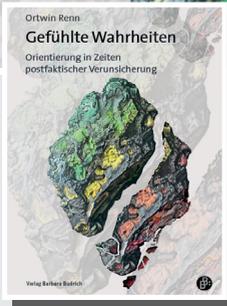
und Herausforderungen stellt, sodass es oftmals an der notwendigen Zeit fehlt, weiter an einem parallel laufenden Projekt mitzuwirken. Daher möchten wir uns bei drei langjährigen Redaktionsmitgliedern bedanken, die uns dieses Jahr aufgrund von Familie, Beruf und Politik verlassen haben. Wir danken Eva-Maria Bub, Wibke Henriette Liebhart und Sarah Kaschuba für ihr bedingungsloses Engagement, ihr Einbringen von Call4Papers-Ideen, die Umsetzung toller Blogreihen, die Betreuung unseres Wissenschaftlichen Beirats und unseres Blogs sowie die Vereinsarbeit, ohne die das Heft nicht funktionieren würde. Wir wünschen euch alles Gute auf eurem weiteren Weg und hoffen, dass ihr uns als Leserinnen treu bleibt.

Abschließend wünschen wir allen Leser_innen viel Freude beim Lesen unserer 20. Ausgabe und bedanken uns herzlich für das Interesse an unserem Magazin genauso wie für die spannenden Einsendungen, die die Grundlage unserer Hefte darstellen.

Stellvertretend für die Redaktion des *Soziologiemagazins*, September 2019

Andreas Schulz

Das Editorial wurde von **Tanja Strukelj** und **Tatiana Huppertz** lektoriert.



Ortwin Renn

Gefühlte Wahrheiten

Orientierung in Zeiten
postfaktischer
Verunsicherung

2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

2019 • 180 S. • Kart. • 16,90 € (D) • 17,40 € (A)

ISBN 978-3-8474-2271-6 • eISBN 978-3-8474-1342-4

Populistische Strömungen gewinnen weltweit an Resonanz, gleichzeitig beobachten wir ein tiefes Misstrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik, in die Fairness der Wirtschaft und die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Der Soziologe und Risikoforscher Ortwin Renn führt diese Tendenzen auf gesellschaftliche Verunsicherung angesichts gesellschaftlicher Veränderung und Komplexität zurück. In seinem Buch untersucht er die aktuellen gesellschaftlichen Ängste, ihre Ursachen und Folgen. Aufklärend zielt Renn darauf, Verunsicherung abzubauen. Zudem will Renn mit diesem Buch mehr Zuversicht in die Leistungskraft der zentralen gesellschaftlichen Institutionen, aber auch mehr Zutrauen in die eigene Gestaltungskraft wecken.

Prof. Dr. Dr. h.c. Ortwin Renn, Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und Professur für Umwelt- und Techniksoziologie, Universität Stuttgart

www.shop.budrich.de

2 / 2019

Editorial 1
 Parallele Welten. Zwischen alternativen Fakten, Lebensrealitäten und Diskursverschiebungen |
 von *Andreas Schulz*

Interview

„Die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben“ 7
 Ein Expertininterview mit Ruth Wodak | *geführt von Andreas Schulz*

Schwerpunkt

Die Flucht ins Postfaktische 19
 Von der Selbst-Verleugnung zur Welt-Verleugnung | *von Ben Christian*

Kontingente Kopplung 33
 Postfaktische Kommunikation im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft | *von Nils Haacke*

Parallele Welten innerhalb der Soziologie mit Rückbezug auf Thomas Kuhn 51
 von *Wassili Brassat*

Der lange Schatten von Gustave Le Bon 71
 Zum sprachlichen Einfluss der Crowd Science auf die Soziologie der Gewalt | *von Hendrik Erz*

Literatur zum Thema | *von Andrea Piontek* 89

Public Sociology

How to make a Soziologiemagazin 94
 von *Andreas Schulz, Hendrik Erz & Veronika Riedl*

Aus der Redaktion

Tagungen und Termine 104
 Redaktionsteam und Danksagung 106
 Impressum 109



Wer würde nicht gerne in einem Magazin erscheinen?

Falls du gerne schreibst und Begeisterung für die Soziologie aufbringst, könnte in der nächsten Ausgabe dein Beitrag hier gelistet sein!

INTERVIEW



„Die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben“

Ein Expertininterview mit Ruth Wodak

von Andreas Schulz

7

SozMag: *Sehr geehrte Frau Wodak, Sie schreiben einleitend in Ihrem Buch „Politik mit der Angst“ (2016), dass Sie sich bereits seit vielen Jahren mit dem Thema Rechtspopulismus beschäftigen. Wissen Sie noch, welches bestimmte Ereignis Sie veranlasst hat, in diesem Forschungsgebiet zu arbeiten und warum?*

Wodak: Ich kann mich sehr gut daran erinnern, welche Ereignisse sowohl mich als auch meine Kolleg_innen am Institut für Sprachwissenschaft der Uni Wien dazu bewogen haben, uns der genauen Analyse des Rechtspopulismus und der entsprechenden Rhetorik zuzuwenden: der Aufstieg Jörg Haiders 1986, die sogenannte „Waldheim-Affäre“ im selben Jahr sowie der darauffolgende steile Aufstieg der FPÖ ab 1989 waren sicher u.a. ausschlaggebend.

Es war schon damals deutlich zu erkennen, dass sich ein neues Identitäts- und Geschichtsnarrativ entwickelt hat, begleitet von einem neuen politischen Diskurs, gerichtet an das scheinbar homogene „wahre“ (österreichische) Volk. Ein Diskurs, der sich gleichzeitig gegen das Establishment und die Eliten sowie gegen Fremde, insbesondere aus Osteuropa, richtete. Natürlich spielte die Person Jörg Haider damals eine große Rolle, auch was seinen Habitus und seine Rhetorik bzw. Gesprächsführung betraf. Einerseits war er – wie die meisten FPÖ-Politiker_innen – NLP-geschult, andererseits ein geschickter Demagoge, der den „kleinen Mann und die kleine Frau“ anzusprechen vermochte.

1989 kam es nach dem sogenannten „Fall des Eisernen Vorhangs“ zu einem massiven Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, als viele

Menschen aus dem ehemaligen Ostblock nach Österreich einwanderten. Zu diesen Entwicklungen haben wir übrigens mehrere Forschungsprojekte durchgeführt und Bücher auf Deutsch und Englisch veröffentlicht, wie „*Notwendige Maßnahmen gegen Fremde?*“ (1995), „*The Haider Phenomenon*“ (2002), „*Dreck am Stecken*“ (2002), „*The Politics of Exclusion*“ (2009), „*Rightwing Populism in Europe: Politics and Discourse*“ (2013), „*Politics of Fear*“ (2015a) sowie eine Vielzahl von Aufsätzen (u.a. Forchtner et al. 2013; Rheindorf/Wodak 2019; Wodak 2015b, 2017a, b, 2018, 2019).

8

Viele inhaltliche Argumentationen, viele Metaphern und andere rhetorische Tropen wie auch diskursive Strategien der Ausgrenzung von den Diskursen um 1989 lassen sich in den Diskursen um die Flüchtlingsbewegung 2015 wiederfinden (vgl. Wodak 2015a; Rheindorf/Wodak 2018; Fuchs 2016). Natürlich sind solche diskursiven und argumentativen Strategien nicht nur in Österreich zu beobachten, sondern – jeweils kontextbedingt – in vielen anderen Ländern, realisiert von den entsprechenden rechtspopulistischen Parteien und deren Politiker_innen (Man denke nur an Matteo Salvini LEGA, an den US-Präsidenten Donald Trump, an die Brexit-Partei von Nigel Farage, oder auch an Viktor Orbans Fidesz).

SozMag: *Um was für Strategien handelt es sich, welche sind typisch sowohl für die frühere als auch die aktuelle Politik der Angst?*

Zu diesen Strategien zählen beispielsweise die sogenannte „Opfer-Täter-Umkehr“, d.h., die Zuwandernden werden als mächtig, ja als Invasor_innen dargestellt, die Mehrheitsbevölkerung hingegen als ohnmächtig und schwach. Sprachliche Mittel bei den Diskursen über Flüchtlinge und Migration sind häufig Flut- und andere Naturkatastrophenmetaphoriken („Flüchtlingsströme, Tsunami, Flüchtlingswellen“) sowie entmenschlichende Vergleiche, die die Fremden mit Tieren, insbesondere Schädlingen, und Krankheitserregern gleichsetzen (Fremde seien wie „Parasiten“ oder „Viren“). Insgesamt weist die Rhetorik, damals wie heute, ein Framing des „Krieges“ und des „Kampfes“ auf und verweist damit auf eine typische *Body-Politic*, bei der Fremde scheinbar in den „Volkskörper“ gewaltsam eindringen. Dies manifestiert nativistische Ideologien und eröffnet Assoziationen zu faschistischem Gedankengut.

Diese Entmenschlichung und die entsprechende Kriegsmetaphorik machen zunächst Angst; die Obleute solcher Parteien stilisieren sich im nächsten Schritt als „Retter der Nation“, die das „wahre Volk“ beschützen müssen und es auch können. Gleichzeitig werden simplistische Dichotomien hergestellt, die die Gesellschaft einem „Kampf-Framing“ entsprechend charakterisieren sollen: Die Welt ist systematisch in „Wir“ und die „Anderen“ geteilt; diese Anderen sind – so wird propagiert

Ruth Wodak

Ruth Wodak ist emeritierte Professorin für Diskursforschung an der Lancaster University (UK) und für Angewandte Linguistik an der Universität Wien. Sie hat 1974 an eben dieser promoviert und 1980 habilitiert. Sie ist Trägerin vieler Preise, darunter der Wittgenstein Preis für Elite Wissenschaftler_innen (1996), das Große Silberne Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich (2011); 2018 wurde sie mit dem Lebenswerk Preis des Frauenministeriums ausgezeichnet. Sie ist Mitglied der *Academia Europaea* und der *British Academy of Social Sciences*. Ihre Forschungstätigkeiten umfassen folgende Gebiete: kritische Diskursforschung, Sprache und Politik (Populismusforschung), Identitäts- und Vergangenheitspolitik, Gender Studies, Migrationsforschung, und linguistische Vorurteilsforschung zu Rassismus sowie Antisemitismus.



– böse und die alleinige Ursache von Problemen, die es zu lösen gilt. Dabei können die „Anderen“ jeweils kontextabhängig definiert und ausgegrenzt werden. Die Sündenbock-Strategie erlaubt nun in einem dritten Schritt, diesen jeweils arbiträr definierten „Anderen“ sämtliche Schuld an den großen Herausforderungen und Problemen zuzuschreiben.

1989 waren die „Anderen“ Migrant_innen aus den ehemaligen Ostblockländern; 2015 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, dem Iran, und aus anderen Kriegsgebieten. Hinzu kommt, dass alle Fremden (jene, deren Einreise man aus den obengenannten Gründen verhindern will), unter eine Kategorie gefasst und gleichzeitig kriminalisiert werden:

Sie seien alle „illegale Migrant_innen“. Dazu muss betont werden, dass in den Sozialwissenschaften und übrigens auch im Globalen Migrationspakt von „irregulären Migrant_innen“ gesprochen wird, als „illegal“ werden nur Menschen bezeichnet, wenn sie mit negativem Asylbescheid bzw. ohne Aufenthaltsbewilligung gesetzeswidrig im Land verharren. Hier muss ich aber einfügen, dass es selbstverständlich auch willkommene Migrant_innen gibt: etwa Tourist_innen, wohlhabende und qualifizierte/privilegierte Migrant_innen (die beispielsweise in internationalen Organisationen arbeiten oder auch Wissenschaftler_innen).

Zusammenfassend schlage ich vor, die rechtspopulistischen Ideologien, denn

darum handelt es sich, anhand folgender vier Dimensionen zu bestimmen: Erstens, *Nationalismus/Nativismus/Anti-Pluralismus*, d.h. rechtspopulistische Parteien beziehen sich auf ein scheinbar *homogenes Ethnos* (Gemeinschaft, Volk), das nach ethnischen – häufig sogar nach nativistischen (blutbezogenen) Kriterien – definiert wird. Wert wird hierbei auf ein sogenanntes *Kernland* (oder *Heimat*) gelegt, das vor scheinbar gefährlichen Eindringlingen geschützt werden muss. Auf diese Weise werden *Bedrohungsszenarien* aufgebaut – die Heimat oder das „Wir“ werden von „Anderen“ bedroht. Zweitens wird der *Anti-Elitismus* betont, oft verbunden mit starker EU-Skepsis. Außerdem werden plebiszitäre Verfahren bevorzugt, die Suche nach einer „wahren, direkten Demokratie“, wobei eine sogenannte „formalistische Demokratie“ als Antonym dargestellt wird; derart würden immer die Mehrheit bevorzugt, Minderheiten allerdings nicht mehr geschützt. Drittens spielt *Autoritarismus* eine zentrale Rolle: Ein *Retter*, ein *charismatischer Führer*, wird verehrt, der zwischen den Rollen von Robin Hood (Schutz des Sozialstaats, Unterstützung von „Mann und Frau auf der Straße“) und einem „strengem Vater“ wechselt. Dieser Retter soll für Sicherheit sorgen, anhand von restriktiver *Law-und-Order*-Politik. Viertens spielt die Dimension des *Konservatismus* und *Geschichtsrevisionismus* eine zentrale Rolle: Es geht um *traditionelle, konservative Werte* (traditionelle Geschlechter-

rollen und Familienwerte), man beharrt auf dem Status quo bzw. ist in seinen Werten rückwärtsgewandt. Der Schutz der Heimat bedingt auch den Glauben an ein gemeinsames *Narrativ der Vergangenheit*, in der „Wir“ entweder Held_innen oder Opfer des Bösen waren (z.B. Opfer einer *Verschwörung* von Feind_innen des Vaterlandes). Sozialleistungen sollen im Sinne eines *Wohlfahrtschauvinismus* nur für die echten/wahren Mitglieder des *Ethnos* gelten. Solche Parteien werben für *Veränderung*, weg von einem höchst gefährlichen Weg, der demnach in ein apokalyptisch ausgemaltes Inferno führe (Wodak 2017b; Rheindorf/ Wodak 2019).

SozMag: *Welche Veränderungen konnten Sie seitdem innerhalb des Diskurses bestimmen und wie haben die (Sozial-)Wissenschaften darauf reagiert?*

Wodak: Die Sozialwissenschaften haben sich auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen disziplinären Perspektiven heraus damit beschäftigt, wie beispielsweise im Rahmen der Politikwissenschaft innerhalb der supply/demand-Forschung, die unter anderem den Fragen nachgeht, was solche Parteien bieten, welche Bedürfnisse sie ansprechen oder was bestimmte Wähler_innengruppen erwarten. In der Geschichtswissenschaft spielen diese Veränderungen bei der Frage nach historischen Kontinuitäten und Brüchen bei faschistischen und rechtsextremen

”

[Ich bin] fest davon überzeugt, dass sich derart komplexe Phänomene am besten interdisziplinär untersuchen lassen.

Parteien und Bewegungen eine Rolle. Die Ökonomie befasst sich wiederum mit dem Einfluss der Globalisierung und der Finanzkrise auf solche Veränderungen.

Allerdings bin ich fest davon überzeugt, dass sich derart komplexe Phänomene am besten interdisziplinär untersuchen lassen und auch immer kontextabhängig betrachtet werden sollten. Denn man kann die vielen unterschiedlichen rechtspopulistischen Parteien und die Ursachen für ihre Erfolge keineswegs über einen Kamm scheren. Es ist beispielsweise zu beobachten, dass gerade in sehr reichen Ländern, wie in Norwegen, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich, solche Parteien höchst erfolgreich Wahlkämpfe bestreiten und großen Zuspruch erfahren, obwohl die Finanzkrise sich in diesen Ländern weit weniger ausgewirkt hat als etwa im europäischen Süden. Dies hängt unter anderem mit großen Verlustängsten zusammen, Ängsten, dass man „uns“ etwas wegnimmt, mit einer demographischen Panik („Wir“ sterben aus). – Identitätspolitik und Wohlfahrtsschauvinismus spielten und spielen in diesen Ländern eine große Rolle. Die Argumentation stützt sich darauf, dass die

sozialen Errungenschaften nicht verloren gehen dürfen und dass diese ausschließlich für das „wahre“ Volk bestimmt sind, für die „echten“ Österreicher, Finnen, Deutschen, Ungarn, Franzosen.

Anders verhält es sich etwa in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, wo die Finanzkrise voll eingeschlagen hat und noch immer (11 Jahre später) eine massive Jugendarbeitslosigkeit herrscht. Die neoliberale Austeritätspolitik hat die Einkommensschere stark vergrößert, viele Länder haben wichtige Sozialleistungen gekürzt. Die Wahrnehmung vieler Menschen war und bleibt jedoch, dass vor allem die Banken, nicht aber die Menschen vom Staat gerettet wurden. Daher gab es beispielsweise in Griechenland eine starke Polarisierung zwischen links- und rechtspopulistischen/rechtsextremen Parteien, wie SYRIZA einerseits, und der Goldenen Morgenröte andererseits. Trump hat ebenfalls viel Resonanz in de-industrialisierten Gebieten und verarmten Städten erhalten; aber natürlich nicht nur – Trumps Wahlsieg war von vielen anderen Faktoren abhängig, wie u.a. Yascha Mounk (2018) und John Judis (2016) ausführlich dargestellt haben.

SozMag: Welche Konsequenzen haben diese ‚Diskursverschiebungen‘ auf unser Verständnis von Zusammenleben?

Wodak: Erstens haben sich die Grenzen des Sagbaren spürbar und signifikant verschoben; derart kommt und kam es zu einer Normalisierung rechtsextremer, ehemals tabuisierter Inhalte und Begriffe. Wöchentliche, wenn nicht tägliche sogenannte „Einzelfälle“, intentionale Provokationen und Tabubrüche von Politikern wie Verhetzung, antisemitische und anti-muslimische Äußerungen, Anspielungen auf Nazi-Jargon bzw. dessen Euphemisierung, usw., führen trotz entsprechender Empörung zu einem Gewöhnungseffekt. Die Aushöhlung demokratischer Institutionen, die schleichende, aber häufige und systematische Umdefinierung bzw. sogar Ablehnung demokratischer Prozeduren (wie etwa die Nichtbeantwortung parlamentarischer Anfragen, das Vernachlässigen von Gutachten zu Gesetzesentwürfen, Einschüchterungsversuche und ein Untergraben der Pressefreiheit sowie Attacken auf die unabhängige Justiz) führen, wie beispielsweise in Ungarn oder Polen, Schritt für Schritt in eine zunehmend explizit autoritäre Regierungsform.

Aufgrund der neuen, sozialen Medien kann die vierte Säule einer pluralistischen, liberalen Demokratie, der Journalismus, für manche Politiker_innen und Parteien an Bedeutung verlieren, ja sogar obsolet werden: Politiker_innen wenden sich nun direkt an „das Volk“ und erreichen über Facebook, Instagram und Twitter viele „friends und followers“.

Vielerorts wird die muslimische Bevölkerung verstärkt ausgegrenzt (siehe beispielsweise für den österreichischen Fall den Report von SOS-Mitmensch 2019). Falsche Generalisierungen verstärken Vorurteile – gerade auch in jenen Regionen oder Ländern, wo kaum oder sehr wenige Muslime leben, wie z.B. in Polen (Bevelander/Wodak 2019). Das traditionelle Feindbild einer sogenannten „mächtigen jüdischen Weltverschwörung“ dient darüber hinaus wieder global als Sündenbock; der US-amerikanische, ursprünglich aus Ungarn stammende, jüdische Philantrop George Soros wird metonymisch als Symbol des Bösen schlechthin konstruiert: Orbán, Trump, Babiš, Kaczyński, Salvini, Gudenus, und viele andere rechtspopulistische Politiker_innen unterstellen Soros,

” [D]ie Grenzen des Sagbaren [haben sich] spürbar und signifikant verschoben; derart kommt und kam es zu einer Normalisierung rechtsextremer, ehemals tabuisierter Inhalte und Begriffe.

als Drahtzieher sämtliche Flüchtlinge und Migrant_innen nach Europa bzw. in die USA zu bringen. Derart verbinden sich anti-muslimische, xenophobe und anti-semitische Stereotype zu einem riesigen und äußerst bedrohlichen Verschwörungsszenario, das tatsächlich an die 1930er erinnert: Früher diente „Rothschild“ als Symbol für den imaginierten mächtigen Juden und damit als Projektionsfläche für alle komplexen gesellschaftlichen Probleme - heute ist es „Soros“.

Eine weitere signifikante Diskursverschiebung betrifft ein Verhalten, das ich als „*schamlose Normalisierung*“ bezeichne: Viele bestehenden Konventionen (der Höflichkeit, der Diskussion und Auseinandersetzung, der Verhandlung, der Konfliktaustragung usw.) wurden und werden in der politischen Auseinandersetzung immer häufiger über Bord geworfen. Dazu zählen die unsäglichen sexistischen Äußerungen gegenüber und die Angriffe auf Politikerinnen und Journalistinnen von Donald Trump, die fast täglich lancierten Lügen und Unwahrheiten, sowohl über traditionelle Medien wie auch online und über Social Media. Diese werden zwar jeweils schnell als Unwahrheiten enttarnt – aber, und das ist der wesentliche Punkt, das Verhalten zieht keine oder kaum Konsequenzen nach sich (Block 2019; Moffitt 2016; Wodak 2019). Entschuldigungen scheinen nicht mehr als notwendig zu gelten, Beleidigungen bleiben im Raum

stehen. Man bewegt sich in verschiedenen, voneinander völlig abgegrenzten Diskurswelten, in denen signifikant unterschiedliche Normen und Regeln gelten.

Zudem besteht häufig *kein Interesse an einer sachlichen Auseinandersetzung*, Diskussionen werden destruktiv, als Kampf geführt. Die geballten Angriffe auf die jeweils arbiträr definierten Eliten finden vermehrt positive Resonanz, im Sinne: „endlich traut sich jemand, das zu sagen, was sich alle denken“. Dabei kommt einem Strohmännchen-Argument große Bedeutung zu: rechtspopulistische Parteien geben vor, gegen eine „Sprachpolizei“, gegen eine als Zensur erlebte „Political Correctness“ anzukämpfen – obwohl überall Meinungsfreiheit herrscht, solange nicht gegen bestimmte Gesetze verstoßen wird (wie gegen Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, gegen das Verbotsgesetz in Österreich usw.). Gleichzeitig lehnen solche Politiker_innen selbst jegliche Kritik ab und stilisieren sich schnell als Opfer (einer gegnerischen Kampagne etwa). Oft ist solches Verhalten mit der Strategie der Opfer-Täter-Umkehr verbunden.

All dies wirkt sich entsprechend – natürlich nicht kausal gesehen – auf unsere politische und mediale Kultur aus (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017):

Es kommt zu immer größerem Vertrauensverlust in die nationale und transnationale

Politik, damit auch zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit, einer Depolitisation, einer „Postdemokratie“ (vgl. die Theorien des britischen Soziologen Colin Crouch). Eine solche kann schließlich von einer zunehmenden Sehnsucht nach „Rettern aus der Not“, nach „einem starken Mann“ begleitet sein.

Die Ablehnung von wissenschaftlichen Eliten und wissenschaftlicher Expertise führt weiter zu einer Ablehnung kritischer, unabhängiger Expert_innen, also der Leugnung faktenbasierten Wissens. Fakten werden zu Meinungen degradiert, zu sogenannten „alternative facts“. Mit simplen Lösungen kann man natürlich schnell punkten; sie stellen sich jedoch häufig als kurzfristig, untauglich oder sogar als falsch heraus. Weiter ist auffällig, dass die Inszenierung von Politik überhandnimmt, auf Kosten von differenzierten und auch komplexen Inhalten. Slogans übernehmen die Funktion von Argumenten, Gleichklang die Funktion von Meinungsvielfalt und Diskussion.

SozMag: *Intellektuelle wie Chantal Mouffe schlagen als Reaktion auf die Diskursverschiebungen einen „linken Populismus“ vor. Auch prominente Politiker_innen teilen diese Ansicht. Für wie sinnvoll erachten Sie derartige Reaktionen und Forderungen hinsichtlich eines demokratischen Diskursverständnisses?*

Wodak: Ich denke, dass in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Kommunikationsstile, -inhalte und Textsorten erforderlich sind. Natürlich sind gute Slogans im Kontext einer Wahlauseinandersetzung wichtig; auch positive Narrative und ein anderes Framing können als Gegendiskurse wirksam werden. Insgesamt sind stärkere Initiative und Themensetzung, anstelle von stetem Reagieren auf lancierte Provokationen wichtig. Die Provokations- und Empörungsdynamik, die ich in meinem Buch „*Politik mit der Angst*“ ausführlich beschreibe („das rechtspopulistische Perpetuum Mobile“), muss durchbrochen werden. Letztlich halte ich mehr Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungen, vor allem lokal, für wesentlich. Mehr Dialog auf Augenhöhe ist notwendig. Wie das gelingen kann, führt uns das irische Modell erfolgreich vor Augen. Sehr komplexe Themen werden vor einer Parlamentsabstimmung von 100 zufällig ausgelosten Menschen kontinuierlich und mit Unterstützung von Moderator_innen und Expert_innen jeweils ein Jahr lang bearbeitet und als Vorschlag in den Entscheidungsprozess eingebracht. Die Partizipation ist institutionalisiert; Teilnehmer_innen zeigen sich im Nachhinein sehr zufrieden und meinen, dass ihre „Stimme“ endlich gehört wird.

SozMag: *Sie betonen in Vorlesungen, dass ihr Buch „Politik mit der Angst“ entstand, noch bevor an eine Trump-Präsidentschaft,*

den Brexit oder eine erfolgreiche Etablierung einer rechtspopulistischen (bis hin zu rechtsnationalen) Partei in Deutschland zu denken war. Warum gibt es Ihrer Meinung nach derzeit so viele reaktionäre Bewegungen und Politiker_innen, die die gesellschaftlichen Diskurse derart bestimmen?

Wodak: Das ist eine schwierige Frage. Teilweise wurden die Unzufriedenheit und Verunsicherung vieler Menschen von den Mainstream-Parteien unterschätzt, teilweise wurden mit Lügen und Unwahrheiten, ja sogar mit gekauften Datenmengen (wie von Cambridge Analytica, im Falle des Brexit Referendums 2016) Referenden und Wahlen entscheidend beeinflusst.

Verlustängste, Ressentiments und Neid wurden und werden vielerorts sehr geschickt geschürt und manipuliert. Als Folge der neoliberalen Austeritätspolitik hat der Fokus auf den Einzelnen, auf Leistung zu Ungunsten einer kollektiven Solidarität, ebenfalls wesentlich zugenommen. Die wachsende Ungleichheit und steigende Armut wurden vom Mainstream viel zu wenig beachtet, was bei vielen Menschen sicherlich zu berechtigter „Wut“ geführt hat („man hat die Banken, nicht die Menschen gerettet“). Die sehr unterschiedlichen Folgen vermehrter Einwanderung in die Städte und die damit verbundenen Konsequenzen für Bildungseinrichtungen wurden viel zu lange nicht und zu wenig wahrgenommen. Dadurch wurden zu wenig

Maßnahmen für eine sinnvolle Integration von Fremden finanziert und implementiert. In Zeiten großer Verunsicherung (vgl. die sehr wichtigen Arbeiten von Zygmunt Bauman) wirken autoritäre und gleichzeitig simple Angebote, die gezielt Sündenbockstrategien einsetzen, bekanntlich gut.

SozMag: *Wir wissen, dass nicht nur in Ländern mit autoritären, nationalsozialistischen und faschistischen Vergangenheiten neue Formen autoritärer Politik nachgefragt werden. Gibt es soziologische Determinanten, mit denen man sich diesen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen annähern kann und inwiefern greift das Erklärungsmodell, dass viele Menschen sich in der derzeitigen Phase der Globalisierung „nach einem starken Führer“ sehnen?*

Wodak: Wir leben in Zeiten großer Beschleunigung, riesiger Herausforderungen und zum Teil nicht vorhersehbarer Krisen. All dies kann zu einem Gefühl kollektiver Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit des Einzelnen bzw. der Einzelnen führen; auch eine nationale Politik ist von transnationalen und globalen Phänomenen bestimmt und abhängig. Zudem scheint die Wirtschaft die Politik zu bestimmen, und nicht umgekehrt. Einerseits ist jeder und jede aufgrund der globalisierten Kommunikationsmittel potentiell „mit fast der ganzen Welt“ in Verbindung, andererseits führen die großen Herausforderungen wie die Klimakrise,

”

Die Wissenschaft kann wesentlich zur Aufklärung beitragen, allerdings muss sich auch „die Wissenschaft“ deklarieren, Position beziehen und sich in verständlicher Form äußern.

Terror, Migration usw. zu einer rückwärtsgewandten Sicht, einer Retrotopia, zu einer Verstärkung von Nationalismus und neuen materiellen und symbolischen Grenzziehungen. Das Brexit-Referendum und der Trumpismus weisen auf große Stadt-Land-Differenzen hin, auf den Faktor Mobilität als distinktives Merkmal für Wählerentscheidungen: Mobile Menschen wohnen, so wird angenommen, eher im städtischen Raum und gelten als weltoffener. Auch Generationsunterschiede spielen eine Rolle (ältere Menschen haben bspw. eher für einen Brexit gestimmt). Genderpolitik rückt ebenfalls zunehmend in den Vordergrund: eine nativistische und heteronormative nationale Identität steht multikulturellen und diversifizierten nationalen Identitäten immer öfter gegenüber. Erwiesenermaßen wählen Männer häufiger als Frauen rechtspopulistische Parteien.

SozMag: *Was braucht es, die verschiedenen gesellschaftlichen Teile und ihre ‚Wahrheiten‘ (Stichwort postfaktische Realitäten) wieder zusammenzubringen und welchen Beitrag kann die Wissenschaft dabei leisten?*

Wodak: Die Wissenschaft kann wesentlich zur Aufklärung beitragen, allerdings muss sich auch „die Wissenschaft“ deklarieren, Position beziehen und sich in verständlicher Form äußern und dies in vielen verschiedenen Öffentlichkeiten, mittels unterschiedlicher Textsorten. Solange es in der Wissenschaft vor allem darum geht (bzw. für viele junge Wissenschaftler_innen darum gehen muss), in möglichst vielen Impact Journals zu publizieren (und derart notwendigerweise ihre Ergebnisse nicht einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen zu können), wird sie kaum Einfluss erlangen (vgl. etwa Bevelander/Wodak 2019). Natürlich gehören gerade Wissenschaftler_innen zu „den Eliten“, die vielerorts abgelehnt werden. Daher muss die Wissenschaft bzw. müssen die Wissenschaftler_innen den Dialog mit vielen Menschen suchen, Fragen beantworten, zuhören, aufklären ohne moralisierenden Zeigefinger, verständlich und diskursiv; aber gleichzeitig immer klare Grenzen der Akzeptanz signalisierend, auf der Basis unserer pluralistischen Demokratie und Verfassung.

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt** (1995): Making and Unmaking of Strangers. In: Thesis Eleven Jg. 43/1, S. 1-16.
- Bevelander, Pieter/Wodak, Ruth (Hrsg.)** (2019): Europe at the Crossroads. Göteborg: Nordicum.
- Block, David** (2019): Post-Truth and Political Discourse. Basingstoke: Palgrave.
- Forchtner, Bernhard/Krzyzanowski, Michal/Wodak, Ruth** (2013): Mediatization, right-wing populism, and political campaigning: the case of the Austrian Freedom Party. In: Tolson, Andrew/Ekström, Mats (Hrsg.): Media talk and political elections in Europe and America. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 205-228.
- Fuchs, Christian** (2016): Racism, Nationalism and Right-Wing Extremism Online: The Austrian Presidential Election 2016 on Facebook. In: momentum Quarterly Jg. 5/3, S. 172-196.
- Judis, John B.** (2016): The Populist Explosion. How the great Recession transformed American and European Politics. New York: Columbia Global Reports.
- Krzyzanowski, Michal/Wodak, Ruth** (2009): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januscheck, Franz** (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Form von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen.
- Moffitt, Benjamin** (2016): The Rise of Global Populism. Stanford: University Press.
- Mounk, Yascha** (2018): The People vs. Democracy. Cambridge: University Press.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Roviro** (2017): Populism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rheindorf, Markus** (2017): Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Diskursfiguren zur „Integrationsunwilligkeit“. In: Zeitschrift für Diskursforschung Jg. 2017/2, S. 182-206.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth** (2017): Borders, Fences, and Limits. Protecting Austria from Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. In: Journal of Immigrant and Refugee Studies Jg. 16/1-2, S. 15-38.
- Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth** (2019): "Austria First" Revisited: A diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right. In: Patterns of Prejudice Jg. 53/3, S. 302-320.
- Wodak, Ruth** (2015a): Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean. London, UK: Sage. (auf Deutsch übersetzt 2016: Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechts-populistischer Diskurse. Berlin/Wien: Konturen).
- Wodak, Ruth** (2015b): Normalisierung nach Rechts: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und Kritischer Öffentlichkeit. In: Linguistik Online Jg.73/4, S. 27-44.
- Wodak, Ruth** (2017a): The 'Establishment', the 'Élites', and the 'People': Who's who? In: Journal of Language and Politics Jg. 16/4, S. 471-484.
- Wodak, Ruth** (2017b): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. Politische Vierteljahresschriften Jg. 59/2, S. 323-336.
- Wodak, Ruth** (2018): "Strangers in Europe": A Discourse-historical Approach to the Legitimation of Immigration Control 2015/16. In: Zhao, Sumin/Djonov, Emilia/Björkvall, Anders/Boeris, Morten (Hrsg.): Advancing Multimodal and Critical Discourse Studies. London: Routledge, S. 31-50.
- Wodak, Ruth** (2019): Entering the 'Post-Shame Era' – the Rise of Illiberal Democracy, Populism and Neo-Authoritarianism in EU-ropes: The case of the turquoise-blue government in Austria 2017/2018. In: Global Discourse. An interdisciplinary journal of current affairs Jg. 9/1, S. 195-213, doi:[10.1332/204378919X15470487645420](https://doi.org/10.1332/204378919X15470487645420).
- Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.)** (2013): Right-wing populism in Europe. Politics and discourse. London: Bloomsbury.

Das Interview wurde von **Andreas Schulz** vorbereitet und von Frau Wodak im August 2019 schriftlich beantwortet. Am Lektoratsprozess waren die Redaktionsmitglieder **Cathrin Mund** und **Tamara Schwertel** beteiligt.

SCHWERPUNKT



Die Flucht ins Postfaktische

Von der Selbst-Verleugnung zur Welt-Verleugnung

von Ben Christian

19

Das Phänomen des Postfaktischen lässt sich in Anlehnung an Erich Fromm als einen modernen Fluchtmechanismus verstehen. Es handelt sich beim Postfaktischen um eine Flucht vor der Freiheit – eine Flucht vor dem freien und eigenständigen Denken und Handeln, dem sich das Individuum in der Moderne entziehen möchte, weil es sich selbst als ohnmächtig wahrnimmt. Allerdings unterscheidet sich diese Flucht von den bei Fromm noch als dominant beschriebenen Fluchtmechanismen ins Autoritäre bzw. Konformistische. Im Unterschied zu diesen ist die Flucht ins Postfaktische nicht mehr dadurch gekennzeichnet, dass sich das Individuum der Welt anpasst und unterwirft – vielmehr wird stattdessen die Welt angepasst und dem Selbst unterworfen. Ähnlich der *Selbst-Verleugnung* bei Fromm ist auch diese *Welt-Verleugnung* Symptom einer gestörten Welt-Selbst-Beziehung, die zu problematisieren ist.

abstract

Schlagwörter

Postfaktisch; Wahrheit; Lüge; Freiheit; Erich Fromm

Ein neues Zeitalter?

„Das Wort ‚postfaktisch‘ [...] hat in den letzten Jahren eine Karriere hingelegt, die einen quantitativ arbeitenden Linguisten in Ekstase versetzen muss. Es ist einfach überall.“ Diese ironische Diagnose des Medienwissenschaftlers Bernard Pörksen (2016) trifft es auf den Punkt: Im Laufe des Jahres 2016 erlangte der Begriff des *Postfaktischen* tatsächlich jähe Berühmtheit. Zunächst von Journalist_innen und Politiker_innen noch spöttelnd verwendet, wird der Begriff bald zum geflügelten Wort in den Feuilletons und Meinungsspalten deutscher und internationaler Medien. Nach nur wenigen Monaten sprach der Philosoph Eduard Kaeser (2016) in der *Neuen Zürcher Zeitung* von einem „postfaktischen Zeitalter“ und auch *Der Tagespiegel* titelte kurze Zeit später: „Das postfaktische Zeitalter – Jeder macht sich seine eigene Welt.“ (Fetscher 2016)

Was zunächst ein bisschen nach Pippi Langstrumpfs berühmtem Motto „Ich mach‘ mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt“ klingt, bezieht sich allerdings auf Diagnosen, die für politische Entwicklungen internationaler Tragweite erstellt wurden. Angefangen mit der *Leave*-Kampagne der Brexit-Befürworter_innen im Zuge der britischen Abstimmung über den EU-Austritt, über die *fake news* während des US-Wahlkampfes von Donald Trump bis hin und kulminierend in dem durch

Trumps Beraterin Kellyanne Conway geprägten Begriff der „alternative facts“ (NBC News 2017) zeigte sich ein vermeintlich neues Phänomen: Fakten scheinen, so die vielgeteilte Beobachtung, in der politischen Auseinandersetzung keine Rolle mehr zu spielen.

Seitdem hat sich eine Vielzahl von Autor_innen aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisch mit dem Phänomen des Postfaktischen auseinandergesetzt (vgl. bspw. Vogelmann 2018; McIntyre 2018; Nullmeier 2019; Jaster/Lanius 2019). Ziel dieses Artikels ist es, die Diskussionen um eine bislang fehlende theoretische Perspektive zu bereichern. Im Zentrum steht dabei die Frage, warum die postfaktische Haltung für viele Menschen augenscheinlich so attraktiv ist. Was sind die tieferen Ursachen dieses Phänomens? Zur Beantwortung dieser Fragen wird auf die frühen Arbeiten des kritischen Theoretikers Erich Fromm zurückgegriffen. Seine 1941 in „*Escape from Freedom*“ entwickelte „Psychologie der Freiheit“ (Meyer 2002: 23) bietet mit Blick auf das Phänomen des Postfaktischen viele fruchtbare Anknüpfungspunkte. Neben der konkreten zeitdiagnostischen Frage nach dem Postfaktischen geht es diesem Beitrag auch darum, nach der Aktualität der Frommschen Theorie zu fragen und den Versuch zu wagen, diese in einzelnen Aspekten zu aktualisieren.

Die grundlegende These dieses Artikels ist, dass sich das Phänomen des Postfaktischen in Anlehnung an Fromm als einen modernen Fluchtmechanismus verstehen lässt. Der Grund für diese Flucht ist dabei der gleiche, den auch Fromm schon identifizierte: Es handelt sich beim Postfaktischen um eine Flucht vor der Freiheit – eine Flucht vor dem freien und eigenständigen Denken und Handeln, dem sich das Individuum in der Moderne entziehen möchte, weil es sich selbst als ohnmächtig wahrnimmt. Allerdings, so das Argument des vorliegenden Beitrags, unterscheidet sich diese Flucht dabei von den bei Fromm vornehmlich beschriebenen Fluchtmechanismen ins Autoritäre bzw. Konformistische. Im Unterschied zu diesen ist die Flucht ins Postfaktische nicht mehr dadurch gekennzeichnet, dass sich das Individuum der Welt anpasst und unterwirft – vielmehr wird stattdessen die Welt angepasst und dem Selbst unterworfen: „Jede_r macht sich seine bzw. ihre eigene Welt“. Ähnlich der *Selbst-Verleugnung* bei Fromm ist auch diese neue *Welt-Verleugnung* Symptom einer gestörten Welt-Selbst-Beziehung, die zu problematisieren ist.

Das „Postfaktische“: Annäherung an einen Modebegriff

Bevor mithilfe von Fromm auf die möglichen tieferen Ursachen des *Postfaktischen* eingegangen werden kann, muss zunächst

der Begriff selbst konkretisiert werden. Einige Kommentator_innen haben zurecht darauf hingewiesen, dass das *post* in postfaktisch fälschlicherweise suggeriere, dass Fakten früher eindeutig gewesen wären bzw. die Politik ehrlicher gewesen sei: „Ein goldenes Zeitalter der Demokratie, in der Politiker ehrlich und authentisch waren, hat es nie gegeben.“ (Hendricks/Vestergaards 2017: 5; dazu auch Vogelmann 2018) Fakten waren schon immer interpretationsbedürftig (vgl. Nietzsche 1969 [1873]) und auch die politische Lüge ist wahrlich nicht neu. So schrieb etwa Hannah Arendt im Zuge ihrer Analyse von Wesensmerkmalen totalitärer Bewegungen bereits sehr ausführlich über die „Einführung der Lüge als organisatorisches Mittel“ (Arendt 1986: 801). Verschwörungstheorien haben eine ebenso lange Geschichte; und im Kontext dieses Artikels besteht zwischen der Nazi-Erzählung von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ kein qualitativer Unterschied zu der Aussage Trumps, „die Chinesen“ hätten den Klimawandel erfunden, um den USA zu schaden. Allein für gezielte Lügen und Verschwörungstheorien bräuchte es demnach keinen neuen Begriff. Was sich jedoch seit der Brexit-Abstimmung und der Wahl Donald Trumps augenscheinlich verändert hat, ist, dass das Aufdecken von offensichtlichen Lügen und Unwahrheiten nicht mehr die bis dahin üblichen Folgen mit sich bringt:

Das Neue an der postfaktischen Demokratie ist, dass man sich nicht mehr die Mühe geben muss, die Lüge zu verstecken oder den „Widerspruch“ mit überprüfbaren Tatsachen zu unterfüttern. Wer beim Lügen ertappt wird, muss kaum Konsequenzen fürchten. (Hendricks/Vestergaards 2017: 5)

Die Liste der in jüngster Zeit aufgedeckten Unwahrheiten ist zu lang, um sie hier vollständig aufzuführen. Erinnerung sei deshalb nur exemplarisch an den ominösen Tour-Bus der *Leave*-Kampagne in Großbritannien, der bis zuletzt mit der Aufschrift „We send the EU £ 350 a week“ bedruckt war – obwohl bereits sehr früh öffentlich bekannt wurde, dass sich die Summe der Zahlungen eher auf ca. 160 Millionen Pfund pro Woche belaufen. Das hier Entscheidende: Die offenkundig falsche Angabe schadete der Kampagne überhaupt nicht. Sogar als deren führende Vertreter_innen am Tag nach der Abstimmung zugaben, dass die Zahl nicht stimmte, ergaben sich für sie daraus keinerlei Konsequenzen. Wahr oder falsch – das spielte offensichtlich keine Rolle mehr.

Falsch? Lüge? Mir doch egal!

Der Begriff des Postfaktischen beschreibt folglich keineswegs – wie oftmals vordergründig interpretiert wird – ein vermeintlich neues Zeitalter, in dem die Wahrheit

zunehmend durch dreiste Lügen oder falsche Fakten angegriffen wird. Der Begriff bezeichnet nicht „die Ersetzung der Wahrheit durch die Lüge“, sondern stattdessen „die generelle Aufhebung des Unterschieds zwischen beiden“ (König 2016: 92). Entsprechend geht es gar nicht so sehr um die korrekte Unterscheidung zwischen richtigen und falschen Fakten, sondern es wird stattdessen die Frage, ob etwas faktisch wahr oder falsch ist, selbst für irrelevant erklärt. Hierfür steht auch der Begriff der „alternative facts“, den Trumps Beraterin Kellyanne Conway in einem NBC-Interview am 22. Januar 2017 prägte. Anstatt sich mit dem TV-Moderator darüber zu streiten, wie viele Menschen denn nun tatsächlich zur Einführungszeremonie in Washington gekommen waren, beschrieb sie einfach These *und* Gegenthese als Fakt (vgl. Schindler 2019: 64). Der Moderator habe *seine* Fakten und die Regierung im Weißen Haus habe *ihre* Fakten – wo sei da das Problem? Zwei komplett konträre Aussagen standen sich gegenüber und die Antwort von Conway lautete: Statt sich für eine Seite zu entscheiden, könne man doch auch einfach beide Fakten nebeneinander stehen lassen.

Abgesehen vom eigenen Standpunkt bzw. der subjektiven Perspektive gibt es in der Logik der alternativen Fakten demnach kein Kriterium, anhand dessen die Wahrscheinlichkeit einer Aussage bestimmt werden kann (vgl. Schindler 2019: 64). Die

”

Die postfaktische Haltung ist entsprechend gekennzeichnet durch den Glauben daran, dass die objektive Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge weder möglich noch nötig sei: Nichts ist wahr und nichts ist falsch.

postfaktische Haltung ist entsprechend gekennzeichnet durch den Glauben daran, dass die objektive Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge weder möglich noch nötig sei: Nichts ist wahr und nichts ist falsch. Sebastian Schindler weist allerdings richtigerweise darauf hin, dass das Postfaktische nicht allein durch diese zynische „Nichts ist wahr!“-Haltung geprägt ist. Die postfaktische Haltung gegenüber Fakten bzw. der Glaube daran, dass überhaupt nichts wahr ist, geht paradoxerweise zugleich mit einem naiven Glauben an *bestimmte* Fakten einher – nämlich an Fakten, die einem selbst gefallen (vgl. Schindler 2019: 63). „Such' Dir aus, woran Du glaubst“: So ließe sich das postfaktische Angebot zusammenfassen.

Das speziell Irritierende am Phänomen des Postfaktischen ist die breite Akzeptanz dieser Haltung: Wie die Kampagnen für den Brexit bzw. für Trump deutlich machen, scheint es für viele Menschen augenscheinlich kein Problem zu sein, dass die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge für gänzlich irrelevant erklärt

wird. Viele akzeptieren, dass sie angelogen werden, ohne Konsequenzen zu fordern. Es scheint sie nicht zu stören, dass zwei sich offensichtlich widersprechende Fakten nebeneinanderstehen und beide akzeptiert werden sollen. Diese Bereitschaft, „Tatsachen nicht von Lügen unterscheiden zu wollen“ (Schumatsky 2016, Herv. BC) verlangt zweifelslos nach dem Versuch einer Erklärung. Denn „jede Art des Denkens, sei sie wahr oder falsch [...], hat ihre Ursachen in den subjektiven Bedürfnissen und Interessen dessen, der denkt“ (Fromm 1973 [1941]: 71).

Flucht vor der Freiheit – durch Selbst-Verleugnung

In seinem 1941 erschienen Werk „*Escape from Freedom*“ (etwas irreführend übersetzt mit „Die Furcht vor der Freiheit“) beschäftigt sich Fromm intensiv mit den positiven und negativen Seiten der Freiheit in der Moderne. Für ihn ist Freiheit ein „zweischneidiges Schwert“ (Fromm 1973 [1941]: 40); eine Chance, aber auch eine

” Fromms Beschreibung der Furcht vor der Freiheit weist auffällig starke Ähnlichkeiten zu aktuell geführten Debatten auf.

24

große Herausforderung für den Einzelnen. Dieser „dialektische Charakter der Freiheit“ (ebd.: 108), dieses „Doppelgesicht der Freiheit“ (ebd.: 69) zeige sich im Zuge der beginnenden Industrialisierung immer stärker und komme im modernen Kapitalismus schließlich zur vollen Entfaltung: „[Der Mensch] ist frei – das heißt: allein, isoliert, von allen Seiten bedroht.“ (ebd.) Unter den modernen gesellschaftlichen Bedingungen kann die gewonnene Freiheit nach Fromm schnell zu einer „untragbaren Bürde“ (ebd.: 44) werden. Wer sich fühle wie „ein winziges Staubteilchen in überdimensionierten Räumen“ (ebd.: 133), für den oder die werde es zur zentralen Motivation, diese „Last der Freiheit von sich zu werfen“ (ebd.: 151) und das Gefühl der übermächtigen Ohnmacht abzuschütteln: „Menschen können nicht immerfort die Lasten der ‚Freiheit von‘ tragen. Sie müssen dieser Freiheit entrinnen [...]“ (ebd.: 135)

Anknüpfend an diese Überlegungen zur menschlichen *Furcht* vor der Freiheit diagnostiziert Fromm in der Folge eine *Flucht*

vor der Freiheit in modernen Gesellschaften und beschreibt anschließend verschiedene Fluchtmechanismen. Fromm definiert einen Fluchtmechanismus als den Versuch, „die Kluft zwischen sich und der Welt“ zu eliminieren (ebd.: 141). Während eine gesunde Welt-Selbst-Beziehung darin besteht, dass das Individuum und die Welt zwar durch Interaktion verbunden sind, aber eben jeweils auch noch eigenständig und unabhängig voneinander existieren, zeichnet sich eine gestörte Welt-Selbst-Beziehung für ihn dadurch aus, dass das Selbst seine Individualität preisgibt und sich der Welt unterordnet. Statt die dynamische, gesunde Beziehung zwischen den zwei Polen aus- und aufrechtzuhalten, wird die Kluft aufgelöst, indem sich das Selbst aufgibt und verleugnet. Obwohl „vielfältige Formen der Flucht vor der Freiheit“ (Meyer 2002: 41) denkbar sind, beschreibt Fromm in „*Escape from Freedom*“ vor allem die zwei für ihn in der damaligen Zeit dominanten Fluchtmechanismen: die Flucht in den Autoritarismus (am Beispiel von Nazi-Deutschland) und die Flucht in den Konformismus (am Beispiel der USA). Doch ist diese Form der Selbst-Verleugnung tatsächlich die einzige Möglichkeit, um die Kluft zwischen dem Selbst und der Welt zu eliminieren? Inwiefern lassen sich Fromms Zeitdiagnosen aus dem vergangenen Jahrhundert auf die heutige Zeit übertragen?

Eines ist klar: Fromms Beschreibung der Furcht vor der Freiheit weist auffällig

starke Ähnlichkeiten zu aktuell geführten Debatten auf. Wenn Fromm in seiner Analyse von Ohnmacht, Isolation und Orientierungslosigkeit spricht, oder auch von der „anonymen Autorität“ und den unsichtbaren „Gesetzen des Marktes“ (Fromm 2003 [1955]: 133), dann spiegeln sich darin aus heutiger Perspektive viele der Schlagwörter, die in den vergangenen Jahren – spätestens aber seit der letzten Finanzkrise – die öffentlichen Debatten über Neoliberalisierung, Globalisierung oder Digitalisierung prägten (vgl. exemplarisch Nachtwey 2016). Interessanterweise wurde dabei auch die Rolle von individuellen Gefühlen wie Furcht, Angst oder Zorn in der Gesellschaft wieder intensiver diskutiert (vgl. bspw. Bauman 2016; Koppetsch 2019).

Vor dem Hintergrund der an dieser Stelle nur kurz erwähnten Debatten erscheint die Vermutung durchaus begründet, dass nach Jahrzehnten der neoliberalen ‚Jede_r ist des eigenen Glückes Schmied‘-Ideologie (vgl. Müller 2015: 105) bei gleichzeitig nachgewiesener „Illusion der Chancengleichheit“ (vgl. Bourdieu/Passeron 1971) auch heute viele Menschen eine starke Ohnmacht und Furcht vor der Freiheit verspüren – Gefühle, die nochmals verstärkt werden durch die aktuell stattfindenden und vom einzelnen Individuum kaum zu beeinflussenden Transformations- und Beschleunigungsprozesse im Zuge der Globalisierung (vgl. hierzu etwa die Diagnose des „Resonanzverlusts“ bei Rosa

2016 oder der „Entfremdung“ bei Jaeggi 2016). Dass sich die Furcht vor der Freiheit auch heute noch in einer Flucht vor der Freiheit fortschreibt und damit die von Fromm beschriebenen Fluchtmechanismen aktualisiert, ist eine ebenso naheliegende These. Ohne Frage lassen sich in der Unterstützung für Trump, Erdoğan oder Putin viele Parallelen zu der von Fromm beschriebenen Flucht in den Autoritarismus finden; ebenso wie sich auch für die Flucht ins Konformistische – also den Wunsch, wie alle anderen zu werden – in Zeiten von Facebook, Instagram und mehr oder weniger anonymen gesellschaftlichen Normierungen zweifelsfrei viele Belege finden lassen. Inwiefern aber lässt sich auch das Phänomen des Postfaktischen als eine bestimmte Form der Flucht vor der Freiheit und dem eigenständigen, kritischen Denken interpretieren?

Flucht vor der Freiheit – durch Welt-Verleugnung?

Das Postfaktische kann mit Fromm als ein Fluchtmechanismus verstanden werden, der es dem Menschen – ganz ähnlich dem Autoritarismus und Konformismus – erlaubt, „die Kluft zwischen sich und der Welt verschwinden zu machen“ (Fromm 1973 [1941]: 141). Während jedoch die Flucht ins Autoritäre wie auch die Flucht ins Konformistische wesentlich durch eine *Selbst-Verleugnung* gekennzeichnet sind,

” Während [...] die Flucht ins Autoritäre wie auch die Flucht ins Konformistische wesentlich durch eine *Selbst*-Verleugnung gekennzeichnet sind, zeigt sich in der Flucht ins Postfaktische [...] stattdessen eine Form der *Welt*-Verleugnung.

zeigt sich in der Flucht ins Postfaktische, so das folgende Argument, stattdessen eine Form der *Welt*-Verleugnung.

26 Die postfaktische Haltung muss als Symptom einer gestörten Beziehung zwischen Welt und Selbst verstanden werden: Auch sie verneint die dynamische Wechselbeziehung bzw. die für die Freiheit so notwendige Spannung zwischen den zwei Polen „Welt“ und „Selbst“. Während in der blinden Gefolgschaft des Autoritarismus oder Konformismus das eigene Selbst der Welt unterworfen wird, wird im postfaktischen Zeitalter komplementär dazu stattdessen die Welt dem Selbst unterworfen: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“ Beide Wege müssen dabei als problematisch bewertet werden: Die Flucht in den Autoritarismus bzw. Konformismus macht es unmöglich, sich von der Welt zu distanzieren, um so das eigene Selbst zu entwickeln und dadurch unabhängig und frei in der Welt agieren zu können. Die Flucht ins Postfaktische wiederum distanziert das Selbst so stark von der Welt, dass diese überhaupt keinen

Einfluss mehr auf das Selbst hat. Ohne eine solche Rückkopplung bzw. ohne die Aufrechterhaltung der notwendigen Kluft zwischen Welt und Selbst kann das Individuum jedoch keinerlei Distanz mehr zu sich selbst aufbauen – und so wird es für das Individuum unmöglich, sich zu einem freien und eigenständigen Menschen zu entwickeln. Während die einen nie die Welt (den Führer, die Gemeinschaft) hinterfragen, zweifeln die anderen nie an sich selbst: Sie lassen sich nicht irritieren oder beirren von anderen Erfahrungen und Meinungen, sondern glauben nur an die Fakten, die ihnen selbst gefallen. Beide Formen sind demnach Zeichen einer gestörten Beziehung zwischen Selbst und Welt und Ausdruck einer Flucht vor der Freiheit – denn beide verzichten darauf, unabhängig und eigenständig mit der Welt zu interagieren (für die durchaus verwandte Diagnose einer gestörten „Weltbeziehung“ des modernen Subjekts und ihrer Folgen siehe auch Rosa 2016; vgl. dazu auch Reckwitz 2017).

Während zur Zeit Fromms die dominanten Fluchtmechanismen vor allem durch eine naive Unterwerfung bzw. Anpassung des Selbst an die Welt gekennzeichnet waren, könnte heute – nach Jahrzehnten neo-liberaler Marktlogik und „alternativer“ Politik – die Bereitschaft des Individuums, sich selbst anzupassen, schlicht so stark erschöpft sein, dass stattdessen die zynische Anpassung der Welt an das Selbst zunehmend an Attraktivität gewinnt und die Wahrheit in der Folge zur „Geschmackssache“ (Fromm 1973 [1941]: 241) wird. Beobachtete Fromm noch den „Ersatz des Original-Selbst durch das Pseudo-Selbst“ (ebd.: 201), könnte man heute in diesem Sinne von einem postfaktischen Ersatz der Original-Welt durch eine Pseudo-Welt sprechen. Diese Unterordnung der Welt unter das eigene Selbst kann etwas Ermächtigendes haben und dem oder der Ohnmächtigen ein Gefühl der Stärke zurückgeben. Darüber hinaus schafft das „Nichts ist wahr!“-Angebot des Postfaktischen noch eine andere Art von Sicherheit. Statt sich durch Unterwerfung und Anpassung in die vermeintliche Sicherheit eines Führers oder einer Führerin bzw. einer großen Masse zu flüchten, um der eigenen Ohnmacht und Orientierungslosigkeit zu entkommen, wird stattdessen die individuelle Ohnmacht und Orientierungslosigkeit selbst zur Normalität erklärt: Um vor dem Ohnmachtsgefühl zu fliehen, wird die Ohnmacht restlos akzeptiert. Die postfaktische Haltung kann in

diesem Sinne als Schutzschild verstanden werden, das dabei hilft, die „kognitive Dissonanz“ (vgl. Festinger 1964) zwischen den eigenen Erwartungen und der erlebten Realität abzumildern. Indem der oder die Postfaktiker_in die eigene Ohnmacht, sich in der Welt zu orientieren, akzeptiert, wird diese für ihn oder sie erträglicher. Bernhard Pörksen (2016) spricht in diesem Zusammenhang von einer „verbalradikale[n] Feier der eigenen Ohnmacht“: Wenn nichts mehr wahr ist und alle ohnmächtig sind, dann wird der Einzelne aus seinem Ohnmachtsgefühl ein Stück weit erlöst.

27

Diese Flucht ins Postfaktische ist ein *Problem*

Die Flucht ins Postfaktische mag dadurch kurzfristig Sicherheit und Linderung versprechen. Sie stellt jedoch, so wie es Fromm schon beim Autoritarismus und Konformismus festgestellt hat, keine „wirkliche Lösung“ (Fromm 1973 [1941]: 152) dar. Für Fromm kann stattdessen nur eine gesunde, das heißt wechselseitige und dynamische Beziehung zwischen dem Individuum und der Welt das Problem der Freiheit nachhaltig lösen:

Der andere Weg und der einzig fruchtbare, der nicht in unlösbaren Konflikten endet, ist der einer freiwilligen Verbindung mit Mensch und Natur, einer Beziehung, welche den Menschen mit

der Welt in Zusammenhang bringt, ohne deshalb seine Persönlichkeit auszuschalten. (ebd.: 37)

Der seelisch gesunde Mensch, so schreibt Fromm weiter, ist ein Mensch, der „seine Vernunft dazu benutzt, die Realität objektiv zu erfassen“ (ebd.: 233). Die postfaktische Haltung muss demnach eindeutig als „ungesund“ verstanden werden. Für Fromm ist darüber hinaus klar, dass die von vielen erhoffte totale Sicherheit allgemein eine Chimäre für den freien Menschen darstellt, deren Erreichung sich dieser deshalb gar nicht erst zum Ziel setzen sollte:

Die psychische Aufgabe, der man sich stellen kann und muß, ist nicht, sich sicher zu fühlen, sondern zu lernen, die Unsicherheit ohne Panik und unangebrachte Angst zu ertragen. [...] Der freie Mensch ist notwendigerweise unsicher, der denkende Mensch ist sich notwendigerweise seiner Sache nicht gewiß. (ebd.: 169)

Der postfaktische Glaube, dass nichts wahr ist und hinter allen Fakten nur Interessen stecken, eliminiert diese für das Individuum schwer zu ertragende Unsicherheit. Doch gleichzeitig eliminiert dieser Glaube eben auch die Freiheit, eigenständig und kritisch zu denken. Der Furcht vor der Freiheit wird also – wie auch beim Autoritarismus bzw. Konformismus – nur durch die Aufgabe der Freiheit selbst entflohen.

” Der Furcht vor der Freiheit wird also – wie auch beim Autoritarismus bzw. Konformismus – nur durch die Aufgabe der Freiheit selbst entflohen.

Skepsis und Glaube

Ist demnach alles hoffnungslos? Ist der Mensch vielleicht einfach nicht für die Freiheit gemacht? Fromm würde diese Fragen wohl entschieden verneinen, schließlich war er als Therapeut immer auch ein optimistischer Sucher nach Lösungen und möglichen Auswegen. Und auch wenn die hier in Anlehnung an Fromm entwickelte Diagnose des Postfaktischen bestenfalls einen ersten, vorläufigen Ausgangspunkt für zukünftige (empirische) Analysen darstellen kann, so lassen sich mit Hilfe Fromms schon jetzt zwei mögliche „Auswege“ skizzieren. Eine erste, eher allgemeine Konsequenz, ist die deutlich werdende Notwendigkeit einer intensivierten Analyse und Kritik der „sozioökonomischen Struktur“ (Fromm 1932: 34) bzw. der „menschlichen Situation“ (Fromm 1973 [1941]: 31), welche für Fromm eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Grundlage (vgl. Fromm 1932: 40) für die Entwicklung der Menschen darstellt. Wenn beispielsweise

Zygmunt Bauman mit seiner Diagnose der modernen kapitalistischen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft richtig liegt, dann ist dort sicherlich eine wesentliche Ursache für die postfaktische Haltung und die anhaltende Furcht vor der Freiheit zu finden: „Und so leben wir heute oft in einer wiederauferstandenen Hobbesschen Welt des Kriegs aller gegen alle – vielleicht sind wir nicht wirklich dort, aber es fühlt sich so an.“ (Bauman 2016: 109)

Einer Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen bzw. einer Abschaffung der Grundlagen der existierenden Furcht vor der Freiheit steht die postfaktische Haltung jedoch offenkundig im Wege: „Solange [der Mensch] in Illusionen lebt, wird er niemals die Bedingungen ändern, die diese Illusionen notwendig machen.“ (Fromm 2003 [1955]: 64) Eine zweite Konsequenz müsste nach Fromm deshalb wohl darin bestehen, sich des im Postfaktischen so deutlich zu Tage tretenden Paradox der menschlichen Freiheit stärker *bewusst* zu werden. In seinem kurzen Essay „*Der revolutionäre Charakter*“ (1963) beschreibt Fromm eine Art Idealtyp des freien und im positiven Sinne kritischen Menschen, der sich in interessanter Weise von dem oder der Postfaktiker_in unterscheidet:

Der revolutionäre Charakter denkt und fühlt, so könnte man sagen, aus einer ‚kritischen Haltung‘ – einer kritischen Tonart heraus [...]. Die

kritische Haltung, von der ich spreche, hat keinesfalls etwas mit Zynismus zu tun; es handelt sich vielmehr um Einsicht in die Realität im Gegensatz zu den Fiktionen, die als Realitätsersatz ersonnen werden. (ebd.: 112)

Und weiter:

In ihm sind Skepsis und Glaube. Skeptiker ist er, weil er die Ideologien verächtigt, unerwünschte Realitäten zu verschleiern. Glaubender ist er, weil er an das glauben kann, was erst potentiell ist, ohne schon ganz geboren zu sein. (ebd.: 117)

Im Unterschied zum oder zur Postfaktiker_in erfasst der revolutionäre Charakter die Realität, anstatt sich gefälligen Illusionen und Pseudo-Welten hinzugeben. Dabei ist er weder naiv noch zynisch, sondern vereint in sich ‚Skepsis und Glaube‘. Hier zeigt sich nochmals eindrücklich der auch mit Blick auf das Postfaktische so zentrale dialektische Charakter der Freiheit: Wer glaubt, ohne skeptisch zu sein, ist naiv. Wer jedoch skeptisch ist, ohne zu glauben, der ist zynisch (vgl. Schindler 2019: 63). In beiden Fällen kann das Individuum nicht mehr frei und eigenständig mit der Welt interagieren. Ganz im Gegensatz zum oder zur Postfaktiker_in ist sich der revolutionäre Charakter entsprechend dessen bewusst, dass es im freien Menschen Skepsis und Glaube geben muss.

Denn im Herzen der Freiheit ist dies das konstitutive Paradox: sowohl zu glauben als auch skeptisch zu sein. Die Anerkennung dieses Paradoxon ist folglich die entscheidende Voraussetzung dafür, dass sich das Individuum als freier Mensch begreifen kann. Ein in diesem Sinne freier Mensch, der eigenständig und doch zugleich mit der Welt verbunden ist, hat eine „Flucht ins Postfaktische“ nicht nötig.

LITERATUR

- Arendt, Hannah** (1986): Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. München: Piper.
- Bauman, Zygmunt** (2016): Die Angst vor den anderen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude** (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Stuttgart: Klett.
- Festinger, Leon** (1962): A theory of cognitive dissonance. Stanford: Stanford University Press.
- Fetscher, Caroline** (2016): Das „postfaktische“ Zeitalter – Jeder macht sich seine eigene Welt. In: Der Tagesspiegel, 23.10.2016. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-postfaktische-zeitalter-jeder-macht-sich-seine-eigene-welt/14725052-all.html> (28.03.2018).
- Fromm, Erich** (1932): Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie. In: Zeitschrift für Sozialforschung Jg. 1/1, S. 28-54.
- Fromm, Erich** (1963): Der revolutionäre Charakter. In: ders. (Hrsg.): Das Christusdogma und andere Essays. München: Szczyzny.
- Fromm, Erich** (1973) [1941]: Die Furcht vor der Freiheit. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsgesellschaft.
- Fromm, Erich** (2003) [1955]: Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung. München: dtv.
- Hendricks, Vincent F./Vestergaard, Mads** (2017): Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 13, S. 4-10.
- Jaeggi, Rahel** (2016): Entfremdung: Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jaster, Romy/Lanius, David** (2019): Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen. Stuttgart: Reclam.
- Kaese, Eduard** (2016): Das postfaktische Zeitalter. In: Neue Zürcher Zeitung, 22.08.2016. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/going-statt-wissen-das-postfaktische-zeitalter-ld.111900> (28.03.2018).
- Koppetsch, Cornelia** (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- König, Helmut** (2016): Die Lüge in den Zeiten Putins. In: Merkur Jg. 70/800, S. 89-95.
- McIntyre, Lee** (2018): Post-truth. Cambridge: MIT Press.
- Meyer, Gerd** (2002): Freiheit wovon, Freiheit wozu? Politische Psychologie und Alternativen humanistischer Politik bei Erich Fromm. Darstellung-Interpretation-Kritik. Opladen: Leske + Budrich.
- Müller, Hans-Peter** (2015): Meritokratie als Schimäre? Gleichheit und Ungleichheit in Bildungsprozessen und ihre Folgen. In: Müller, Hans-Peter/Reitz, Tilman Reitz (Hrsg.): Bildung und Klassenbildung: Kritische Perspektiven auf eine Leitinstitution der Gegenwart. Weinheim: Beltz, S. 104-122.
- Nachtwey, Oliver** (2016): Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- NBC News** (2017): Conway – Press Secretary Gave 'Alternative Facts'. In: NBC News, 22.01.2017. Online verfügbar unter <https://www.nbcnews.com/meet-the-press/video/conway-press-secretary-gave-alternative-facts-860142147643> (28.03.2018).

Nietzsche, Friedrich (1969) [1937]: Über Wahrheit und Lüge im aussermoralischen Sinne. In: Schlechta, Karl (Hrsg.): Werke III, 6. Auflage. Frankfurt am Main: Ullstein, S. 1017-1030.

Nullmeier, Frank (2019): „Bloße Meinung“. Über Demokratie, Öffentlichkeit und die Abwertung der Meinung als Gegenteil von Wahrheit. In: Soziopolis, 28.05.2019. Online verfügbar unter <https://soziopolis.de/beobachten/politik/artikel/blosse-meinung/> (21.06.2019).

Pörksen, Bernard (2016): Die postfaktische Universität. In: Zeit Campus, 29.12.2016. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2016/52/wissenschaft-postfaktisch-rationalitaet-ohnmacht-universitaeten> (28.03.2018).

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schindler, Sebastian (2019): Trump und das Post-Faktische: Die tieferen Ursachen eines nur scheinbar skeptischen Umgangs mit der Wahrheit. In: Daase, Christopher/Kroll, Stefan (Hrsg.): Angriff auf die liberale Weltordnung – US Außen- und Sicherheitspolitik unter Trump. Wiesbaden: Springer VS, S. 59-76.

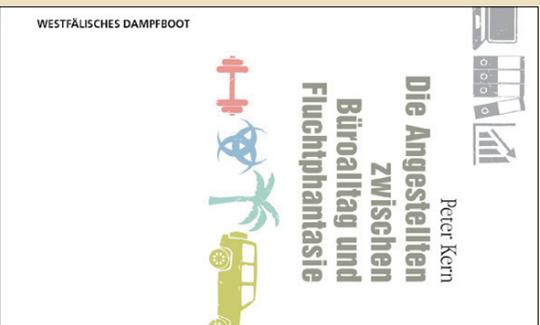
Schumatsky, Boris (2016): Die Krise der Wahrheit. In: Neue Zürcher Zeitung, 25.04.2016. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/politik-populismus-und-luege-die-krise-der-wahrheit-ld.15541> (28.03.2018).

Vogelmann, Frieder (2018): The Problem of Post-Truth. Rethinking the Relationship between Truth and Politics. In: Behemoth. A Journal on Civilisation Jg. 2/11, S. 18-97.

ZUM AUTOR:

Ben Christian, 26, hat Politikwissenschaft an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main studiert. Seit Anfang dieses Jahres ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Andreas Schulz, Cathrin Mund, Leonard Mach, Martin Blume, Tanja Strukelj und Veronika Riedl.**



Peter Kern
**Die Angestellten
zwischen
Büroalltag und
Fluchtphantasie**
2019 – 150 S. – 15,00 €
ISBN 978-3-89691-267-1



Christine Resch
Thomas Wagner
(Hrsg.)
**Migration
als soziale Praxis
Kämpfe um Autonomie
und repräsentive
Erfahrungen**
Christine Resch
Thomas Wagner (Hrsg.)
**Migration als soziale
Praxis: Kämpfe um
Autonomie und
repräsentive Erfahrungen**
2019 – 258 S. – 28,00 €
ISBN 978-3-89691-269-5



Kontingente Kopplung

Postfaktische Kommunikation im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft

von Nils Haacke

33

Ein signifikanter Anstieg postfaktischer Kommunikation innerhalb der Politik nimmt seit einer Weile die Aufmerksamkeit wissenschaftlicher Beobachtung für sich in Anspruch. Die vorliegende Arbeit untersucht dieses Phänomen aus systemtheoretischer Perspektive vor dem Hintergrund der Prinzipien der operativen Geschlossenheit und strukturellen Kopplung sozialer Systeme. In der Praxis sind politische Entscheidungen ständig an Wahrheiten des wissenschaftlichen Systems orientiert. Allerdings zeigt sich, dass es aus der funktional-strukturellen Perspektive der Systemtheorie nach Niklas Luhmann keinen ersichtlichen Grund dafür gibt, warum dies zwangsläufig so sein müsste. Vielmehr sind politische Entscheidungen meist deswegen an die Wahrheit gekoppelt, da sich dies als in hohem Maße funktional erweist. Die schlechtere Nutzbarkeit wissenschaftlicher Wahrheit für die Politik erklärt sich durch einen allgemeinen Anstieg der Komplexität des Wissenschaftssystems. Dies führt zu einer Einschränkung der Funktionalität der Wahrheit im politischen System im Hinblick auf die Legitimation kollektiv bindender Entscheidungen. Da dieses funktionelle Vakuum auf andere Weise geschlossen werden muss, eröffnete sich die Möglichkeit der Entstehung einer einflussreichen postfaktischen Politik.

abstract

Schlagwörter

Postfaktizität; Systemtheorie; Wahrheit; Strukturelle Kopplung; Politik; Wissenschaft

Das neuartige Element postfaktischer Politik

Haben die Chines_innen wirklich den Klimawandel erfunden, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie zu schwächen, wie Donald Trump twitterte? (vgl. Trump 2012) Aus der Perspektive der institutionalisierten Wissenschaft ist man sich einig, dass diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht (vgl. van Dyk 2017: 347). Der gewählte Präsident eines der einflussreichsten Staaten der Welt verkündet regelmäßig in aller Öffentlichkeit haarsträubende Unwahrheiten. Das eigentlich Überraschende dabei ist jedoch nicht, dass Trumps Aussagen inhaltlich falsch sind; denn Lügen waren schon immer Teil der Politik und Strategie des Machtausbaus (vgl. Arendt 2006: 77). Allerdings wäre zu erwarten, dass Lügen innerhalb der politischen Sphäre negative Konsequenzen für ihre_n Urheber_in nach sich ziehen, wenn sie denn entdeckt werden (vgl. Noetzel 1995: 29). Die politische Kommunikation Trumps stößt hingegen vielerorts auf offene Ohren, obwohl sich nicht einmal besonders viel Mühe gegeben wird, den Anschein von Wahrheit zu erwecken (vgl. Frankfurt 2014). Wissenschaftler_innen und Journalist_innen zeigen sich dementsprechend irritiert und beschäftigen sich in der Folge intensiv mit dem Phänomen, welches in der Diskussion oft als *postfaktische Politik* bezeichnet wird (vgl. Paulo 2018: 56). Dieses Label wird

hier als Bezeichnung für das untersuchte Problem übernommen, wenngleich ich mich in einer noch folgenden Definition von einigen Prämissen, die oft in diesem Kontext durch wissenschaftliche Untersuchungen gesetzt werden, abgrenze. Denn auch wenn bereits zahlreiche Erkenntnisse generiert werden konnten, welche insgesamt ein gutes Verständnis des Phänomens postfaktischer Politik ermöglichen (vgl. Hendricks/Veestergard 2019; Müller 2017; van Dyk 2017; Vogelmann 2018), der eigentliche Kern dieser Irritation bleibt ungreifbar und diffus. Wieso kann sich Donald Trump in seiner Funktion als Politiker einen derart leichtfertigen Umgang mit der Wahrheit erlauben? Warum erweist sich seine postfaktische Politik als funktional in dem Sinne, dass sie anschlussfähig an weitere politische Kommunikation bleibt (vgl. Hüllemann 2007: 45ff.), obwohl sie seit langer Zeit existente Spielregeln der Politik ignoriert? Um ein grundsätzliches Verständnis für diese spezielle Form der Politik zu entwickeln, liegt diesem Beitrag eine zugespitzte These zugrunde: Zur Legitimation ihrer Entscheidungen ist die Politik keineswegs derart auf die Wahrheit angewiesen, wie es implizit durch wissenschaftliche Untersuchungen zu postfaktischer Politik unterstellt wird. Stattdessen ist das Wechselverhältnis zwischen Politik und Wahrheit kontingent. Nur wenn diese Kontingenz (Luhmann 1984: 152) nachvollzogen wird, kann das Phänomen der postfaktischen Politik an seiner Wurzel

gefasst, entschlüsselt und das grundsätzliche Unverständnis beseitigt werden.

Niklas Luhmanns Systemtheorie ist ein geeignetes Werkzeug für die entsprechende Analyse. Mit ihr lässt sich darstellen, welche Gestalt das Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung zwischen Wahrheit und Politik innerhalb gesellschaftlicher Praxis annimmt. Eine ausgeprägte Verbindung zwischen diesen beiden Feldern besteht zweifelsohne, denn ansonsten würde das Phänomen der postfaktischen Politik überhaupt keine Irritation auslösen. Auf diesen Überlegungen aufbauend lässt sich nachvollziehen, an welcher Stelle der gegenseitige Einfluss von Wahrheit und Politik endet und wie es zur Entstehung einer einflussreichen postfaktischen Politik kommen konnte. Der vorliegende Artikel soll die These in drei Argumentationsschritten veranschaulichen, wobei zuerst die in diesem Kontext relevanten systemtheoretischen Prinzipien eingeführt werden sollen, um einen einheitlichen begrifflichen Rahmen zu schaffen. Im Anschluss daran werden als erster Schritt der Argumentation die konkreten Formen des sinnhaften Austauschs zwischen Wahrheit und Politik skizziert. Hierzu stütze ich mich auf einen Aufsatz von Frieder Vogelmann (2018), der sich wiederum auf Hannah Arendt und Michel Foucault beruft. Der zweite Teil der Argumentation legt den Fokus verstärkt auf das für diese Arbeit zentrale Phänomen der

postfaktischen Politik, wobei insbesondere an die Erkenntnisse von Silke van Dyk (2017) angeschlossen wird. Im dritten Schritt argumentiere ich unter Berufung auf Luhmanns Systemtheorie, dass die Ursache der stark ausgeprägten strukturellen Verknüpfung zwischen Politik und Wahrheit in der hohen Funktionalität der Wahrheit im Hinblick auf die Legitimierung politischer Entscheidungen liegt, wodurch sie keineswegs ein unanfechtbarer Naturzustand innerhalb der Gesellschaft darstellt (vgl. Luhmann 2002a: 92). Nur solange diese Funktionalität geboten ist, kann die Politik ihre Entscheidungen in der Form, wie sie gegenwärtig beobachtbar ist, an der Wahrheit orientieren. Verliert diese Kopplung ihre Wirkmacht, muss dies vom politischen System kompensiert werden, was den Raum für die Entstehung von postfaktischer Politik eröffnet. In einem abschließenden Fazit erfolgt eine Einschätzung der Frage, wie weit die Politik in ihrer Abkopplung von der Wahrheit gehen kann.

Wissenschaft und Politik als soziale Systeme

Da sich die theoretischen Impulse von Vogelmann und van Dyk, die in dieser Arbeit aufgegriffen werden, nicht auf die Systemtheorie beziehen, jedoch ein einheitlicher Begriffsrahmen verwendet werden soll, werden vorab die relevanten systemtheoretischen Prinzipien eingeführt,

auf die sich später zurückbezogen wird. Die in diesem Text zentralen gesellschaftlichen Bereiche der Wissenschaft als Produzentin von Wahrheit und der Politik werden als soziale Systeme verstanden. Soziale Systeme konstituieren sich nach Luhmann (2002b: 35ff.) über Kommunikation, welche Sinn entlang einer binären Codierung strukturieren. Der entsprechende Code der wissenschaftlichen Kommunikation ist dabei die Unterscheidung von Sinn in wahr oder unwahr. Erst als Produkt dieser Unterscheidung entsteht Wahrheit (vgl. Luhmann 1990: 170). Das Äquivalent zur binären Codierung in wahr/unwahr ist in der Politik Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit (vgl. Luhmann 2002a: 88). Macht als Produkt dieser Unterscheidung klärt, wer welche Entscheidung wie effektiv fällen kann (vgl. Luhmann 2002a: 39). Soziale Systeme verfügen über eine Art Gedächtnis. Über Kommunikation bilden sich Strukturen, auf die bei späterer Kommunikation erneut Bezug genommen werden kann (vgl. Luhmann 1998: 576ff.). Die Struktur, die durch die Wissenschaft gebildet wird, ist gesellschaftlich abrufbares Wissen (vgl. Luhmann 1990: 122ff.), während die der Politik die Kapazität zur Generierung kollektiv bindender Entscheidungen ist (vgl. Luhmann 2002a: 86).

Ein zentraler Aspekt der Systemtheorie ist in diesem Kontext, dass soziale Systeme nicht gleichzusetzen sind mit ihrer institutionalisierten Form. Das System der

Wissenschaft meint beispielsweise nicht nur organisierte Forschung an Universitäten oder Forschungseinrichtungen. Zwar machen die institutionalisierten Strukturen einen erheblichen Teil des Wissenschaftssystems aus, jedoch umfasst das System insgesamt die nur als abstrakte Einheit denkbare Gesamtheit aller Kommunikation, die Sinn entlang der Unterscheidung wahr/unwahr strukturiert (vgl. Luhmann 1990: 616ff.). Um Verwechslungen zu vermeiden, wird in dieser Arbeit die organisierte Forschung als *institutionalisierte Wissenschaft* bezeichnet, während die Bezeichnung *Wissenschaft* auf das System der kommunikativen Unterscheidung in wahr/unwahr rekurriert. So würde der Inhalt des eingangs vorgestellten Tweets im Rahmen wissenschaftlicher Kommunikation zwar mit höherer Wahrscheinlichkeit als unwahr behandelt werden, da dies dem Wissen der institutionalisierten Wissenschaft entspricht. Allerdings ist auch die Aussage, dass der Inhalt des Tweets wahr ist, eine wissenschaftliche Aussage im Sinne der Systemtheorie, da sie Sinn in wahr/unwahr unterscheidet. Jede_r ist dieser Bedeutung nach gewissermaßen Wissenschaftler_in (vgl. Luhmann 1990: 349, 625f.). Abstufungen in der Relevanz einzelner Wahrheiten können nur in Hinblick auf ihre Anschlussfähigkeit für weitere wissenschaftliche Kommunikation gemacht werden. Die durch das Wissenschaftssystem gebildeten Strukturen bedingen, dass manche Wahrheiten eine

größere gesellschaftliche Reichweite als andere erhalten, wobei dem Wissen der institutionalisierten Wissenschaft an dieser Stelle eine erhöhte Wirkmacht zukommt (vgl. Luhmann 1990: 346ff.).

Das politische System ist nicht gleichzusetzen mit Institutionen wie der Regierung oder dem Parlament, sondern ebenfalls als abstrakte Einheit zu fassen. Jede Kommunikation, welche in machtüberlegen/machtunterlegen codiert ist, also auf mögliche kollektiv bindende Entscheidungen verweist, ist Teil des politischen Systems (vgl. Luhmann 2002a: 88). Als politische Kommunikation vertritt Trumps Tweet einen besonderen Machtanspruch. Der amtierende US-Präsident findet innerhalb des Systems der politischen Kommunikation als sinnhaft gedachte Einheit statt (vgl. Luhmann 2002a: 375ff.), wobei das Amt, an das seine Person geknüpft ist, innerhalb der Struktur der demokratischen Politik Machtüberlegenheit demonstriert (vgl. Luhmann 2002a: 92). Es handelt sich bei Trumps Tweet deshalb um einen vergleichsweise wirkmächtigen Beitrag zu Entscheidungskapazitäten, die unter anderem gegen die Durchführung von Maßnahmen zum Klimaschutz drängen. Seine Aussage nimmt einen weitaus größeren Einfluss auf politische Entscheidungsfindung, als es dieselbe Aussage einer Person ohne politisches Amt tun würde.

Soziale Systeme unterliegen in ihrem Prozess der kommunikativen Unterscheidung von Sinn dem Prinzip der operativen Geschlossenheit (vgl. Luhmann 1998: 92). Ein System kann seine Existenz ausschließlich aus den eigenen Elementen heraus aufrechterhalten; es kann sich nicht aus fremden Elementen zusammensetzen. Eine kommunikative Unterscheidung ist entweder wissenschaftlich oder politisch. Sie kann niemals beides zugleich sein und es gibt auch keinen direkten Durchweg für eine kommunikative Unterscheidung eines bestimmten Systems in eine kommunikative Unterscheidung eines anderen (vgl. Luhmann 1990: 24). In der Konsequenz dieser Überlegungen sieht Luhmann (1995: 28) die verschiedenen funktionalen Bereiche der Gesellschaft in radikaler Unabhängigkeit bei ihrer Fortsetzung der eigenen Existenz von Moment zu Moment. Dennoch existieren Systeme nicht in kompletter Isolation zu ihrer Umwelt. Ohne eine vom System wahrgenommene Umwelt kann es nicht zu dieser abgegrenzt werden; das System hätte sich folglich gar nicht erst bilden können. Die Art der Beziehung, in denen Systeme zu ihrer Umwelt stehen, nennt Luhmann (1998: 92) *strukturelle Kopplung*. Informationen aus der Umwelt können durch das System selbst selektiv eingeschränkt und innerhalb des Systems gemäß der jeweiligen Operationsweise verarbeitet werden (vgl. Luhmann 1998: 92ff.).

Auch wenn sich das psychische System des menschlichen Bewusstseins in vielerlei Hinsicht von einem sozialen System unterscheidet, lohnt sich ein Vergleich, um ein besseres Verständnis von einer strukturellen Kopplung zwischen zwei sozialen Systemen, wie es ein Informationsaustausch zwischen der Wissenschaft und der Politik darstellen würde, zu entwickeln. So wie Personen, also letztlich deren Bewusstseinsysteme, über Kommunikation die Gedankenwelten anderer Personen indirekt beeinflussen können, kann umgekehrt ebenso die Kommunikation über das menschliche Bewusstsein andere Kommunikation beeinflussen (vgl. Luhmann 1998: 103ff.). Über diesen Umweg kann es zur Übertragung unterschiedlicher Logiken kommen, denn das menschliche Bewusstsein prozessiert Sinn nicht entlang einer binären Codierung, wie soziale Systeme dies tun. Wenn die Wissenschaft eine Wahrheit kommuniziert, die auf politischer Ebene Handlungsbedarf erzeugt, also auf der Seite der Machtüberlegenheit steht, dann nur, weil dieser Zusammenhang im menschlichen Bewusstsein intern erzeugt wird. Genauso wie Personen sich nicht gegenseitig zwingen können, etwas Bestimmtes zu denken, können soziale Systeme nicht direkt auf die Kommunikation anderer Systeme zugreifen. Die Wissenschaft kann eine Kommunikation der Politik als un- wahr verstehen, aber dennoch könnte sie nicht in die Kommunikation der Politik direkt eingreifen (vgl. Luhmann 1998:

105ff.). In zeitlicher Versetzung jedoch kann ein Gedanke, der durch die Unterscheidungsform des Wissenschaftssystems geprägt ist, einen nachfolgenden Gedanken beeinflussen, der politische Implikationen in Gang setzt. Wenn eine Person denkt, dass beispielsweise der Klimawandel ein wahres Problem ist, welches entsprechender politischer Entscheidungen bedarf, tritt eine Kopplung der kommunikativen Systeme der Wissenschaft und Politik ein. Der Mensch ist das Medium des sinnhaften Austauschs von Kommunikation.

Bei der Frage danach, wie sich der konkrete Inhalt des Sinns der Kommunikation, aus der sich soziale Systeme konstituieren, zusammensetzt, folgt die Systemtheorie einem operativ konstruktivistischen Verständnis (vgl. Luhmann 2002b: 14f.). Dies betrifft auch und insbesondere den Sinn der Wahrheit: Für die Systemtheorie ist kommunizierte Wahrheit niemals eine Eigenschaft von Objekten; sie ist nichts, was in der Umwelt der Gesellschaft zu finden wäre (vgl. Luhmann 1990: 173). Gemäß Luhmann (1998: 102) setzt die Existenz von Systemen zwar eine physikalisch funktionierende Umwelt voraus, doch auch dieser Umstand ändert nichts an der Tatsache, dass Umweltzustände nicht direkt im System abgebildet werden können. Auch wenn die Umwelt der Gesellschaft den sinnhaften Inhalt der Wahrheit zweifelsohne prägt, können Umweltbedingungen von Systemen nur

in Form von Beobachtungen innerhalb der systemeigenen Prozesse erfasst werden. Sinnzuschreibungen, also auch Sachverhalte, die wahr oder unwahr sein sollen, sind ohne eine dazugehörige Beobachterposition nicht denkbar (vgl. Hüllemann 2007: 37ff.). Der Begriff der Wahrheit, verstanden als Produkt der operativen Unterscheidung von Sinn in wahr/unwahr, lässt sich dabei von einer anderen, basaleren Form der Wahrheit abgrenzen, welche nicht von postfaktischer Politik ausgeklammert werden kann. Die Beobachtung selbst ist im Moment ihres operativen Vollzugs, also während gerade beobachtet wird, nicht in der Lage, zwischen wahr und unwahr zu unterscheiden; sie ist immer „wahr“ (vgl. Luhmann 1990: 84f.). Man kann nicht im Moment der Beobachtung zugleich davon ausgehen, dass das, was man beobachtet, nicht wahrhaftig sein würde. Da die gegenseitige Anerkennung der Wahrheit des operativen Vollzugs von Beobachtungen Voraussetzung für das Zustandekommen von Kommunikation ist, wird diese Form der Wahrheit von der postfaktischen Kommunikation innerhalb des politischen Systems nicht effektiv in Frage gestellt. Diese Wahrheit erster Ordnung ist nicht Teil des Problems postfaktischer Politik. Wenn im Kontext postfaktischer Politik von Wahrheit die Rede ist, dann ist die Wahrheit zweiter Ordnung gemeint. Die Wahrheit zweiter Ordnung kann erst entstehen, wenn eine Beobachterposition eine rekursive Kopplung an Sinnstrukturen

vornimmt, also eine andere Beobachterposition beobachtet (vgl. Luhmann 1990: 169f.). Hier kann entschieden werden, ob das Beobachtete wahr oder unwahr ist. Diese Form der Wahrheit entsteht, wie oben beschrieben, aus der kommunikativen Unterscheidung des Systems der Wissenschaft in wahr/unwahr.

Aus diesen Überlegungen resultiert die für die Untersuchung des Phänomens der postfaktischen Politik relevante Erkenntnis, dass im Grunde keine *Fakten* in der Form existieren, wie der Begriff im Allgemeinen verstanden wird. Da Wahrheit ohne Beobachterposition gemäß der Systemtheorie gar nicht denkbar ist, aber ein Fakt beobachterunabhängigen Wahrheitsgehalt beansprucht, hat die Idee der Faktizität und somit auch der Postfaktizität in diesem theoretischen Kontext eigentlich keinen Platz. Das untersuchte Phänomen lässt sich dennoch innerhalb der Systemtheorie verorten. Es ergibt sich eine Beschreibung postfaktischer Kommunikation im Allgemeinen und postfaktischer Politik im Speziellen, die von der verbreiteten Vorstellung, welche das Vorhandensein und die Möglichkeit der Beschreibung von beobachterunabhängig vorhandener Faktizität annimmt, etwas abweicht. Der sinnhafte Inhalt postfaktischer Kommunikation kann nicht objektiv unwahr sein, vielmehr ist postfaktische Kommunikation überhaupt nicht an der Wahrheit als Unterscheidungsform orientiert. Sie versteht sich

selbst also weder als wahr noch als unwahr. Postfaktische Kommunikation bezeichnet ein spezielles Kopplungsverhältnis und ist nicht auf die Politik reduziert, im Allgemeinen stellt sie auch keineswegs ein neues Phänomen dar. So sind zum Beispiel massenmedial verbreitete Unterhaltungsformate oftmals offen postfaktisch in dem Sinne, dass sie nicht auf Wahrheit rekurren (vgl. Luhmann 2002b: 104f.). Irritation ergibt sich allerdings daraus, dass diese, von der Wahrheit entkoppelte Kommunikation vermehrt in der Politik auftritt und hier Gehör findet.

Die strukturelle Kopplung von Politik/Macht und Wissenschaft/Wahrheit

Nachdem der begriffliche Rahmen abgesteckt wurde, sollen an dieser Stelle die konkreten Formen der strukturellen Kopplung zwischen Wissenschaft/Wahrheit und Politik/Macht erläutert werden. Grundsätzlich befinden sich Politik und Wissenschaft in einem Zustand enger gegenseitiger Verzahnung. Wahrheit, insbesondere die der institutionalisierten Wissenschaft, ist nach wie vor ein entscheidender Faktor des politischen Geschehens. Die Politik orientiert sich bei kollektiv bindenden Entscheidungen an als wahr bewerteten Sachverhalten (vgl. Luhmann 2002a: 77). Sie sucht den Rat der institutionalisierten Wissenschaft,

um die Entscheidungsführung zu lenken, etwa mit der Installation von beratenden Expert_innen (vgl. Luhmann 2002a: 393ff.). Die Orientierung der Politik an dem, was allgemein als Wahrheit bekannt ist, ist dabei beinahe selbstverständlich. Die Einflussnahme verläuft dabei jedoch nicht nur seitens der Wissenschaft in Richtung der Politik; denn was als Wahrheit gilt, wird auf der anderen Seite durch politische Machtansprüche geprägt. Vogelmann (2018: 35) nennt dies „interconnectedness of epistemic and political struggles“ – eine wechselseitige Verbundenheit bei der Konstitution der Formen von Wahrheit und Macht. Aus der Perspektive des politischen Systems kann das Pochen auf Wahrheit eine wirksame Methode sein, um Macht aufrechtzuerhalten (vgl. Luhmann 2002a: 92). Umgekehrt beeinflussen Machtansprüche die Entstehung von Wahrheit, indem Forschenden bewusst sein kann, dass bestimmte Wahrheiten bei der Aufrechterhaltung von Machtansprüchen behilflich sind. Die Entscheidung darüber, was erforscht und somit potenziell zur wirkmächtigen Wahrheit werden könnte, beinhaltet immer eine politische Dimension (vgl. Merton 1985: 90ff.). Zudem ist die organisierte Wissenschaft wie jede Organisation politisch. Wo Menschen in Absprache miteinander kollektiv bindende Entscheidungen treffen müssen, findet Politik statt (vgl. Luhmann 1975: 12f.). Dass entschieden werden muss, wer an der Universität welches Amt bekleiden

soll und wie welche Gelder verteilt werden, veranschaulicht, dass die konkrete Form, die Wahrheit annimmt, auch durch politische Entscheidungen geprägt wird. Wahrheit entsteht in Beeinflussung durch Politik und Macht in kontingenter Weise aus sich selbst heraus, um dann wiederum Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Trotz der starken wechselseitigen Beeinflussung von Politik/Macht und Wissenschaft/Wahrheit sind die den beiden Systemen zugrundeliegenden Logiken nicht direkt ineinander übertragbar. Für Bewusstseinssysteme mag es schwierig bis unmöglich erscheinen, Macht und Wahrheit getrennt zu denken. Auf der Ebene der Kommunikation sozialer Systeme ist die Trennung der Unterscheidungsformen hingegen eine Bedingung der Existenz (vgl. Luhmann 1998: 94f.). Weil Wahrheit und Politik auf dieser Ebene nicht ineinander übersetzbar sind, kann Wahrheit innerhalb der Politik keine universell gültige Orientierungshilfe sein (vgl. Vogelmann 2018: 34). Die direkte Übertragung von Wahrheit in politische Maßnahmen ist insbesondere dann eingeschränkt, wenn im Hinblick auf eine anstehende Entscheidung konkurrierendes Wissen vorliegt. Für das System der Wissenschaft stellt es kein Problem dar, dass einzelne Wahrheiten nicht konkurrenzlos sind. Die Funktionalität ist dadurch nicht eingeschränkt (vgl. Luhmann 1990: 626ff.). Die Politik steht allerdings vor einem Problem, sobald

unterschiedliche Wahrheitsdeutungen in ihre Sphäre gelangen. Es gibt keine Hierarchisierung von Wahrheiten durch das Wissenschaftssystem. Was wahr ist, ist wahr. Da in diesem Fall die politische Entscheidungsfindung nicht effektiv an der Wahrheit orientiert sein kann, behilft sich das politische System mit der Transformation von Wahrheit in *Meinung* (vgl. Vogelmann 2018: 34f.). Meinung ist dabei nichts anderes als politisch bearbeitbar gemachte Wahrheit. Meinungen können innerhalb politischer Kommunikation im direkten Widerspruch zueinander stehen, beanspruchen daher aber auch keine universelle Gültigkeit. Das politische System hat so Strukturen entwickelt, die es ermöglichen, aus widersprüchlichen Wahrheitsdeutungen der Wissenschaft kommunikativ Entscheidungen zu generieren. Erkenntnisse der institutionalisierten Wissenschaft entstehen unter besonderen kontrollierten Bedingungen und sind deswegen ursprünglich gegen den Vorwurf geschützt, bloße Meinung zu sein. Solange keine widersprüchlichen Erkenntnisse aus der institutionalisierten Wissenschaft selbst kommuniziert werden, kann eine besondere politische Wirkmacht entfaltet werden. Mit wachsender Komplexität des wissenschaftlichen Systems insgesamt, wachsendem Pluralismus der Erkenntnisse aus dem institutionalisierten Bereich und einem daraus resultierenden Bewusstsein dafür, dass die institutionalisierte Wissenschaft sich irren kann (vgl.

Beck 1986: 35f.), wird auch diese Form der Wahrheit in der Sphäre der Politik immer öfter zur Meinung transformiert. Die wissenschaftliche Kommunikation büßt ihren Einfluss ein, weil der Bezug auf Wahrheit ab einem gewissen Punkt der Komplexität für die Politik nicht mehr funktional ist. So kann beispielsweise auch Donald Trumps Aussage, die Chines_innen hätten den Klimawandel erfunden, politisch anschlussfähig sein, obwohl sie Erkenntnisse der institutionalisierten Wissenschaft ignoriert. Dass für Trump in seiner Funktion als Politiker wissenschaftliche Erkenntnisse tatsächlich nicht mehr als Meinungen sind, lässt sich an dieser Stelle beobachten.

Ein weiterer Tweet von Trump zeigt auf, dass dies alles nicht nur aus theoretischer Perspektive beobachtet werden kann, sondern dass dies bereits in Teilen dem politischen Selbstverständnis entspricht. Im Kontext des Irankonflikts schrieb der Präsident im Mai 2019 über eine Verhandlungsrunde mit anderen Politiker_innen der US-Regierung, dass dort zwar verschiedene Meinungen zum Ausdruck gebracht wurden, er es jedoch selbst sei, der am Ende eine für alle verbindliche Entscheidung treffen werde: „It is a very simple process“ (Trump 2019). Eine Selbstbeschreibung von Trumps Regierungsstil, dem beinahe ein systemtheoretisches Verständnis zugrunde liegen könnte, wengleich in einer zynischen Auslegung. Meinungen

(und nicht Wahrheit) mögen zwar Teil herkömmlicher Politik sein, am Ende entscheidet jedoch der_diejenige, der_die dazu ermächtigt ist. Der sinnhafte Inhalt der verschiedenen Meinungen ist nicht Teil der Information. Ihm wird an dieser Stelle keine Relevanz beigemessen.

Die partielle Entkopplung von politischer Kommunikation und Wahrheit

Postfaktische Politik geht noch einen Schritt weiter, als lediglich Wahrheit in Meinung zu transformieren. Als Ursache dafür, dass postfaktische Kommunikation innerhalb der politischen Sphäre die sie beobachtende Wissenschaft vor Verständnisschwierigkeiten stellt, wurde von Silke van Dyk (2017) in Anschluss an Harry Frankfurt (2014) bereits identifiziert, dass das Phänomen eine zuvor unbekannte Qualität im Vergleich zu bekannten Formen der politischen Falschaussage mit sich bringt. Politische Kommunikation wie Trumps Tweet orientiert sich grundsätzlich nicht an der Wahrheit. Für eine postfaktische Kommunikation spielt der Wahrheitsgehalt schlicht keine Rolle. Postfaktische Politik zeichnet sich, wie es für Politik üblich ist, dadurch aus, dass sie Sinn entlang der Unterscheidung Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit codiert und zur Kapazität kollektiv bindender Entscheidung beiträgt. Im Unterschied ist

sie jedoch komplett entkoppelt von der sinnhaften Unterscheidung der Wahrheit (vgl. Frankfurt 2014: 41). Es ist aus der Perspektive politischer Kommunikation nicht relevant, ob die Aussage über den verschwörerischen Ursprung des Klimawandels von irgendjemandem (Urheber_innen eingeschlossen) geglaubt wird oder nicht. Solange die Kommunikation zum Erhalt oder gar Ausbau von politischer Macht beiträgt, erweist sie sich im Sinne der Politik als funktional (vgl. Luhmann 2002a: 81ff.). Diese Funktionalität kann postfaktische Politik offensichtlich beanspruchen, denn Donald Trump ist nach wie vor Präsident, obwohl der Strom seiner Aussagen mit zumindest fragwürdigem Wahrheitsgehalt nicht abreißt (vgl. Trump Twitter Archive 2019).

Postfaktische Politik ist jedoch nicht mit populistischer Politik gleichzusetzen. Die Vermengung der beiden Begriffe erschwert eine trennscharfe Untersuchung. Postfaktische Politik ist nicht zwangsläufig populistisch und Populismus ist nicht immer postfaktisch. Tatsächlich ist nicht die komplette Politik um Donald Trump postfaktisch aufgebaut, obwohl sie insgesamt populistisch ist (vgl. Judis 2016). Eine besondere Stärke seiner Regierung ist es, dass auf die sinnhafte Unterscheidung in wahr/unwahr nur Bezug genommen wird, wenn dies dem politischen Machtgewinn zuträglich sein soll (vgl. Müller 2017: 124ff.). So steht ein größerer Spielraum an

” Für eine postfaktische Kommunikation spielt der Wahrheitsgehalt schlicht keine Rolle.

kommunikativ durchführbaren Manövern zu Verfügung als bei nicht-postfaktischer Politik.

In der kompletten Entkopplung einzelner politischer Operationen von der sinnhaften Unterscheidungsform der Wahrheit liegt auch der zentrale Unterschied zur klassischen Lüge, welche in der Politik vor dem Hintergrund des versuchten Machtgewinns seit jeher praktiziert wird. Eine Lüge funktioniert im politischen Sinne nur, wenn ihr sinnhafter Inhalt als wahr angenommen wird, obwohl er unwahr ist. Wird sie enttarnt, verliert sie ihre Anschlussfähigkeit für weitere politische Kommunikation. Sie dient im Falle ihres Scheiterns nicht zur Erhaltung politischer Macht (vgl. van Dyk 2017: 350). Die Kommunikationsform der Lüge ist explizit nicht postfaktisch im hier verstandenen Sinn, denn sie bezieht sich auf die Unterscheidung wahr/unwahr, wenn auch in umgekehrter Form. Eine Lüge *weiß*, dass sie unwahr ist, wohingegen eine postfaktische Aussage gar nicht *weiß*, was Wahrheit überhaupt bedeutet. Gerade weil postfaktische Kommunikation im Kern keine Lüge ist, funktioniert sie, obwohl sie für Beobachter_innen,

welche die Unterscheidung wahr/unwahr an sie herantragen, wie eine besonders dreiste Lüge erscheint. Nun mag es zwar sein, dass Donald Trump weiß, dass die Chines_innen nicht den Klimawandel erfunden haben. Dies spielt allerdings vor dem Hintergrund globaler politischer Kommunikation keine Rolle, denn die Aussage steht in diesem Kontext für sich selbst. Postfaktische Politik lässt sich weder exklusiv an den urhebenden noch an den rezipierenden Personen festmachen, sondern ist auf Ebene der Kommunikation als Einheit von Mitteilung, Information und Verstehen zu verorten (vgl. Luhmann 1998: 190). Entscheidend dabei ist, ob die politische Kommunikation vor dem Hintergrund des politischen Machterhalts funktioniert. Gelingt sie in diesem Sinne, ist sie auf kommunikativer Ebene von der Wahrheit als Unterscheidungsform entkoppelt. Würde die Kommunikation als Lüge verstanden und somit an die Wahrheit als Unterscheidungsform gekoppelt werden, müsste sie aufgrund der Strukturen der demokratischen Politik zwingend zu Machtverlust führen (vgl. van Dyk 2017: 353; Noetzel 1995: 28). Für beobachtende Systeme, welche die Unterscheidung in wahr/unwahr verwenden, können dann Trumps politische Aussagen so offensichtlich unwahr sein, dass sie sofort als Falschaussage enttarnt werden. Da Trumps Politik postfaktisch ist und nicht auf traditionellen Lügen basiert, kann sie dennoch ihre politische Wirkmacht entfalten.

Politik braucht keine Wahrheit: Kontingenz der strukturellen Kopplung

Trotz vielfältiger Erkenntnisse kann dem zentralen Unverständnis nur Stück für Stück entgegengekommen werden, wird doch sowohl von Vogelmann (2018) als auch von van Dyk (2017) implizit vorausgesetzt, dass politische Kommunikation zumindest im Normalfall immer an wissenschaftliche Kommunikation gekoppelt ist. Die Implikation zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten, die sich mit der Thematik befassen, ist, dass die Politik der Wahrheit auf nicht näher ausgeführte Weise verpflichtet sei. Dies ist jedoch nach dem funktional-strukturellen Verständnis der Systemtheorie keineswegs der Fall (vgl. Luhmann 1970: 113f.). Politik und Wissenschaft operieren in radikaler Unabhängigkeit voneinander und eine Kopplung erfolgt nur dann, wenn sie sich als funktional erweist, also zum Erhalt des jeweiligen Systems dient. Kommunikation, wie die erwähnten Tweets von Donald Trump, hat zur Folge, dass die Kontingenz dieser Kopplung selbst sichtbar wird. Der US-Präsident widerspricht nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen, vielmehr signalisiert er, dass die Unterscheidungsform der Wissenschaft in wahr/unwahr für ihn in seiner Politik keine vorrangige Rolle spielt. Er verkörpert eine Form der Politik, die nicht nur auf wissenschaftliche Erkenntnisse verzichten kann, wenn diese

nicht passen, sondern ein System, welches gänzlich von der Wahrheit losgelöst ist.

Die Bedingung dieser Möglichkeit ist in den Voraussetzungen für Systembildung zu suchen. An erster Stelle müssen Systeme dazu in der Lage sein, externe Komplexität durch den Aufbau interner Komplexität aus sich selbst heraus abzubauen (vgl. Luhmann 1998: 135ff.). Dies geschieht durch den internen Aufbau von Sinnstrukturen, welche in kontingenter Weise entstehen. Auch psychische Systeme können erst so existieren, denn erst so kann das Bewusstsein in der Lage sein, Realität zu prozessieren (vgl. Luhmann 1970: 116f.; 123ff.). Die einzelnen sozialen Systeme bilden sich dabei stets in der Folge spezieller funktionaler Anforderungen, welche sich im Fall der Wissenschaft und Politik bereits in einem frühen Stadium der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung ergaben. Ab dem Zeitpunkt, ab dem es zu einem sozialen Miteinander kommt, für welches noch nicht einmal Sprache benötigt wird, bildet sich Macht als Resultat derartiger funktionaler Anforderungen. Sobald mehrere Menschen aufeinander angewiesen sind, bedarf es der Bildung von Kapazitäten für kollektiv bindende Entscheidungen, mag dies selbst das gewaltsame Austragen von Konflikten sein. Anschließend differenzierte sich nach und nach ein eigenständiges System politischer Kommunikation aus (vgl. Luhmann 2002a: 41). Dass die operative Schließung der Politik vollzogen

wurde, weil verschiedene Wissensbestände Machtproben auf den Plan riefen (vgl. Luhmann 2002a: 77), zeigt, welche lange Historie die enge, wechselseitige Beziehung von Macht und Wahrheit hat. Gleichermäßen lässt sich die Entstehung der Wahrheit (der zweiten Ordnung) selbst als kontingent fassen. Sie ermöglichte es, in günstige und ungünstige Situationen zu differenzieren. Wahrheit erhöht auf basaler Ebene die Effizienz der Fähigkeit, Komplexität zu reduzieren. Die Ausbildung einer abgeschlossenen Sphäre wissenschaftlicher Kommunikation sichert die Produktion von Strukturen, welche Wiederholbarkeit und Erwartbarkeit ermöglichen (vgl. Luhmann 1990: 168). Seitdem die Politik existiert, werden kollektive Entscheidungen unter Berufung auf Wahrheit legitimiert. Der Grund dafür ist jedoch nicht, dass dies zwangsläufig so sein muss, sondern dass die Wahrheit für die Politik in hohem Maße funktional ist. Aus der Perspektive der Politik ist es im Hinblick auf die Erhaltung der eigenen Existenz zielführend, auf Wahrheit zu rekurrieren. Dass die Logik der Kopplung von Wahrheit und Politik nach wie vor für viele unverzichtbar ist, belegt diese Aussage lediglich. Damit die Politik ein funktionsfähiges System bildet, muss sie in der Lage sein, kollektiv bindende Entscheidungen zu vermitteln. Wie sie diese legitimiert, ist aus der Perspektive des politischen Systems selbst nicht relevant. Entscheidend ist nur, dass dies effektiv geschieht (vgl. Luhmann 2002a: 58).

” [D]as politische System [hat] mit der Integration der Unterscheidungsform wahr/unwahr in seine Prozesse Probleme auf funktioneller Ebene.

46

Was geschieht nun in einer Zeit, in der Wahrheit zunehmend komplexer wird? Die institutionalisierte Wissenschaft widerspricht sich im Zuge ihrer Ausdifferenzierung in ihren Ergebnissen mit steigender Frequenz selbst, wodurch wissenschaftliches Wissen in der politischen Sphäre immer öfter zu einer Meinung unter vielen transformiert wird (vgl. Beck 1986: 38ff.). Durch das Internet unterliegen die epistemischen Bedingungen der Medienlandschaft einem starken Wandel (vgl. Hendricks/Vestergaard 2019: 63ff.); es steigt das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, dass gerade bei medial vermittelter Information mit politischen Implikationen niemals Sicherheit bezüglich des Wahrheitsgehalts bestehen kann (vgl. Baudrillard 1978: 29). Zentrale Impulse der institutionalisierten Wissenschaft an die Politik können nur von Expert_innen nachvollzogen werden (vgl. Beck 1986: 29ff.), was die daraus eigentlich resultierenden Handlungserfordernisse schwer vermittelbar macht. Letzteres trifft insbesondere auf den von Donald Trump oft in Frage gestellten, aber durch die institutionalisierte Wissenschaft gut erforschten Klimawandel zu. Die Wahrheit verliert ihre Funktionalität für die Politik, denn die

Politik muss auch entscheiden, wo unklare epistemische Verhältnisse herrschen (vgl. Luhmann 2002a: 41). Derartige Situationen ergeben sich im Rahmen steigender Komplexität in der Folge allgemeiner gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und der Ausdifferenzierung der Wissenschaft im Speziellen. Innerhalb der Sphäre der politischen Kommunikation entsteht dann eine Form der Frustration darüber, dass Möglichkeiten zur Entscheidungsfindung blockiert sind. Es muss sich an anderen Orientierungspunkten ausgerichtet werden, denn eine Sache muss die Politik durchgängig tun: Sie muss kollektiv bindende Entscheidungen fällen.

Über die Reichweite der Entkopplung

Nachdem dargelegt wurde, dass die strukturelle Kopplung zwischen Wahrheit und Politik grundsätzlich kontingent ist, lässt sich erkennen, warum postfaktische Kommunikation funktionieren kann. Donald Trumps Politik ist ein Symptom dafür, dass das politische System mit der Integration der Unterscheidungsform wahr/unwahr in seine Prozesse Probleme auf funktioneller

Ebene hat. Für die Legitimierung politischer Entscheidungen erweist sich postfaktische Kommunikation nur deshalb als funktional, weil durch gesellschaftliche Ausdifferenzierung entstandene Lücken in der Struktur politischer Macht auf andere Weise geschlossen werden müssen. Diese Leerstellen können auf keinen Fall mit einer stark wahrheitsbezogenen Politik geschlossen werden, da sie aus den Problemen der Anwendbarkeit von Wahrheit auf politische Kommunikation erst resultieren. Ein genereller Rückzug der Politik in ihre eigene Logik ist dennoch nicht zu erwarten. Ein politisches System, welches Machtüberlegenheit lediglich dadurch legitimiert, dass Entscheidungen eben getroffen werden müssen, würde rasch auf Widerstand stoßen. Ohne Bindung an seine Umwelt können sich die Strukturen des Systems nicht an sich wechselnde Bedingungen anpassen. Zumindest die demokratische Politik braucht langfristig gesehen externe Bezugspunkte außerhalb der Macht selbst, nur muss dies nicht immer zwangsläufig die Wahrheit sein (vgl. Luhmann 1998: 92ff.). Ein Beispiel für einen möglichen Bezugspunkt wäre die Kopplung an eine künstlerische Logik, die Macht daran orientiert, was besonders interessant erscheint (vgl. Luhmann 2002c: 307ff.). Dies spielt sicherlich auch im Hinblick auf die Trump-Administration eine besondere Rolle, denn gerade Trumps unkonventionelles Auftreten beschert ihm in gewissen Kreisen große Sympathien.

In seiner gegenwärtigen strukturellen Beschaffenheit ist das politische System jedoch nach wie vor an die Wissenschaft gekoppelt und in der aktuellen Form seiner Existenz gar von ihr abhängig (vgl. Luhmann 2002a: 91). Die Politik kann sich nicht einfach von der Wahrheit als Referenzkategorie verabschieden, wie es die idealtypische postfaktische Politik in den Raum stellt. Dies würde gravierende strukturelle Veränderungen voraussetzen.

Affekttheoretische Untersuchungen legen zudem nahe, dass postfaktische Politik nicht zu einer grundsätzlichen Entkopplung von Wahrheit und Politik führt, sondern vielmehr die Einflussstärken der Systemlogiken aufeinander verändert. Der Inhalt von Trumps Tweets etwa ist keineswegs beliebig, er verweist auf eine operative Wahrheit der ersten Ordnung, welche sich hinter dem rein semantischen Sinn verbirgt. Die Wahrheit der Machtüberlegenheit der eigenen politischen Position wird trotz Entkopplung von der Wahrheit der zweiten Ordnung transportiert. Wenn seitens der Trump-Regierung behauptet wird, dass Barack Obama den islamischen Staat gegründet hätte (vgl. van Dyk 2017: 347), dann verbleibt trotz der Ignoranz gegenüber der eigentlichen Unterscheidungsform in wahr/unwahr eine Information, die den Anspruch erhebt, wahr zu sein im Sinne einer Wahrheit der Machtüberlegenheit. Barack Obama und die Politik, für die er steht, stehen

gemäß dieser Aussage auf der Seite der Machtunterlegenheit, ohne dass dies weiter begründet wird. Auf diese Weise entstehen politische Identitäten ungeachtet traditioneller Logik (vgl. Mühlhoff 2018). Dies kann in der Folge Einfluss auf das System der Wissenschaft nehmen. Obwohl Trumps Aussagen ursprünglich nicht den Anspruch erheben, wahr zu sein, sondern lediglich machtüberlegen, können sie aus ihrer politischen Motivation heraus doch zu Wahrheit werden. Wenn eine Person aufgrund der politischen Kommunikation der Trump-Regierung tatsächlich glaubt, dass es wahr sei, dass Obama den IS gegründet oder dass die Chines_innen den Klimawandel erfunden hätten, dann orientiert sich Wahrheit an Politik und nicht umgekehrt. Postfaktische Politik produziert Machtüberlegenheit und kann in der Folge innerhalb des menschlichen Bewusstseins über strukturelle Kopplung Einfluss auf Wahrheit und das System der Wissenschaft im systemtheoretischen Sinn nehmen. Die komplette Entkopplung von Politik und Wahrheit erfolgt dementsprechend tatsächlich nur für den Moment der Kommunikation selbst. In einem politischen System, in welchem zwar die Orientierung der Politik an der Wissenschaft, nicht aber der grundsätzliche Zusammenhang der Logiken in Frage gestellt wurde, ist vorerst nicht damit zu rechnen, dass die politische Kommunikation immer postfaktischer wird. Solange ein Wechselverhältnis zwischen Politik und

Wahrheit in starker Ausprägung besteht, kann die Falschaussage, ganz gleich ob postfaktisch oder als Lüge, als politisches Manöver nur funktionieren, solange sie die Ausnahme bleibt (vgl. Noetzel 1995: 30). Eine Beliebigkeit der strukturellen Kopplung würde die Systeme überlasten und erscheint demzufolge in keiner Weise funktional.

Eine Umkehrung der Entwicklung ist auf der anderen Seite ebenso unwahrscheinlich. Die gesteigerte Komplexität des Wissenschaftssystems lässt sich nicht rückgängig machen und die damit einhergehende, sinkende funktionale Nutzbarkeit für die Politik muss kompensiert werden. Daher ist auch in Zukunft vorerst mit vermehrter postfaktischer Kommunikation innerhalb des politischen Systems zu rechnen. Auch andere gesellschaftliche Bereiche, die wie selbstverständlich an die Unterscheidungsform der Wahrheit gekoppelt sind, können diese Entwicklung nicht aufhalten. So geriet Donald Trump mit der Justiz in Konflikt, da eine Einmischung russischer Politik in den US-Wahlkampf, aus dem Trump als Sieger hervorging, vermutet wurde. Nach den Vorgängen befragt, antwortete Trump immer wieder: „I do not recall“, „I do not remember“ oder auch „I have no recollection“ (Post Graphics 2019) – Trump erinnert sich an nichts, er weiß nichts und will auch gar nichts wissen. Es ist nicht überraschend, dass im Zuge eines gerichtlichen Ermittlungsverfahrens nicht

”

Die Wahrheit selbst verliert an gesellschaftlicher Wirkmacht, da sie durch Überkomplexität weniger funktional vor dem Hintergrund ihrer Anwendbarkeit auf andere Systemlogiken ist.

immer die Wahrheit gesagt wird, wenn diese belastend wäre. Es fällt dennoch auf, dass der US-Präsident sich auch hier nicht an der Unterscheidungsform der Wahrheit orientieren will. Er könnte auch behaupten, dass die Anschuldigungen gegen ihn unwahr seien. Stattdessen zeigt sich einmal mehr, dass es nicht weniger als die Machtverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Funktionssystemen sind, die im Rahmen der erstarkten postfaktischen Politik ins Wanken gebracht wurden. Die Wahrheit selbst verliert an gesellschaftlicher Wirkmacht, da sie durch Überkomplexität weniger funktional vor dem Hintergrund ihrer Anwendbarkeit auf andere Systemlogiken ist.

LITERATUR

Arendt, Hannah (2006): *Between Past and Future*. London: Penguin.

Baudrillard, Jean (1978): *Agonie des Realen*. Berlin: Merve.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frankfurt, Harry (2014): *Bullshit*. Berlin: Suhrkamp.

Hendricks, Vincent/Vestergaard, Mads (2019): *Reality Lost. Markets of Attention, Misinformation and Manipulation*. Cham: Springer.

Hüllemann, Nico (2007): *Vertrauen ist gut – Marke ist besser. Eine Einführung in die Systemtheorie der Marke*. Heidelberg: Carl Auer.

Judis, John (2016): *The Populist Explosion: How the Great Recession Transformed American and European Politics*. New York: Columbia Global Reports.

Luhmann, Niklas (1970): *Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1975): *Soziologische Aufklärung 2: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1990): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1995): *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (2002a): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (2002b): Die Realität der Massenmedien. Opladen: Springer VS.

Luhmann, Niklas (2002c): Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Merton, Robert (1985): Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen: Aufsätze zur Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mühlhoff, Rainer (2018): Affekte der Wahrheit. Über autoritäre Sensitivitäten von der Aufklärung bis 4Chan, Trump und der Alt-Right. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 74-95.

Müller, Jan-Werner (2017): Fake Volk? Über Wahrheit und Lüge im populistischen Sinne. In: Nassehi, Armin/Felixberger, Peter (Hrsg.): Kursbuch 189: Lauter Lügen, S. 113-128.

Noetzel, Thomas (1995): Wird in der Politik gelogen? In: Transparent fragwürdig Jg. 10, S. 26-40.

Paulo, Norbert (2018): Die Rationalität postfaktischen Denkens. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 55-73.

van Dyk, Silke (2017): Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik. In: PROKLA Jg. 188/3, S. 347-367.

Vogelmann, Frieder (2018): The Problem of Post-Truth. Rethinking the Relationship between Truth and Politics. In: Behemoth Jg. 11/2, S. 18-37.

ONLINEQUELLEN

Trump, Donald [realDonaldTrump] (06.11.2012): The concept of global warming was created by and for the Chinese in order to make U.S. manufacturing non-competitive. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/265895292191248385?lang=de> (26.06.2019).

Trump, Donald [realDonaldTrump] (15.05.2019): ...Different opinions are expressed and I make a decisive and

final decision - it is a very simple process. All sides, views, and policies are covered. I'm sure that Iran will want to talk soon. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/1128739521753907202> (26.06.2019).

Post Graphics [PostGraphics] (18.04.2019): "I do not remember." "I do not recall." "I have no recollection." These are some of President Trump's written responses to the Special Counsel's questions about Russian interference. We're counting mentions of key names and phrases in Mueller's report: <https://wapo.st/2XiuDmi>. Online verfügbar unter Twitter, <https://twitter.com/PostGraphics/status/1118991529270493190> (26.06.2019).

Trump Twitter Archive (2019): Trump Twitter Archive. Online verfügbar unter Trump Twitter Archive, <http://www.trumptwitterarchive.com/archive> (26.06.2019).

ZUM AUTOR

Nils Haacke, 26, studiert im 5. Fachsemester Soziologie im Master an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Zu seinen Interessensgebieten gehören neben Niklas Luhmanns Systemtheorie und dem Phänomen der postfaktischen Politik vor allen Dingen medien- und kultursoziologische Themen.

Der Beitrag wurde redaktionell betreut, gereviewt und lektoriert von **Hendrik Erz**, **Andreas Schulz**, **Cathrin Mund** und **Tanja Strukelj**.

Parallele Welten innerhalb der Soziologie mit Rückbezug auf Thomas Kuhn

51

von Wassili Brassat

Dieser Beitrag befasst sich mit den jüngsten Auseinandersetzungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und der Akademie für Soziologie (AfS). Es soll eine Parallele zwischen den Ausführungen Thomas S. Kuhns einerseits in Zusammenhang mit seiner Inkommensurabilitätsthese und andererseits in Bezug auf bestimmte Aspekte innerhalb der Argumentationsstruktur der AfS für eine Abspaltung von der DGS, dargestellt werden. Ein grundlegendes Element, welches Kuhn in seine Argumentation eingearbeitet hat, um verschiedene Paradigmen mit einer Metapher von *parallelen Welten* zu belegen, lässt sich auch innerhalb der Argumentationsstruktur der AfS herausarbeiten. Nämlich eine Position, die einen Diskurs über Grundlagen als Hemmnis der jeweiligen Disziplin versteht. Ein solches Konzept kommt, so das Fazit, nicht ohne rhetorische Überhöhungen aus, welche in die wissenschaftlichen Argumente eingearbeitet werden und führt somit unweigerlich zu Problemen. Durch die Darstellung ausgewählter Aspekte soll es möglich werden, diese Parallele zu ziehen.

abstract

Schlagwörter

Paradigma; Pluralismus; Forschungsgemeinschaft; deutsche Soziologie

Einleitung

Wie kaum mehr angezweifelt wird, ist ein besonderes Charakteristikum der Soziologie, dass sie als pluralistische Wissenschaft auftritt. Das bedeutet, dass sich innerhalb ihrer sehr unterschiedliche Forschungsgrundlagen bestimmen lassen, die auf einen relativen Theorie- und Methodenreichtum zurückzuführen sind. Durch diese Pluralität befindet sie sich in der Situation, keine allgemein anerkannte und geteilte Grundlage zu besitzen. Wie tiefgreifend die Unterscheidungen tatsächlich sind, ob sie gelöst werden müssen oder ob genau diese Ausgangssituation die Stärke der Soziologie bedeutet, wird hier nur am Rande erörtert. Stattdessen soll vor dem Hintergrund des Titels *Parallele Welten* dargestellt werden, wie die verwendeten Begrifflichkeiten innerhalb der soziologischen Debatten dazu einladen, die verschiedenen – heute sogenannten – *Paradigmen* als voneinander abgetrennte, unvereinbare und irreduzible Fundamente zu bestimmen.

Zentral für dieses Vorhaben ist die Arbeit „*Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*“ von Thomas S. Kuhn, der den Begriff *Paradigma* im Jahr 1962 einführt, um die historischen Prozesse wissenschaftlicher Forschungstätigkeit zu klären (vgl. ebd.: 25ff.). Der Begriff wird seither von vielen Soziolog_innen genutzt, um die Pluralität ihres Faches zu beschreiben. Dass ihr dabei

die Diagnose einer multiparadigmatischen Wissenschaft zugesprochen wird, ist nicht selbstverständlich und trotzdem weit verbreitet. So hatte sich Thomas Scheffer vor einiger Zeit im Interview mit dem Soziologiemagazin für die multiparadigmatische Soziologie eingesetzt (vgl. Scheffer 2017). Multiparadigmatik beschreibt einen Zustand, in welchem sich mehrere Paradigmen innerhalb einer bestimmten Wissenschaft ausdifferenzieren lassen, die nebeneinander bestehen. Der Begriff wurde von Margarete Masterman im Anschluss an eine Auseinandersetzung mit Thomas S. Kuhn entwickelt (Masterman 1974: 74ff.). Den aktuellen Debatten der Soziologie folgend, wird diese als Wissenschaft mit mehreren Paradigmen charakterisiert. Auf die (1) kurze Vorstellung diverser Diagnosen einer multiparadigmatischen Soziologie aufbauend, soll (2) dargestellt werden, wie der Begriff ursprünglich konzipiert wurde. Dabei lassen sich Elemente herausarbeiten, die der Idee einer pluralistischen Wissenschaft widersprechen. Eine Klärung dieses Sachverhaltes soll es möglich machen zu erörtern, wieso (3) der Gründungsaufwurf und die Positionierung der Akademie für Soziologie (AfS) in Teilen mit den Thesen Kuhns vereinbar ist. Denn beide konzipieren wissenschaftliche Auseinandersetzungen in gewisser Weise als produktivitätshemmend. Kuhn arbeitet in seinem Essay mit einer Metapher *paralleler Welten* und folgt dabei der Idee von abgetrennten Sphären verschiedener

Forschungstraditionen. Diese, da sie dieselben Begriffe unterschiedlich verwenden und so grundverschiedene Begriffsnetze ausarbeiten, haben laut Kuhn ein Verständigungsproblem. Sie betrachten denselben Gegenstand, sehen in diesem allerdings Unterschiedliches.

Die multiparadigmatische Soziologie

Es soll in aller Kürze darauf eingegangen werden, wie reich und unterschiedlich die Analysen bezüglich der multiparadigmatischen Situation innerhalb der Soziologie ausfallen. Aufgrund der Menge solcher Ansätze, die von einer multiparadigmatischen Soziologie sprechen, können hier nur einige Beispiele einfließen, die besonders geeignet sind, die Differenzen solcher Diagnosen darzustellen. Eingegangen wird hier auf Robert Friedrichs (1970), Jack Douglas (1971), auf George Ritzer (1975) und Georg Kneer und Markus Schroer (2009), die alle unterschiedliche Diagnosen bezüglich der multiparadigmatischen Struktur der Soziologie ausarbeiten.

So spricht Ritzer von drei Paradigmen der Soziologie. In Bezug auf die Begründung einer solchen Trennung hält Ritzer fest, dass es seiner Ansicht nach auf die zugrundeliegenden Gegenstandsbereiche ankomme, wenn man die Soziologie in Paradigmen unterteile (vgl. Ritzer 1975:

158). Diese sind seiner Ansicht nach aufgrund des Gegenstandsbereichs zu unterscheiden. In Kontrast dazu hatte Douglas eine andere Auffassung:

We have generally had multiple paradigms to choose from within areas of specialization. [...] Since the 1930's the hypothetical-statistical method has increasingly been presented as the valid paradigm for research methods in any area of specialization. (Douglas 1971: 46, Herv. im Orig.)

Laut Douglas gab es früher multiple Paradigmen, allerdings habe sich ein hypothetisch-statistisches durchgesetzt, das für alle spezialisierten Bereiche Forschungsmethoden anbietet. Friedrichs vertritt wiederum folgende Auffassung: „the discipline can be expected to continue to move toward a reclamation of its original *prophetic* understanding of itself and away from the exclusively *priestly* paradigm” (Friedrichs 1970: 292). Damit spaltet er die Soziologie in ein priesterliches und ein prophetisches Lager, wobei das Selbstbild der Forscher_innen bei der Einteilung eine zentrale Rolle spielt. Die beiden Soziologen Georg Kneer und Markus Schroer sind zurzeit wohl Rekordhalter mit einer Ausarbeitung von 23 Paradigmen im Rahmen ihrer Diagnose einer multiparadigmatischen Soziologie (vgl. ebd. 2009: 7).

Die dargestellten paradigmatischen Grenzen, die die jeweiligen soziologischen Analysen ziehen, haben wenige Gemeinsamkeiten. Nicht nur die Zahl der Paradigmen unterscheidet sich in fast allen Fällen, sondern auch die Kriterien nötiger Trennungen. Der Begriff multiparadigmatische Wissenschaft geht auf Margaret Mesterman zurück, die sich eingehend mit Kuhns *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* beschäftigt hatte. Sie charakterisiert eine multiparadigmatische Struktur wie folgt: „Hier kann in den einzelnen Unterabteilungen, die durch je eine paradigmatische Technik definiert werden, die Technologie schon sehr weit fortschrittlich sein; auch die normale, rätsellösende Forschung kann vorwärtsgehen.“ (ebd. 1974: 74) Demnach ist es möglich, dass verschiedene Paradigmen bestimmte Unterabteilungen beherrschen und so eine multiparadigmatische Struktur entsteht. Doch sie hält ebenfalls Folgendes fest:

[D]ie verschiedenen, bloß durch die Techniken gelieferten Definitionen sind einander widersprechend; die Diskussion über die Grundlagen hört nicht auf, und ein großangelegter Fortschritt (im Gegensatz zum lokalen Fortschritt) findet nicht statt. (Mesterman 1974: 74)

Ein multiparadigmatischer Zustand ist laut Mesterman also derjenige, in dem Grundsatzzdebatten geführt werden, die sich eher hemmend als konstruktiv auswirken. Die

dargestellten Ausführungen Mestermans waren nachweislich ein Grund dafür, dass George Ritzer von einer *multiparadigmatischen* Grundstruktur der Soziologie spricht (vgl. Ritzer 1975: 158). Er übernimmt den Begriff in stark überarbeiteter und angepasster Form (vgl. Freidheim 1979: 64). Außerdem ist die Struktur bei Ritzer kein problematisches Zwischenstadium vor der Erarbeitung eines geteilten übergreifenden Paradigmas mehr, sondern ein Dauerzustand. Eckberg und Hill haben einige Jahre später zeigen können, dass das, was für ein Paradigma grundlegend ist, nämlich das Musterbeispiel, für die Soziologie nicht besteht. Genauer zu diesem Konzept lässt sich im Original nachlesen und wird später noch einmal kurz erläutert. Leider fehlt für eine genauere Darstellung der Platz. Die Begriffe sind von Soziolog_innen unscharf und damit fehlerhaft rezipiert worden (vgl. Eckberg/Hill 1979: 934). Die Konsequenzen ihrer Arbeit werfen die Soziologie zurück in einen vorparadigmatischen Zustand. Die Reife, die Kuhn den Naturwissenschaften zuspricht, scheint für die Soziologie als noch nicht gegeben.

Für die Absichten dieser Arbeit wird diese Erkenntnis von Bedeutung, wenn auf die Implikationen und das Wissenschaftskonzept Kuhns eingegangen wird. Es sollte zunächst gezeigt werden, dass der Begriff Paradigma häufig unterschiedlich ausgelegt wird. Innerhalb der Soziologie

entstanden somit Diagnosen einer multiparadigmatischen Struktur, bei der fast so viele verschiedene Ergebnisse wie Analysen bestehen. Im Folgenden soll ausgearbeitet werden, wie Kuhn diesen Begriff definiert und was die Anwendung dessen wissenschaftstheoretisch impliziert. Dabei werden Elemente identifiziert, die nahelegen, dass die Konzeption einer pluralistischen Wissenschaft mithilfe des Begriffs Paradigma unausweichlich zu Problemen führt.

Das Paradigma nach Thomas S. Kuhn

Kuhn entwickelt innerhalb der „*Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*“ eine Theorie vom nicht-linearen Fortschritt der Wissenschaft. Die Entwicklung einer Wissenschaft ist nach Kuhn wesentlich durch Umbrüche beeinflusst (vgl. ebd. 1976: 15f.). Daraus folgt eine Trennung verschiedener Phasen. Die *normale* Wissenschaft bildet den kumulativen Teil der Forschungstätigkeit, da Wissenschaftler_innen auf ihrem Gebiet (durch die Bindung an eine jeweilige Tradition) gemeinsame Grundlagen ausarbeiten können. Beruht die Forschung auf einer solchen Basis, kommt es jedoch regelmäßig und notwendigerweise zu wissenschaftlichen Revolutionen, durch die diese akzeptierten Grundannahmen bis zu einem gewissen Grad aufgegeben werden müssen. Folgt man Kuhn, ist diese Trennung verschiedener Phasen mit der

Kumulation von Wissen nicht vereinbar. Denn alte Theorien können nach einem revolutionären Prozess nicht einfach übersetzt werden. Es erfolgt eine „Umgestaltung der Welt, in welcher wissenschaftliche Arbeit getan wurde [...]“ (ebd. 1976: 21). Bestehende Forschungsgrundlagen müssen abgeändert, in einem anderen Kontext betrachtet, oder aufgegeben werden. Da der Etablierung der *normalen* Wissenschaft die traditionszerstörende Phase sogenannter Revolutionen folgen muss, ist ein kontinuierlicher Fortschritt nach Kuhn nicht möglich. Wissenschaftliche Entwicklung zeichnet sich somit nicht durch Kumulation, sondern durch *Zirkularität* aus (vgl. ebd.: 23). Damit tritt Kuhn der Vorstellung des logischen Empirismus entgegen (vgl. ebd.: 110). Wissenschaften durchlaufen in ihrer Entwicklung verschiedene Phasen. Grundlegende Einteilungen im Rahmen seiner Arbeit sind: *vorparadigmatisch*, *Paradigma*, *normale Wissenschaft*, *Anomalie* und *wissenschaftliche Revolution*.

Ein *vorparadigmatisches Stadium* ist dadurch gekennzeichnet, dass das bloße Faktensammeln im Vordergrund steht (vgl. ebd.: 30). Das Faktensammeln charakterisiert also eine Tätigkeit, bei der diverse theoretische Ansätze entwickelt werden, die meist unvereinbar nebeneinander bestehen. Nach Kuhn werden die bestehenden Deutungsdifferenzen jedoch auf dem Weg zu wissenschaftlicher Reife geklärt.

Sie verschwinden tatsächlich in sehr hohem Maße, und dann anscheinend für immer. Darüber hinaus wird ihr Verschwinden gewöhnlich durch den Triumph einer der Schulen aus der Vor-Paradigma-Zeit ausgelöst, die wegen der ihr eigenen charakteristischen Auffassungen und Vorurteile nur einen bestimmten Teil der recht umfangreichen und noch ganz unfertigen Sammlung von Informationen hervorgehoben haben. (Kuhn 1976: 32)

56 Dieser Triumph leitet die Phase der *normalen Wissenschaft* (im Sinne dieser Tradition) ein. Wie der Prozess genau entschieden wird, ist Gegenstand häufiger Kritik. Darauf wird hier aufgrund des Umfangs dieser Arbeit jedoch nicht weiter eingegangen. Ist eine solche gemeinsame Basis geschaffen, spricht Kuhn von einem gemeinsamen *Paradigma*. Denn durch Arbeiten, die über einen bestimmten Zeitraum breite Anerkennung genießen, lässt sich eine Grundlage bilden, auf die innerhalb der Forschungstradition Bezug genommen werden kann (vgl. ebd.: 25). Das Paradigma kann also als eine allgemeine und anerkannte Forschungsleistung verstanden werden, wobei Kuhn später aufgrund einiger Kritik den Begriff auf ein sogenanntes Musterbeispiel zu reduzieren versucht (vgl. ebd.: 198f.). Aufbauend auf diese Leistung wird dann *normalwissenschaftliche Tätigkeit* möglich. Dabei entsteht eine feste Basis von Wissenschaftler_innen, die innerhalb der Forschungstätigkeit ähnliche

Erwartungen an Messungen, Instrumente, Theorien und so weiter, entwickelt.

Bei näheren Untersuchungen [...] erscheint dieses Unternehmen als Versuch, die Natur in die vorgeformte und relativ starre Schublade, welche das Paradigma darstellt, hineinzuzwängen. In keiner Weise ist es das Ziel der normalen Wissenschaft, neue Phänomene zu finden; und tatsächlich werden die nicht in die Schublade hineinpassenden oft überhaupt nicht gesehen. (Kuhn 1976: 38)

Die Bemühungen einer normalwissenschaftlichen Tradition sind zunächst also ausschließlich auf die weitere Ausformulierung der jeweiligen Paradigmen gerichtet. Der Umstand eines klar definierten Rahmens führt jedoch, wie anhand des Auftauchens von *Anomalien* gezeigt werden soll, regelmäßig zu Problemen. Denn sobald die Rätsellösungen, die die Forscher_innen aus den jeweiligen Paradigmen ableiten, nicht mit ihren Erwartungen übereinstimmen, können Irritationen innerhalb der jeweiligen Forschungstraditionen entstehen (vgl. ebd.: 65f.). Nach Kuhn stößt die normale Wissenschaft regelmäßig auf solche, nicht in die Schublade des Paradigmas hineinpassenden Phänomene.

Diese Professionalisierung führt auf der einen Seite zu einer immensen Beschränkung des Gesichtskreises der

betreffenden Wissenschaftler und zu einem beträchtlichen Widerstand gegen Paradigmaveränderung. Die Wissenschaft ist zunehmend starrer geworden. Auf der anderen Seite führt die normale Wissenschaft innerhalb der Gebiete, auf welche das Paradigma die Aufmerksamkeit der Gruppe lenkt, zu einer Genauigkeit der Information und einer Exaktheit des Zusammenspiels von Beobachtung und Theorie, die auf keine andere Weise erreicht werden könnte. (Kuhn 1976: 77)

Das Paradigma wird also beibehalten, solange keine zwingenden Gründe dafür bestehen, dieses abzulehnen und zu ersetzen. Ein Paradigma ist somit nicht mehr als ein gesetzter Rahmen, innerhalb dessen bestimmte Voraussetzungen als gegeben angenommen werden.

Zwar wird versucht, entdeckte Phänomene mithilfe des Paradigmas zu erklären, doch kann dieses Vorhaben nicht dauerhaft weitergeführt werden. Sobald dies nicht mehr gelingt, spricht Kuhn von einer *Krise*. Der Krise geht, aufgrund einer notwendigen Verschiebung von Problembereichen und der steigenden Unzuverlässigkeit der angewandten Verfahren, „eine Periode ausgesprochener fachwissenschaftlicher Unsicherheit voraus. [...] Das Versagen der vorhandenen Regeln leitet die Suche nach neuen ein.“ (ebd.: 80) Das bis dahin erfolgreich angewendete Paradigma funktioniert

nicht mehr wie erwartet. Somit rückt die Suche nach Alternativen automatisch in den Fokus der jeweiligen Tradition. Nach Kuhn folgt, dass „eine Krise gleichzeitig die Schablonen lockert und die für einen grundlegenden Paradigmenwechsel nötigen zusätzlichen Daten liefert“ (ebd.: 102). Die Starre, die der normalen Wissenschaft zugeschrieben wurde, ist aufgeweicht und so die Suche nach neuen Theorien und Lösungsansätzen begünstigt.

Aufgrund der steigenden Anzahl solcher Irritationen, wächst die Zahl spekulativer Theorien, die nun Ansprüche auf die Position des alten Paradigmas erheben (vgl. ebd.: 103). Sobald sich im Verlauf dieser Krise ein neues Paradigma durchsetzt, hat das weitreichende Folgen für die betroffene Forschungsgemeinschaft. Denn eine Revolution bedeutet den „Neuaufbau des Gebietes auf neuen Grundlagen, ein Neuaufbau, der einige der elementarsten theoretischen Verallgemeinerungen des Gebietes wie auch vieler seiner Paradigmamethoden und -anwendungen verändert“ (ebd.: 98). Die Welt, in der die Wissenschaftler_innen forschen, hat sich laut Kuhn durch die komplette Verschiebung zentraler Begriffsnetze verändert (vgl. ebd.: 115). Was innerhalb des alten Paradigmas als Grundlage galt, muss meist überarbeitet, angepasst oder abgelehnt werden.

Nach einem solchen Gestaltwandel sehen Forscher_innen die bisher erarbeiteten

Grundlagen in einem anderen Licht. Zentraler Aspekt des Kuhnschen Konzeptes ist es, dass solche Paradigmen grundsätzlich durch Inkommensurabilität charakterisiert sind. Das bekannteste Beispiel für Inkommensurabilität ist seiner Ansicht nach der Vergleich der einsteinschen und der newtonschen Physik. Er konzipiert den Übergang von Einstein zu Newton als wissenschaftliche Revolution. Während Raum und Zeit in der newtonschen Mechanik als geradlinig definiert werden, versteht Einstein diese als durch Gravitation gekrümmt (vgl. ebd.: 160). Kuhn hält diesbezüglich fest:

Die Newtonsche Masse bleibt erhalten; die Einsteinsche ist verwandelbar in Energie. Nur bei niedrigen relativen Geschwindigkeiten können diese beiden in der gleichen Weise gemessen werden, und sogar dann dürfen sie nicht als gleich angesehen werden. (Kuhn 1976: 114)

Eine komplette Verschiebung elementarer Begriffsnetze hat zur Folge, dass sich die innerhalb eines Paradigmas Forschenden mit Vertreter_innen eines anderen Paradigmas nicht angemessen verständigen können. Grund dafür ist, dass sie bestehende Begriffe auf unterschiedliche Weise verwenden und somit anhand derselben Gegenstände unterschiedliche Entitäten oder Eigenschaften dieser sehen und als relevant erachten.

In Kuhns Arbeit kann also gewissermaßen eine Metapher *paralleler Welten* herausgearbeitet werden, welche konzeptionell den Ausgangspunkt jeder paradigmatischen Forschung bildet. Kuhn nennt den Übergang von einem Paradigma zu einem Nachfolger *wissenschaftliche Revolution*, wobei der Titel der Revolution vor dem Hintergrund seiner Inkommensurabilitätsthese ganz bewusst gewählt wurde (vgl. ebd.: 97f., 102, 104, 106, 108, 110). Eben deshalb, weil durch einen solchen Übergang, die Grundlagen einer bisher bestehenden Forschungsgemeinschaft so stark verändert werden, dass es sich dabei um mindestens zwei unvereinbare Positionen handelt. Es wird bis heute stark diskutiert, ob die Inkommensurabilitätsthese Kuhns vertretbar ist oder nicht. Details dazu finden sich in einem Aufsatz von Gerhard Wagner (vgl. Wagner 2013). Es wird hier dafür argumentiert, dass bei der Übernahme des Begriffs auch dessen theoretische Einbettung berücksichtigt werden muss. Eine Konzeption der Soziologie als pluralistisch ist bei Verwendung des Paradigmabegriffs problematisch. Im Folgenden soll mithilfe einer Darstellung der Prozesse um die Gründung der Akademie für Soziologie (AfS) gezeigt werden, inwiefern ihre Ausführungen teilweise Parallelen zu Kuhns Inkommensurabilitätsthese aufweisen und somit gegebenenfalls einige Elemente seiner Konzeptualisierung von *parallelen Welten* begünstigen.



Die wissenschaftliche Verständigung eines/-r Forschenden innerhalb eines Paradigmas mit Forschenden aus einem beliebigen anderen ist laut Kuhn nicht möglich.

Der Problembereich der Soziologie und das Gründerscheiben der Akademie für Soziologie

„Es ist fast als wäre die Forschungsgemeinschaft plötzlich auf einen anderen Planeten versetzt worden wo vertraute Gegenstände in einem neuen Licht erscheinen und auch unbekannte sich hinzugesellen.“ (Kuhn 1976: 123; vgl. 134) Wie sowohl von Masterman als auch von Eckberg und Hill (1979) erarbeitet wurde, ist für ein Paradigma grundlegend, dass es eine Forschungsgemeinschaft gibt, die einen Gegenstandsbereich durch geteilte Musterbeispiele, geteilte Matrizen und unhinterfragte Vorannahmen auf dieselbe Weise *sieht* (vgl. ebd.: 126). Dadurch, dass diese gemeinsame Sicht den Ausgangspunkt der gesamten Forschungsaktivität konstituiert, werden alternative Betrachtungen oder Ansätze unverständlich. Dieses Unverständnis besteht aufgrund der Inkommensurabilität von Paradigmen schon per Definition. Die wissenschaftliche Verständigung eines/-r Forschenden innerhalb eines Paradigmas mit Forschenden aus einem beliebigen anderen ist laut Kuhn nicht möglich. Es bietet sich an, einige Ausführungen der AfS

an ausgewählten Punkten mit Äußerungen Kuhns zu vergleichen, da in beiden Fällen eine ähnliche Konzeption erstrebenswerter – also effizienter – Forschungstätigkeit darstellbar ist. Dabei wird vorausgesetzt, dass diverse Differenzen bestehen bleiben und nur vereinzelte Aspekte vergleichbar sind. Der Vergleich soll gemeinsame Probleme aufzeigen.

Die AfS und Thomas Kuhn

Die AfS bildet eine Forschungsgemeinschaft, die sich vorwiegend aus der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) abgespalten hat. Das Gründerscheiben der AfS geht des Weiteren auf eine Gruppe von Soziolog_innen zurück, welche sich mit der Gründung von der bestehenden DGS abgrenzen will.

Die Akademie für Soziologie fördert die empirisch-analytische Soziologie in Forschung und Lehre. Empirisch-analytische Soziologie baut auf theoretischen Analysen, die möglichst klar und präzise sind. Ihre Aussagen basieren auf empirischen Ergebnissen, die

mit kontrollierten Methoden gewonnen werden. Durch Grundlagenforschung trägt die empirisch-analytische Soziologie zu einem kumulativen Erkenntnisaufbau bei. Sie will damit auch zu einer wissenschaftlich fundierten, evidenzbasierten Sozialpolitik beitragen. (AfS 2017a: 1)

Wie festgehalten, ist das Ziel der AfS, kumulativen Erkenntnisaufbau zu erarbeiten. Diesen Erkenntnisaufbau sieht sie durch die Methoden- und Theoriepluralität der DGS wohl gefährdet. Nicht zuletzt deshalb, weil es Soziolog_innen innerhalb der DGS gibt, die einen solchen pluralistischen Charakter als Stärke des Faches verstehen und die Forschungsgemeinschaft bewusst nach diesem Vorbild gestalten wollen (vgl. Scheffer/Schmidt 2019; vgl. Burzan 2019). Dieser Vorstellung scheint das Konzept der AfS zu widersprechen, wenn durch Grundlagenforschung im empirisch-analytischen Sinne ein kumulativer Erkenntnisaufbau erfolgen soll. Denn ihr Ziel ist es, ihrer Forschung eine einzige Position zugrunde zu legen. Die Idee von Pluralität ist damit kaum vereinbar. In den Grundsätzen der

AfS lässt sich nachlesen, dass man sich im Hinblick auf eine Konzeptualisierung einer sozialen Realität einig sei und dieses Konzept in Form einer Realwissenschaft ausgestalten möchte (vgl. AfS 2017b). Jörg Strübing arbeitet heraus, dass dabei der Soziologie durch den Personenkreis der AfS der Vorwurf gemacht werde, sich *auf nichts einigen* zu können (vgl. Strübing 2017: 1). In dieser Aussage steckt der Vorwurf, dass die Aushandlungen innerhalb der DGS einiges an Effizienz kosten. An anderer Stelle hält er fest, dass die AfS prinzipiell gegen den vorherrschenden Pluralismus innerhalb der DGS sei (vgl. Strübing 2019: 7). Insofern bestehen grundlegende konzeptionelle Differenzen.

Es wird angenommen, dass die erarbeiteten Differenzen einen wichtigen Grund dafür darstellten, die AfS zu gründen. Durch die Gründung einer neuen und geschlossenen Forschungsgemeinschaft erübrigt sich nämlich die Auseinandersetzung mit der bestehenden Theorie- und Methodenvielfalt der DGS: Sich auf nichts einigen zu können steht den festgehaltenen kumulativen Erkenntnisbestrebungen im Weg.

”

Das Ziel der AfS [ist es], kumulativen Erkenntnisaufbau zu erarbeiten. Diesen Erkenntnisaufbau sieht sie durch die Methoden- und Theoriepluralität der DGS wohl gefährdet.

Die AfS stützt sich auf eine gemeinsame Grundposition, die laut Strübing auf einen erkenntnistheoretischen Realismus hinausläuft (vgl. Strübing 2017: 2). Dieser wird als allgemeingültige Lösung präsentiert. Wieso die Mitglieder sich allein auf diese Position beschränken sollen, ist wohl primär durch gesteigerte Produktivität erklärbar: In den Grundsätzen setzt man sich für „Interdisziplinarität und [verstärkte] Kontakte zu den Nachbarwissenschaften wie beispielsweise der (empirischen) Politikwissenschaft, (Sozial)- und Persönlichkeitspsychologie, der Ökonomie und der Anthropologie“ ein, wobei die Orientierung an den Erkenntnissen der „Neurowissenschaften, der Informatik, der Verhaltensbiologie oder der Wissenschaftstheorie“ ebenfalls erwünscht ist (AfS 2017a: 3). Der gesamte Charakter dieser Erklärung gibt jedoch Anlass zu der These, dass dabei weniger die kritische Auseinandersetzung mit diesen Disziplinen gesucht wird, als eine Kooperation im affirmativen Sinne. Eine Beschäftigung mit der DGS bezüglich einer grundsätzlichen Ausrichtung der Forschungstätigkeit wird durch ihre Entschiedenheit wohl unnötig. Nun kann allerdings begründet werden, wieso eine perspektivische Beschränkung dieser Art nicht unbedingt förderlich sein muss. Strübing hält fest:

Weil wir uns nicht einigen können (oder vielleicht ja auch gar nicht wollen), soll nun eine Grundposition zur allein gültigen aufgerufen werden. Wenn man

nicht verstanden hat (oder vielleicht auch gar nicht verstehen will), welche Gründe es für die fortdauernde Existenz unterschiedlicher Epistemologien und Sozialtheorien gibt (z.B. die Produktivität von Spannungen und Irritationen im wissenschaftlichen Diskurs), dann kann man auch dem Glauben verfallen, dass sich eine solche Einigkeit per Beschluss herstellen lässt. (Strübing 2017: 1f.)

Ähnlich argumentieren Scheffer und Burzan, die in der Auseinandersetzung mit Gegenpositionen ein Moment der Produktivität identifizieren (vgl. Scheffer/Schmidt 2019; vgl. Burzan 2019). Die zugrundeliegenden Aushandlungen haben in den Wissenschaften eine lange Tradition. So hatte beispielsweise schon Karl Mannheim in Bezug auf seine Wissenssoziologie festgehalten, dass „eine eigentümliche Perspektivität der Begriffe, bestimmte Seiten desselben Urstoffes jeweils anders fixiert. Dadurch wird die ‚Wirklichkeit‘ immer reichhaltiger sichtbar“ (Mannheim 1985: 90). Was für die Absichten dieser Arbeit jedoch zunächst entscheidend wird, ist, dass sowohl Kuhn als auch die AfS diesen Prozess der wissenschaftlichen Aushandlung – durch ihre Konzentration auf eine Hemmung der Produktivität – von vornherein als problembehaftet konzipieren. Möchte man einen Vergleich zwischen dem Ziel der AfS und den Ausarbeitungen Kuhns ziehen, bietet es sich deshalb an, innerhalb des Gründerschreibens die Implementierung

einer geteilten gemeinsamen Grundlage für die Forschungsgemeinschaft auszumachen; also demjenigen Element, welches Kuhn Paradigma nennt.

Die Formulierungen des zu Beginn eingeführten Zitats legen ein vergleichbares Verständnis von wissenschaftlichem Fortschritt nahe: Bei Kuhn ist ein kumulativer Fortschritt nur im Rahmen normalwissenschaftlicher Forschung und damit innerhalb eines Paradigmas möglich. Kuhn hatte in seinem ursprünglichen Werk explizit festgehalten, dass es offenbleibe, „welche Teilgebiete der Sozialwissenschaft überhaupt schon solche Paradigmata erworben haben“ (Kuhn 1976: 30). Charakteristisch für die Sozialwissenschaften ist demnach, dass ihnen eine geteilte und anerkannte Grundlage fehlt, die die Existenz und Erarbeitung von solchen voraussetzungsreichen Musterbeispielen zulassen würde. Die Reife einer Forschungstradition wird allerdings durch die Existenz einer gemeinsamen Grundlage bestimmt, die wiederum eine Forschungstätigkeit mit paradigmatischem Charakter voraussetzt. Die Absichten der AfS können in diesem Zusammenhang als Versuch gedeutet werden, eine solche empirisch-analytische Grundlage – im paradigmatischen Sinne – zu setzen, um von dort aus Forschung mit dem eben dargestellten Fokus zu betreiben. So wäre nach Kuhn normalwissenschaftlicher Betrieb und damit die von der AfS angestrebte Kumulation von Forschungsergebnissen

möglich: Die Soziologie stiege ins Stadium der reifen Forschungsdisziplin auf. Sowohl bei Kuhn als auch innerhalb des Gründerschreibens wird die Überwindung des vorparadigmatischen Zustandes sowohl als erstrebenswertes Ziel konzipiert, als auch ein ähnlicher Weg zu diesem Zustand in Aussicht gestellt. Die Parallelen sind kaum zu übersehen, auch wenn noch einmal darauf hingewiesen werden muss, dass Kuhn allgemeine Muster der historischen Entwicklung aufzuzeigen versucht. Der Streit innerhalb der heutigen deutschen Soziologie ist vergleichsweise klein und stellt lediglich einen überschaubaren Schritt im Zyklus wissenschaftlicher Entwicklung dar. Es kommt bei Kuhn des Weiteren nicht darauf an, welche wissenschaftliche Position eine paradigmatische Rolle einnimmt (vgl. Kuhn 1976: 32). Sie muss lediglich eine hegemoniale Stellung für sich beanspruchen, damit normalwissenschaftliche Forschung betrieben werden kann. Da sich die Wissenschaften ohnehin zirkulär entwickeln, spielen Details bezüglich bestimmter Positionen zunächst eine untergeordnete Rolle. Allerdings wird die These der erstrebenswerten Einheitlichkeit ohne nennenswerte Auseinandersetzung vorausgesetzt.

Kritik an Thomas Kuhn

Die erarbeiteten Parallelen sollen es nun möglich machen, eine Kritik, die an Kuhns

Konzept vom wissenschaftlichen Fortschritt geübt wurde, – zumindest in Teilen – auch gegenüber der AfS zu plausibilisieren. Hierbei rückt die Inkommensurabilitätsthese ins Zentrum. Der Grund für Kuhns Auffassung eines Paradigmas als geteilte und anerkannte Forschungsgrundlage ist der zirkulär verstandene Fortschritt einer Forschungstradition. In ein relativistisches Konzept eingebettet sind Paradigmen so etwas wie Schablonen, die auf einen jeweiligen Gegenstandsbereich angewendet werden, bis eine Schablone so viele Probleme offenlegt, dass sie durch eine neue ersetzt werden muss. Die Zirkularität ist in besonderem Maße dadurch gekennzeichnet, dass eine wissenschaftliche Revolution die Forschungsgrundlage des alten Paradigmas in der Regel weitestgehend zerstört. An dieser Stelle kann auf das Beispiel von Newton und Einstein verwiesen werden. Wie bisher angeführte Zitate belegen, geht Kuhn so weit, die Paradigma-Vertreter_innen metaphorisch so stark von anderen Forscher_innen zu isolieren, dass sie auf verschiedenen Planeten arbeiten (und schließt im Zuge dessen die Fähigkeit zur konstruktiven Verständigung aus). Es liegt nahe, diese skizzierte Barriere als eine Metapher paralleler Welten zu verstehen, denn jeglicher Diskurs zwischen Forschenden verschiedener Paradigmen wird von vornherein als sinnlos dargestellt. Seit der Publikation 1962 wurden diverse Versuche unternommen, die Probleme der Inkommensurabilitätsthese und ihre

Konsequenzen zu explizieren. Ihr Widerlegen soll die wissenschaftliche Möglichkeit einer diskursiv-kommunikativen Lösung, sowohl in Bezug auf Kuhn als auch die AfS, unterstreichen.

Gerhard Wagner hatte sich in einem Aufsatz von 2013 beispielsweise damit beschäftigt, die Ausführungen Kuhns im Lichte der Debatten um Emergenz und Reduktion zu deuten. Dabei werden Verstrickungen aufgezeigt, die nahelegen, Kuhns Konzeption von Wissenschaft auf Arthur O. Lovejoy zurückzuführen. Diejenigen Momente, die Lovejoy als Diskontinuitäten – im emergentistischen Sinne – entgegen der Vorstellung einer Great Chain of Being ausmachte, konzipierte Kuhn als Inkommensurabilität (vgl. Wagner 2013: 147f.). Beide verfolgen die Idee, dass es elementare Brüche in der Entwicklung gibt, die eine Rückführung, Ableitung oder Reduktion nicht möglich macht. Kuhn hatte anhand des Übergangs von der newtonschen zur einsteinschen Mechanik explizit zu zeigen versucht, wieso eine Ableitung zwischen diesen unmöglich sei (vgl. Kuhn 1976: 114). Die Ableitung steht, betrachtet man die Inkommensurabilitätsthese genauer, stellvertretend für die allgemeine Fähigkeit einer konstruktiven Verständigung. Es soll also bewiesen werden, weshalb sowohl eine Übersetzung als auch eine Verständigung der beiden Paradigma-Vertreter_innen unmöglich sei, da die verwendeten Begriffe unterschiedliche Entitäten beinhalten und

in grundverschiedene Begriffsnetze eingearbeitet sind. Ähnliches gilt für Lovejoy und seine Darstellung spontaner Sprünge in der historischen Entwicklung, die keine Rückführung auf vorherige Entwicklungen zulassen (vgl. Lovejoy 1993: 392). Beide Theoretiker verbindet also ein Verständnis von wissenschaftlichem Fortschritt, welches emergentistische Elemente beinhaltet, da eine Unüberbrückbarkeit von Differenzen zwischen bisher bestehenden und auch entstehenden Neuheiten vorausgesetzt wird, welche nicht aufgelöst werden kann. Diese Vorstellung wird in Wagners Arbeit bis in die Romantik rekonstruiert (vgl. Wagner 2013: 148). Bei Kuhn sind es begrifflich die Paradigmen, bei Lovejoy historische Neuheiten. Diese Position ist allerdings umstritten. Es lässt sich einigen Kritiken entnehmen, dass sowohl die Inkommensurabilitätsthese als auch die Ausführungen Lovejoys problematisch sind. Damit einher geht, dass eine solche Konzeption paradigmageleiteter Forschung, wie sie oben beschrieben wurde, durch eine potenzielle diskursiv-kommunikative Lösung fraglich und damit kritikwürdig wird.

Kuhn hatte durch seine Inkommensurabilitätsthese emergente Elemente in den Wissenschaftsprozess übernommen, die eine Auseinandersetzung unmöglich und sinnlos erscheinen ließen. Er geht von der Existenz eines irreduziblen Fundaments aus, das so elementar verschieden ist, dass eine Übersetzung zwischen Paradigmen

unmöglich sei. Die Inkommensurabilität haftet jedem bestehenden Paradigma per Definition an. „Beide [Anhänger zweier verschiedener Paradigmen] betrachten [...] die Welt, und was sie anschauen, hat sich nicht verändert. Aber in manchen Bereichen sehen sie verschiedene Dinge, und sie sehen sie in unterschiedlichen Beziehungen zueinander.“ (Kuhn 1976: 161) Eine Auseinandersetzung der verschiedenen Paradigmavertreter_innen ist durch ein Fehlen des gemeinsamen Maßes anscheinend von vornherein sinnlos. Des Weiteren erscheint auch ein Diskurs zwischen Forscher_innen fragwürdig, die gegenüber anderen ein Paradigma begründen wollen. Auch dieser Prozess wird durch die Skizzierung elementarer Differenzen problematisch. Hier sei an die herausgearbeiteten Ziele der AfS erinnert. In diesem Zusammenhang bindet Wagner einen renommierten Physiker ein, der Kuhns Beispiel der Ableitung von Newton und Einstein (und damit die Inkommensurabilitätsthese) widerlegt (vgl. Wagner 2013: 143). Steve Weinberg konzipiert die einsteinsche Masse im Verhältnis zu derjenigen Newtons als Präzisierung des Begriffs, der einen höheren Aussagegehalt besitzt (vgl. Weinberg 2001: 194). So seien Studierende heute problemlos in der Lage, sowohl die Konzepte der einsteinschen als auch der newtonschen Mechanik zu verstehen und anzuwenden. Die Verständigung wird dadurch – im Gegensatz zur kuhnschen These – nicht beeinträchtigt; es

erfolgt vielmehr eine präzisere Definition des Begriffs. Die Idee der Inkommensurabilität zwischen den zwei Konzepten der Mechanik ist damit aufgelöst. Es wird an dieser Stelle sowohl auf eine detailliertere Beschreibung, als auch auf weitere Beispiele des Reduktionismus sowie der Sprachphilosophie verzichtet. Diese lassen sich in Wagners Arbeit nachlesen.

Dieser Exkurs ist insofern relevant, als dass man vermeintlich emergenten oder unüberbrückbaren Elementen wissenschaftlich den Boden entziehen kann. Es sollte in aller Kürze gezeigt werden, dass ein Vorhaben, das die Unfähigkeit diskursiver Auseinandersetzung voraussetzt, einem angemessenen Bezug auf aktuelle und zwingend zu führende Debatten innerhalb der Wissenschaftstheorie entbehrt. Es liegt also ebenfalls nahe, die Vorstellung aufzugeben, es gäbe grundverschiedene Theorien, welche die Welt so unterschiedlich konzipieren, dass sie miteinander unvereinbar wären. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass auch Grundlagendiskussionen prinzipiell zielführend sein können und wirft die Frage auf, wieso solche Abgrenzungsversuche – wie der hier präsentierte – erfolgen. Die Absicht der Gründung der AfS wird dadurch eher als ein dogmatisches Setzen einer möglichst komplikationsfreien Ausgangsposition verstanden, während wissenschaftliche Auseinandersetzungen um verschiedene Grundpositionen als wenig zielführend dargestellt werden.

Der Versuch eines Erklärungsansatzes außerhalb der Wissenschaft

Da die wissenschaftlichen Gründe für eine solche Positionierung als problematisch charakterisiert wurden, bleibt die Frage offen, ob es nicht auch andere Gründe gibt, die Abspaltung von der DGS zu forcieren. Nach allem, was bisher erarbeitet wurde, liegt es nahe, die Spaltung auch als eine strategische Handlung zu verstehen. Einige Theoretiker_innen, welche sich explizit mit der Gründung der AfS beschäftigten, identifizieren eine verschärfte Rhetorik, die eine Trennung der zwei Forschungsgemeinschaften zwar suggeriert, inhaltlich allerdings nicht unbedingt notwendig werden lässt (vgl. Nassehi 2018; vgl. Pries 2018; Strübing 2017 und 2019). Insofern wäre der Prozess der Abspaltung als Grundlage einer strategischen Handlung erklärbar. Demnach geht es hier weniger darum, ob der Pluralismus und seine Konsequenzen eine Stärke oder Schwäche seien, sondern um die in der Argumentation verwendete Rhetorik. Schon anhand des erstens Ansatzes im Gründungsaufwurf wird deutlich, dass die AfS sehr politisierte Szenarien zeichnet, um ihre wissenschaftliche Orientierung zu begründen:

Weltweit ist eine neue Phase gesellschaftlicher Entwicklungen und Umbrüche zu beobachten, darunter auch Erscheinungen einer unvorhergesehenen

Partikularisierung und Spaltung, die man weitgehend für überwunden hielt. [...] Kriegerische Konflikte, autokratische Regime und die Unterentwicklung in vielen Teilen der Welt sowie klimatische Veränderungen verstärken Fluchtursachen, was wohlhabende Zieländer der Migration zu verstärkten Integrationsanstrengungen veranlasst, aber auch Abwehrreaktionen und neue Spaltungen hervorruft. (AfS 2017b)

66

Ironischerweise wird die Abspaltung von der bereits bestehenden DGS hier durch Verweis auf das Risiko weiterer Partikularisierung und Spaltung begründet. An dieser Stelle liegt die Frage nahe, ob die dargestellten Prozesse einer solchen Partikularisierung nicht sogar zuarbeiten. Strübing wirft Andreas Diekmann, dem Verfasser eines Zeitungsartikels zur Verteidigung der Abspaltungstendenzen durch die AfS, in diesem Zusammenhang überhöhte Rhetorik vor und kritisiert, dass dieser mit „recht breitem Pinsel arbeitet und dabei Hintergründe ausblendet und Vordergründe vergrößert.“ (Strübing 2017: 3) Er geht laut Strübing über diverse relevante Punkte hinweg. Ohne darauf im Detail eingehen zu müssen, lässt sich wohl eine gewisse Strategie herausarbeiten. Strübing artikuliert in diesem Zusammenhang eine Kritik, die über die bisherigen sogar hinausgeht. Er wirft der AfS vor, ihr Forschungsprogramm vor dem Hintergrund populistischer Bewegungen zu rechtfertigen:

Weil wir „in einer Zeit leben, in der populistische Bewegungen und Vorstellungen einer nur ‚konstruierten‘ Wirklichkeit und ‚alternativer Fakten‘ an Boden gewinnen“ [sei] es daher besonders notwendig [...], nach „faktenbasierten“ und „überprüfbar“ Erkenntnissen zu streben. [...] Aber das Argument ist vergiftet, denn mit dem Bad des Populismus und der Lügenpresse-Schelte wird hier auch gleich das Kind konstruktivistischer Sozialtheorie mit ausgeschüttet, weil zwischen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit einer konstruktivistischen oder pragmatistischem Epistemologie sowie deren sozialtheoretischen Konsequenzen einerseits und den willkürlichen Konstruktionen interessierter Akteure in der politischen Arena andererseits nicht unterschieden wird. (Strübing 2017: 5)

So wird, laut Strübing, interessierten Leser_innen mithilfe bedenklicher Rhetorik nahegelegt, die Bewegung der AfS in die Richtung einer Abspaltung zu unterstützen, da im selben Atemzug behauptet wird, der heutige Stand der Forschung würde die Tendenzen hin zu alternativen Fakten und populistischen Bewegungen verstärken. Dieser These, die wohl auf den Erfolgen des Relativismus basiert, soll hier nicht grundsätzlich widersprochen werden. Es bleibt jedoch offen, inwiefern die AfS diesem Problem im Rahmen ihres Forschungsprogramms entgegenarbeitet.

Die AfS kritisiert mit dieser Passage wohl eher den Theorie- und Methodenpluralismus der DGS, welcher dadurch für solche problematischen Tendenzen innerhalb der politischen Landschaft mitverantwortlich gemacht wird. „Pegida wird zum Vorwand, um sich konkurrierender wissenschaftlicher Claims zu entledigen, ohne den Weg einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu gehen.“ (Strübing 2017: 5) Wieso die Gründung der AfS solchen Tendenzen entgegenarbeiten würde, bleibt hier wohl unbeantwortet. Es gibt im Fall der deutschen Soziologie innerhalb der ursprünglich geeinten Forschungsgemeinschaft sogar eine Sektion für Methoden der empirischen Sozialforschung, die das Lager der AfS prinzipiell nutzen könnte um einen konstruktiven Diskurs anzustoßen. Der Vorstand der DGS hält diesbezüglich fest: „Innerhalb der DGS sind alle wissenschaftlichen Paradigmen und methodologischen Perspektiven des Faches vertreten; einschließlich derjenigen Positionen, die die ‚Akademie‘ für sich reklamiert.“ (DGS 2018) Der Eindruck fehlenden Interesses an einer Auseinandersetzung seitens der AfS und an einer Lösung scheint durch die erarbeiteten Ergebnisse gefestigt. Stattdessen spiegelt ihre Rhetorik eher eine Unvereinbarkeit der vertretenen Positionen wider und lässt die Differenzen so überhöht wirken, dass eine Neugründung fast unausweichlich erscheint.

Fazit

Es sollte erarbeitet werden, dass sowohl im Gründungsauftrag, als auch in den Grundsätzen der AfS eine rhetorische Figur zu finden ist, die den Graben zwischen den zwei Forschungsgemeinschaften wesentlich größer wirken lässt, als hier nachvollzogen werden konnte. Diese Überhöhung wird einerseits dazu genutzt, die eigene wissenschaftliche Position ohne größeren Diskurs setzen zu können und zweitens eine Spaltung von der DGS dringlicher zu gestalten, als bisher gezeigt werden konnte. Genau wie in Bezug auf Kuhn wird hier argumentiert, dass die Darstellung von Unüberbrückbarkeiten im wissenschaftlichen Diskurs problembehaftet ist und, mit einer gewissen Rhetorik verbunden, wahrscheinlich eher darauf abzielt, konkurrierende Traditionen aus den eigenen Diskursen herauszuhalten. Dahinter steht wohl ein besonderes Interesse an Produktivität, welches bei Kuhn, der die allgemeinen entwicklungshistorischen Aspekte der Wissenschaften betrachtet, institutionell eine etwas andere Rolle spielt, als bei der AfS. Um diesem Prozess, der Erkenntnisstrahlen voraussetzt, entgegenzuarbeiten, soll hier für eine stärkere Zusammenarbeit mit der AfS plädiert werden. Denn die Konsequenzen der dargestellten Aushandlungen – also steigende Partikularisierung – scheinen die Splitterung der Soziologie eher zu verstärken, als eine langfristige Lösung zu bieten.

Ausblick

Es sollte dargestellt werden, dass keine notwendigen Gründe dafür gefunden werden konnten, die Bildung einer zweiten soziologischen Forschungsgesellschaft zu rechtfertigen. Ähnlich wie in Bezug auf Kuhns Inkommensurabilitätsthese ausgearbeitet wurde, scheint auch die Argumentationslinie der AfS auf eine rhetorische Überhöhung aufzubauen, die mit Blick auf wissenschaftstheoretische Erörterungen mindestens problematisch ist. Es wird außerdem angemerkt, dass die Verwobenheit von Interessen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gerade vor dem Hintergrund der Idee wertfreier Forschung zu Problemen führen kann, wenn die Grenzen und Möglichkeiten ihre Entflechtung nicht immer wieder kritisch geprüft und überarbeitet werden. Eine durch Partikularisierung gekennzeichnete Rhetorik lässt eine solche Aufarbeitung allerdings nur in sehr beschränktem Maße zu. Es sind also weniger pluralistisch orientierte Größen als rhetorische Überhöhungen gewisser Partikularisierungsbewegungen, welche alternativen Fakten und damit solchen *parallelen Welten* einen Nährboden liefern. Dabei soll allerdings nicht behauptet werden, die hier skizzierten Positionen ließen sich problemlos auf die DGS und die AfS übertragen. Der problematisierte Diskurs sollte vielmehr anhand dieser Prozesse beleuchtet werden um sich gegebenenfalls an einer anderen Stelle detaillierter mit

diesem auseinandersetzen zu können. So muss sicherlich auch genauer erarbeitet werden, welche Rolle man der Pluralität innerhalb der DGS zuspricht und wie sie konzipiert wird.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass sich der Begriff Paradigma durch seine Verstrickungen in das wissenschaftstheoretische Konzept Kuhns nicht eignet, um die gegenwärtige Struktur der Soziologie zu beschreiben. Denn die Diskussionen um die nötige Bildung eines festumrissenen Forschungsrahmens mit breiter Anerkennung wurde durch Kuhn mithilfe eben dieses Begriffs begründet. Dass sich ausgerechnet eine Forschungsgemeinschaft, die sich bewusst für Theorie- und Methodenpluralismus ausspricht, auf diesen Begriff beruft, ist vor dem Hintergrund der dargestellten Implikationen schwer nachzuvollziehen. Alternative Fakten und unterschiedliche Lebensrealitäten sind grundlegender Bestandteil des Kuhnschen Konzepts. Aufgrund der Probleme, die die Inkommensurabilitätsthese begleiten, scheint die Anwendung des Paradigma-begriffs innerhalb der Soziologie also in besonderer Weise schwierig. Auch die Diagnose einer multiparadigmatischen Struktur wurde von Masterman als problematisches Zwischenstadium konzipiert, das unter Rückbezug auf die eigentliche Bedeutung wohl wenig erstrebenswert sein dürfte. Es wird hier dafür plädiert, die Struktur der Soziologie mit einem Begriff zu

”

Es wird hier dafür plädiert, die Struktur der Soziologie mit einem Begriff zu beschreiben, der nicht bereits voraussetzt, dass die verschiedenen nebeneinander bestehenden Forschungsgemeinschaften erhebliche Verständigungsprobleme aufweisen. Dies bietet sich an, wenn die Soziologie als pluralistische Wissenschaft konzipiert werden soll.

beschreiben, der nicht bereits voraussetzt, dass die verschiedenen nebeneinander bestehenden Forschungsgemeinschaften erhebliche Verständigungsprobleme aufweisen. Dies bietet sich an, wenn die Soziologie als pluralistische Wissenschaft konzipiert werden soll, denn ein solches Ziel scheint mithilfe der Begriffe Kuhns weder möglich noch erstrebenswert.

LITERATUR

- Akademie für Soziologie** (2017a): Grundsätze empirisch-analytischer Soziologie. Online verfügbar unter: <https://akademie-soziologie.de/akademie/grundsaeetze/> (11.05.2019).
- Akademie für Soziologie** (2017b): Aufruf zur Gründung einer ‚Akademie für Soziologie.‘ Online verfügbar unter: https://akademie-soziologie.de/wp-content/uploads/2018/04/Gr%C3%BCndungsaufwurf_final-ohne-Namen.pdf (11.05.2019).
- Burzan, Nicole** (2019): Über eine multiparadigmatische Soziologie. In: *Soziologie* Jg. 47/3, S. 28-36. Frankfurt am Main: Campus.
- DGS** (2018): Stellungnahme der DGS zur Gründung einer »Akademie für Soziologie«. In: *Soziologie* Jg. 47/3, S. 315-317.
- Douglas, Jack D.** (1971): The Rhetoric of Science and the Origins of Statistical Social Thought: The Case of Durkheim's "Suicide". In: Tiryakian, Edward (Hrsg.): *The Phenomenon of Sociology: A Reader in the Sociology of Sociology*. New York: Appleton Century Crofts, S. 44-57.
- Eckberg, Douglas L./Hill, Lester Jr.** (1979): The Paradigm Concept and Sociology: A Critical Review. In: *American Sociological Review* Jg. 44, S. 925-937.
- Freidheim, Elizabeth** (1979): An Empirical Comparison of Ritzer's Paradigms and Similar Metatheories: A Research Note. In: *Social Forces* Jg. 58/1, S. 59-66.
- Friedrichs, Robert W.** (1970): *A Sociology of Sociology*. New York: Free Press.
- Kneer, Georg/Schroer, Markus** (2009): Soziologie als multiparadigmatische Wissenschaft: Eine Einleitung. In: dies. (Hrsg.): *Handbuch Soziologische Theorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-18.
- Kuhn, Thomas S.** (1976): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lovejoy, Arthur O.** (1993): *Die große Kette der Wesen: Geschichte eines Gedankens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannheim, Karl** (1985): *Ideologie und Utopie*. 7. Aufl. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Masterman, Margaret** (1974): Die Natur eines Paradigmas. In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hrsg.): *Kritik und Erkenntnisfortschritt*. Braunschweig: Vieweg.

Nassehi, Armin (2018): Über Beziehungen, Elefanten und Dritte. In: *Soziologie Jg.* 47/3, S. 292-301.

Pries, Ludger (2018): Die Akademie für Soziologie und das Hornberger Schießen. In: *Soziologie Jg.* 47/4, S. 477-481.

Ritzer, Georg (1975): *Sociology: A Multiple Paradigm Science*. In: *American Sociologist Jg.* 10, S. 156-167.

Scheffer, Thomas (2017): Interview mit Prof. Dr. Thomas Scheffer - Für eine multiparadigmatische Soziologie in Forschung und Lehre. In: *Soziologieblog*. Online verfügbar unter: <https://soziologieblog.hypotheses.org/10920> (01.07.2019).

Scheffer, Thomas/Schmidt, Robert (2019): Für eine multiparadigmatische Soziologie in Zeiten existenzieller Probleme. In: *Soziologie Jg.* 48/2, S.153-173.

Strübing, Jörg (2017): Von Pegida zur Akademie für Soziologie – eine kleine Textexegese als Sammelrezension (unveröffentlichtes Interventionspapier). Dieser Aufsatz wurde im Rahmen eines Seminars an der Goethe-Universität zur Verfügung gestellt.

Strübing, Jörg (2019): Soziologie in kriegerischen Zeiten. Woher kommt und wohin führt die Entwertung qualitativer Sozialforschung und theoretischer Pluralität? Eine Spurensuche als Kommentar. In: *Soziologie Jg.* 48/2, S. 143-152.

Wagner, Gerhard (2013): Paradigmen, Inkommensurabilität und Emergenz: Kuhns *Structure* als Problem der Soziologie. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie Jg.* 2/1, S. 135-153.

Weinberg, Steven (2001): *The non-revolution of Thomas Kuhn*. In: ders.: *Facing Up: Science and its Cultural Adversaries*. Cambridge: Harvard University Press, S. 187-206.

ZUM AUTOR

Wassili Brassat, geboren 1993, absolvierte seinen Bachelor in Soziologie und Philosophie. Derzeit studiert er Soziologie (MA) in Frankfurt am Main mit den Schwerpunkten Wissenschaftstheorie, Philosophie der Sozialwissenschaften und Wissenschaftsphilosophie. Er arbeitet als freier Mitarbeiter am Jüdischen Museum Frankfurt mit dem Fokus auf politischer Bildung.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Tamara Schwertel**, **Martin Blume**, **Veronika Riedl** und **Andreas Schulz**.

Der lange Schatten von Gustave Le Bon

Zum sprachlichen Einfluss der Crowd Science auf die Soziologie der Gewalt

von Hendrik Erz

71

In Anlehnung an eine kürzlich erschienene Studie der Sozialpsychologen John Drury und Clifford Stott zeigt der vorliegende Aufsatz, wie die sozialwissenschaftliche Wahrnehmung von Menschenmengen („Crowds“) durch den französischen Intellektuellen Gustave Le Bon verschoben wurde. Le Bon spricht Menschenmengen jegliche Rationalität ab und vergleicht die sozialen Prozesse während städtischer Unruhen und Aufstände mit der Ausbreitung von Viren. Der große Einfluss Le Bons auf die wissenschaftliche Analyse solcher Unruhen wird in aktuellen Publikationen und Theoriegebäuden teils sehr deutlich. Um besonders die zeitliche Resilienz dieser Diskursverschiebung erklären zu können — Le Bons Hauptwerk erschien 1895 — nutzt dieser Aufsatz Antonio Gramscis Konzept der „Hegemonie“. Somit kann Le Bon als „organischer Intellektueller“ einer herrschenden Klasse analysiert werden, welcher die Wahrnehmung von Unruhen zugunsten dieser Klasse für mehr als einhundert Jahre verschieben konnte. Der Aufsatz schließt mit einem kurzen Überblick über alternative Konzepte von städtischen Unruhen.

abstract

Schlagwörter

Riots; Gewaltsoziologie; Crowd Science; Politische Theorie; Hegemonie; Gramsci

In Anbetracht der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD), der europafeindlichen, rassistischen Politik Viktor Orbáns in Ungarn und erst jüngst des „Ibiza-Skandals“ der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), welche die Regierung von Sebastian Kurz zu Fall brachte, bleibt ein Thema durchgehend aktuell: die Diskursverschiebungen, vornehmlich von rechts orchestriert, um die „Grenzen des Sagbaren“ zu verschieben, wie es landläufig zu hören ist (vgl. das Interview mit Ruth Wodak in diesem Band). Seither befassen sich vor allem die Politik- und Sozialwissenschaften mit diesem Phänomen und versuchen, auszuloten, wie sich diese Diskursverschiebungen letztlich auswirken. Ein prominentes Beispiel hierfür sind die zahlreichen Untersuchungen im Kontext der Pegida-Demonstrationen in Dresden (vgl. für einen Überblick über die empirischen Untersuchungen Vorländer u.a. 2016: 54ff.).

Doch zahlreiche Diskursverschiebungen sind bei weitem nicht so sichtbar wie die Versuche, gewisse Handlungsoptionen als akzeptabel darzustellen. Als die ehemalige AfD-Funktionärin Frauke Petry im Januar 2016 (vgl. Der Spiegel 2016) beispielsweise einen „Schießbefehl“ gegen Geflüchtete forderte, war die Stoßrichtung der Aussage eindeutig und wurde gesellschaftlich dementsprechend aufgefasst — als Affront.

Eine höhere Bereitschaft, Waffengewalt gegenüber Geflüchteten einzusetzen, hat sich nicht durchgesetzt. Dieser Versuch, den Diskurs nach rechts zu verschieben, hatte also nicht den gewünschten Effekt.

Historisch zeigt sich, dass erfolgreiche Diskursverschiebungen nicht offen propagiert werden, sondern sehr subtil funktionieren. So führte Michel Foucault in zwei Vorlesungen im Januar 1976 den Begriff des „historisch-politischen Diskurses“ ein (vgl. 1986). In der Neuzeit hätte ein solcher Diskurs staatliche Herrschaft mithilfe von Mythen beziehungsweise Geschichtsschreibung legitimiert, indem die Vergangenheit jeweils so rekonstruiert wurde, dass die Herrscher_innen als legitim galten (vgl. ebd.: 16ff.). Ein Nationalstaat wie Deutschland oder Frankreich war somit legitim durch die Konstruktion einer „Nation“, welche anschließend naturalisiert wurde. Rückendeckung für diese These von historischer Konstruktion kommt aus der Systemtheorie. In den „Beobachtungen der Moderne“ (1992) unterscheidet Niklas Luhmann zwischen Semantik und Sozialstruktur. Während die sozialen *Strukturen* in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stabil geblieben seien, habe der Diskurs der Postmoderne (d.h. die *Semantik*) die Wahrnehmung dieser gesellschaftlichen Strukturen verschoben (vgl. Luhmann 1992: 17f.; vgl. zur Nachzeitigkeit der Semantik Stichweh 2006). Ähnlich erging es auch der Wahrnehmung der neuzeitlichen

Revolutionen in Frankreich und den USA, die mal als Revolution, mal als Bürgerkrieg beschrieben wurden, was erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung besagter Ereignisse bei zeitgenössischen Beobachtern hatte (vgl. Armitage 2018: 155f.).

Es gibt auch Diskurse, die letztlich in der Lage sein können, die zugrundeliegenden Strukturen zu verändern, wie am Beispiel der neoliberalen Ideologie seit der Krise des Keynesianismus und den Ölschocks der 1970er Jahre deutlich wird. Nach dem Auflösen des Bretton

Woods-Systems veränderte sich der Kapitalismus durch Wechselkursschwankungen, Austeritätstheorie und Finanzialisierung grundlegend (vgl. Fritsche 2004; Bresser-Peireira 2010). Dabei wurde insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften die neoliberale Wirtschaftstheorie, die Neoklassik, noch bis weit in die 2010er Jahre unhinterfragt gelehrt. Erst nach der globalen Finanzkrise 2007/2008 („subprime crisis“ mit Bezug auf die krisenauflösenden minderwertigen Kredite aus der US-Amerikanischen Immobilienbranche) formierte sich Widerstand und Netzwerke wie die Plurale Ökonomik bildeten sich als Antwort auf die herrschende Lehrmeinung.

” In der Soziologie fehlt fast durchgängig eine Beschäftigung mit Riots.

Das laute Schweigen der Soziologie

Diskursverschiebungen können also maßgeblich verantwortlich für die wissenschaftliche Bewertung gesellschaftlicher Phänomene und unhinterfragtes

hegemoniales Denken sein. Der vorliegende Aufsatz will anhand einer solchen subtilen Diskursverschiebung innerhalb der Soziologie darlegen, weshalb diese bereits seit dem vorletzten Jahrhundert daran scheitert, ein spezifisches soziales Phänomen ad-

äquat zu erfassen: Das von kollektiver Gewalt im Kontext von Aufständen, sogenannten *Riots*. In der Soziologie fehlt fast durchgängig eine Beschäftigung mit Riots (für eine Zusammenfassung bisheriger Ansätze siehe Wilkinson 2009; sowie die Sonderausgabe der Zeitschrift *sub|urban* von 2016, vgl. Rucht 2016; Frenzel u.a. 2016). Dies verwundert vor dem Hintergrund, dass diese zumeist eine hohe mediale Sichtbarkeit aufweisen, wie die Aufstände 2005 in Paris, 2008 in Athen, 2011 in London, die Aufstände im Kontext des sogenannten „Arabischen Frühlings“ sowie die wiederkehrenden *race riots* in den Vereinigten Staaten von Amerika (beispielsweise in Ferguson und Baltimore) zeigen. Zwar nehmen Riots bei einigen

Autor_innen einen nennenswerten Teil der Publikationen ein, als eigenständiges Phänomen werden sie aber nicht theoretisch erfasst. Über Riots wird gesprochen, aber über das Phänomen geschwiegen.

Anknüpfend an ein erst kürzlich erschienenes Paper der Sozialpsychologen John Drury und Clifford Stott (2017) zeichnet der vorliegende Aufsatz den Einfluss der sogenannten „Crowd Science“ auf soziologische Konzeptionen von Unruhen nach und gibt eine Antwort auf die Frage, weshalb die wissenschaftlich nicht haltbaren Metaphern von „Krankheit“ und „Viren“ im Kontext von Riots in soziologischen Theoriegebäuden teilweise bis heute überdauern konnten. Um diese Beobachtung zu erklären, wird im vorliegenden Aufsatz das gramscianische Konzept der Hegemonie genutzt. Die Hypothese hierbei ist, dass die von Taine und Le Bon geprägten und von Drury und Stott herausgearbeiteten Konzeptionen menschlichen Verhaltens während solcher Unruhen einen hegemonialen Status erhalten haben und somit unhinterfragt als phänomenologische Grundlage genutzt wurden — selbst dann noch, als die Urheber dieser Konzeptionen, Gustave Le Bon und Hippolyte Taine, schon lange diskreditiert waren.

Um diese Diskursverschiebung nachzuvollziehen, steht zu Beginn ein Überblick über den aktuellen Stand der Gewaltsoziologie. Einige der dabei verwendeten

Vorstellungen von kollektiver Gewalt werden anschließend zu den Urhebern Hippolyte Taine und Gustave Le Bon zurückverfolgt. Der Aufsatz positioniert mithilfe der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci beide als „organische Intellektuelle“ der bürgerlichen Klasse, welche es geschafft haben, trotz aus heutiger Sicht offenkundig reaktionärer Sprache eine Sichtweise auf Riots zu platzieren, die durch die Soziologie übernommen wurde. Nach einem kurzen Exkurs in die Polizeiwissenschaften, wo der Duktus Le Bons immer noch maßgeblich ist, gibt dieses Paper einen Überblick über andere Ansätze zur Frage der Gewalt von Riots, welche es schaffen, sich dieser Phänomenologie zu entledigen. Im Folgenden werden die Namen Le Bon und Taine immer wieder zusammen auftauchen; jedoch bezieht sich dieses Paper nur auf Le Bon, da dieser für die Soziologie wichtiger ist und sich die Ansichten Le Bons und Taines in Bezug auf Menschenmengen gleichen (vgl. Drury/Stott 2017).

Eine auffällige Leerstelle

Zentrale Werke für die Gewaltkonzeptionen der Soziologie sind ein Sammelband von Trutz von Trotha (1997) über die *Soziologie der Gewalt*, die Monographie *Vertrauen und Gewalt* des Gründers und ehemaligen Direktors des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp

Reemtsma (2008), und die Aufsätze von Wolfgang Sofsky und Heinrich Popitz, auf die in diesen Werken immer wieder Bezug genommen wird. Philipp van Riel teilt im Anschluss an Brigitta Nedelmann die Gewaltsoziologie in zwei Strömungen ein, die er als „Innovateure“ und „Mainstream“ bezeichnet (van Riel 2005; zur Herkunft der Unterteilung vgl. Reemtsma 2008: 461). Unter die „Innovateure“ fasst van Riel dabei all jene, die basierend auf Heinrich Popitz' Gewaltbegriff „sowohl ein[en] handelnden Täter, als auch ein erleidendes Opfer“ voraussetzen (van Riel 2005: 6). Der „Mainstream“ wiederum zielt vornehmlich auf den *Kontext* von Gewalt ab, womit eine Beschreibung „struktureller Gewalt“ (Galtung 1969) möglich wird. In Bezug auf die Untersuchungsebene lässt sich die Soziologie der Gewalt einteilen in Studien mit Fokus auf individuell ausgeübte Gewalt (beispielsweise Mord oder Folter) und kollektiv ausgeübte Gewalt (beispielsweise Bürgerkriege). Da der Fokus dieser Arbeit letztere ist, soll die individuell ausgeübte Gewalt hier zunächst ausgeklammert werden.

Oft verwendete Beispiele kollektiver Gewalt sind in der Soziologie der Genozid der Hutu an den Tutsi in Ruanda, der Bürgerkrieg in Jugoslawien (vgl. Hardin 1997) und der transnationale Terrorismus (vgl. Schinkel 2010). Während die Soziologie in Bezug auf kollektive Gewalt bereits einige theoretische Vorarbeit geleistet hat

(so zum Beispiel die triadische Gewaltstruktur bei Reemtsma 2008; ethnische und religiöse Faktoren bei Hardin 1997; soziale Identität bei Drury/Stott 2017; sowie die Dreiteilung in soziales, protopolitisches und politisches Handeln bei Hitzler 1999), mit welchen die oben genannten Beispiele adäquat erfasst werden können, werden Riots meist ausgelassen. Dieser Umstand verwundert insbesondere vor dem Hintergrund der immer stärker anwachsenden Zahl großstädtischer Riots in westlichen Gesellschaften, vor allem im Kontext der globalen Finanzkrise seit 2007. Während es wirklich verlässliche Zahlen hierzu bislang nicht gibt, hat Philipp Neel 2014 auf Basis des GDELT-Datensatzes die Häufigkeiten von Aufständen global und für verschiedene Staaten untersucht und fast durchgehend einen Anstieg feststellen können (vgl. Neel 2014).

Zwar gibt es bereits einige soziologische Arbeiten, die sich mit solchen Riots befassen, allen voran in der deutschsprachigen Soziologie Dieter Rucht (2016), doch eine umfassende Beschäftigung mit Riots erfolgte bislang zumeist außerhalb der Soziologie (vgl. Clover 2016; Rudé 1967; Lewis u.a. 2011). Innerhalb der Soziologie taucht das Phänomen meist als ein *Beispiel* kollektiver Gewalt neben anderen Phänomenen wie Genozid und Bürgerkrieg auf (vgl. Hardin 1997; zusammenfassend Wilkinson 2009).

”

Gustave Le Bon konnte mit seiner *Psychologie des foules* existierende Vorurteile über den mentalen Zustand aufständischer Menschenmengen erstmals auf eine scheinbar wissenschaftliche Basis stellen und damit erklären.

76

Dieser Aufsatz stellt die Hypothese auf, dass ein Teil der Ursachen für diese Lücke in der Vergangenheit zu suchen ist. Die Urväter der Massenpsychologie, der Historiker Hippolyte Taine sowie der Mediziner und frühe Soziologe Gustave Le Bon, veröffentlichten Ende des 19. Jahrhunderts zwei wichtige Abhandlungen über Menschenmengen, „*Les origines de la France contemporaine*“ (Taine) sowie „*Psychologie des foules*“ (Le Bon). Vor allem Le Bon stellt in seinem Hauptwerk eine Verbindung zwischen dem Phänomen der Menschenmenge und der Medizin her und erklärte, dass sich in solchen „Crowds“ der Mensch nicht mehr als Individuum verhalte, sondern von einem gewissen, irrationalen „Geist“ bestimmt werde (Le Bon 2001: 8). Genau diese Verbindung ist es, die sich auch heute noch in soziologischen Analysen kollektiver Gewalt wiederfinden lässt. Die stillschweigende Übernahme jener Vorstellung von Menschenmengen als „ansteckend“ und „irrational“ hat im späteren Verlauf dazu geführt, dass sich Aufstände nur begrenzt mit dem gegebenen Instrumentarium erfassen lassen.

Die Krankheitsmetapher von Le Bon kann in der Tat menschliches Verhalten während Riots adäquat beschreiben. Das lässt sich statistisch insofern belegen, als dass sich größere Menschenmengen nachweislich wie Epidemien verbreiten (vgl. Braha 2012). Dies liegt allerdings daran, dass es sich in beiden Fällen um sogenannte *komplexe Systeme* handelt — die Ausbreitung ist dabei nur ein Attribut von vielen, welche Riots zeigen. Die *Agenz* von aufständischen Personen wird in einer solchen Perspektive ausgelassen, obwohl sie einer gesonderten Beschäftigung bedarf.

Weiterhin handelt es sich hier um eine *Diskursverschiebung* und nicht -setzung, da Riots auf dem europäischen Kontinent schon zu Le Bons Zeit ein bekanntes Phänomen waren (bereits 1347 gab es *food riots*, vgl. Clover 2016: 52). Allerdings, wie Joshua Clover zurecht bemerkt: „The prosecutor clearly has no language for this [riot]. The contents of the very social dispensation in which he is enmeshed are not yet known to him [...]“ (ebd.: 64) Gustave Le Bon konnte mit seiner *Psychologie des foules* existierende Vorurteile über den mentalen

Zustand aufständischer Menschenmengen erstmals auf eine scheinbar wissenschaftliche Basis stellen und damit erklären.

Kollektive Gewalt, Agenz und Contagion

Sowohl Taine als auch Le Bon gelten in der Soziologie heute als im Großen und Ganzen diskreditiert; zu offensichtlich sind die ideologischen Färbungen französischen Konservatismus' in ihrer Beschreibung von „crowds [that] act like those microbes which hasten the dissolution of enfeebled or dead bodies“ (Le Bon 2001: xiii). Nichtsdestotrotz rekurriert die Soziologie noch auf diskursive Elemente, welche von Le Bon geprägt wurden (vgl. Drury/Stott 2017: 2). Besonders anschaulich wird dies im Werk „One For All: The Logic of Group Conflict“ des amerikanischen Soziologen Russel Hardin. Zwar distanziert er sich im Verlaufe seiner Arbeit von Le Bon (vgl. Hardin 1997: 207), doch findet sich eine aussagekräftige Stelle direkt zu Beginn der Analyse:

Damian Williams, then a teenager, while participating in the 1992 riots in Los Angeles, threw a brick at the head of a white truck driver, Reginald Denny, who had been dragged from his truck. [...] In essence, he was carried away by the spirit of the riot and lost touch with rational sense, arguably doing something that was not consistent with his usual character. (Hardin 1997: 3)

In Bezug auf die Los Angeles Riots von 1992 schreibt er, dass Gewalt ausübende Personen von der Situation „davongetragen“ würden und irrationale Handlungen begingen. Etwas deutlicher wird dies während Hardins Beschäftigung mit dem jugoslawischen Bürgerkrieg: „Perversely, [the soldier] had either to leave his community altogether or he had to identify with it altogether.“ (Hardin 1997: 148) Die Soldaten im Jugoslawienkrieg waren ihm zufolge also gezwungen, entweder ihre ethnische beziehungsweise religiöse Gruppe zu verlassen oder aber vollständig in ihr aufzugehen; ein Teil des Größeren zu werden.

Doch nicht nur Irrationalität ist ein bestimmendes Konzept zur Erklärung kollektiver Gewalt. Im Kontext der *banlieue*-riots von 2005 in Paris sprach der Soziologe Sébastien Roché explizit davon, dass diese Unruhen wie ein „Virus“ die großen Städte Frankreichs „kontaminiert“ hätten (Roché 2006: 18). Noch 2012 hat der Systemtheoretiker (im Sinne komplexer Systeme) Dan Braha in einer Studie verkündet, dass das Verhalten von Aufständen weltweit mit der Ausbreitung von Viren korreliere (vgl. Braha 2012) — es handele sich also letztlich um Effekte von Ansteckung („Contagion“). Die Medizin, so wird deutlich, ist im Umgang mit Gewalt während kollektiver Ausschreitungen noch nicht aus dem Vokabular der Sozialwissenschaften verschwunden. Dabei hat bereits

vor Jahren der niederländische Soziologe Willem Schinkel eine für die Gewaltsoziologie zentrale Warnung von Charles Tilly wiederholt: „Beware of virus analogies!“ (Schinkel 2010: 148; ursprünglich Tilly 2005: 20).

Zwei Dinge fallen bei dieser Lektüre auf. Kollektive Gewalt, vor allem im Kontext von Riots, wird mit medizinischen Metaphern der Virologie wie „Ansteckung“ und „Verbreitung“ erklärt. Zweitens wird dadurch den Akteuren jegliche Agenz *abgesprochen*. Selbst Hardin, welcher sich explizit von diesem Vokabular distanziert, spricht den Akteuren ihre Agenz ab, wenn gleich mit einer komplexeren Begründung. Es wird erklärt, diese Menschen wären gar nicht gewaltsam gewesen, wenn es die Situation oder die Gruppe nicht verlangt hätten. Dies ist es, was mit dem „langen Schatten“ von Le Bon gemeint ist: Nur wenige Soziolog_innen würden heute kollektive Gewalt mit medizinischen Begriffen beschreiben. Nichtsdestotrotz ist die damit verbundene *Abschreibung jeglicher Agenz*, welche im Werke Le Bons ihren Ursprung hat, nach wie vor zentrales Diktum der Beschäftigung mit Gewalt.

Kollektive und individuelle Gewaltkonzeptionen

Kollektive Gewaltkonzeptionen tendieren also aufgrund der Analyseebene – Gruppen

statt Individuen — dazu, eher in Richtung Le Bon'scher Massenpsychologie zu argumentieren. Doch wie steht es um akteurzentrierte Theorien? Die „Innovateure“ werden von van Riel ausgiebig kritisiert — allen voran die wissenschaftstheoretisch zweifelhafte Methode der „dichten Beschreibung“ („thick description“), welche in rein beobachtender Perspektive zwar Akte von Gewalt minutiös zu beschreiben in der Lage ist, aber beispielsweise Herrschaft ausklammert (vgl. van Riel 2005: 23f.). Weiterhin wird der weitere Kontext, in dem Gewalt passiert, durch die Annahme, Gewaltakte ließen sich aus sich selbst heraus erklären, nicht erfasst. Wir wollen uns nun einem Gewaltsoziologen widmen, der gewissermaßen eine Synthese von „Innovateuren“ und „Mainstreamern“ versucht: Jan Philipp Reemtsma. Reemtsma argumentiert, jede Gewalttat bestehe aus einer Triade: dem_der Täter_in, dem Opfer und dem Adressaten beziehungsweise der Adressatin. Er wirft der Gewaltsoziologie explizit vor, „den Dritten“ zu übersehen, also den Adressaten/die Adressatin (vgl. Reemtsma 2008: 474). Der beziehungsweise die Dritte ist dabei die Person, welche von der Gewalthandlung Notiz nimmt. Die Rolle des beziehungsweise der Dritten kann unterschiedlichen Personen zufallen. Zum einen kann es sich um eine_n externe_n Beobachter_in handeln, zum anderen können Dritte und Opfer zusammenfallen (vgl. ebd.: 493). Drittens kann „der Dritte“ ausgeschaltet werden, sobald der



Keines der hier angesprochenen Gewaltkonzepte sieht vor, dass kollektive Gewalt gegen Institutionen oder Strukturen ebenfalls soziales Handeln sein kann.

Staat involviert sei – er beschreibt dies als einen Bewältigungsmechanismus (vgl. ebd.: 486ff.).

Reemtsma löst das Problem kollektiver Gewalt also ähnlich wie die „Innovateure“ auf, indem er sich auf individuelle Gewalttaten konzentriert. Nichtsdestotrotz ist kollektive Gewalt bei ihm auch möglich. Statt davon auszugehen, dass gewalttätige Personen in Gruppen ihren Charakter, gewissermaßen also ihre soziale Identität, völlig ändern, fokussiert er sich auf die Akteure und erklärt zwar, dass der Nationalsozialismus oder der Gulag als Summe sozialer Gewalttaten etwas Präzedenzloses gewesen seien, nicht jedoch die individuellen Handlungen:

Präzedenzlos ist ein Lagersystem wie das von Deutschland aus vor allem über Osteuropa ausgedehnte, und präzedenzlos ist das System des sowjetischen Gulag – nicht präzedenzlos ist der Typus des Lageraufsehers, des routinierten Sadisten, des Quälers, der irgendwann agiert, als habe er einfach vergessen, dass es Menschen sind, auf die er da einprügelt. (Reemtsma 2008: 15)

Mit seinen Ausführungen tritt Reemtsma also zwar dezidiert aus dem Schatten der kollektiven Gewaltkonzeption heraus, verhindert aber ein Absprechen der Agenz im Kontext kollektiver Gewalt lediglich durch ein Umschwenken ins absolute Gegenteil, was bereits in den 1920ern den Paradigmenwechsel von kollektiver zu individueller Analyse in der Psychologie ausgezeichnet hat (vgl. Drury/Stott 2011: 277).

Eines fällt jedoch bei all diesen Ausführungen auf, was im weiteren Verlauf noch wichtig werden wird: Keines der hier angesprochenen Gewaltkonzepte sieht vor, dass kollektive Gewalt gegen Institutionen oder Strukturen ebenfalls soziales Handeln sein kann. Das Opfer ist von Hardin bis Reemtsma, ja sogar bei Galtung (demzufolge Strukturen zwar Gewalt *ausüben* können, nicht aber erfahren) immer eine Person. Die Möglichkeit kollektiver Gewalt gegen Strukturen und Institutionen taucht nicht auf.

Hegemonie als Erklärungsansatz

Kehren wir zurück zu Gustave Le Bon. Wenn sich die heutige Soziologie von Le Bon distanziert, keine medizinischen Begriffe mehr verwendet und Gruppen von Menschen nicht mehr als irrational und „wahnsinnig“ bezeichnet, wie kann dann der heutige und in den vorhergehenden Absätzen skizzierte Umgang der Soziologie mit kollektiver Gewalt dennoch im Schatten der „Crowd Science“ stehen, wie die Beschäftigung mit (gewalttätigen) Menschenmengen genannt wird (vgl. Drury/Stott 2011: 276; 2017: 8)?

Ein Erklärungsansatz ist das Konzept der Hegemonie. Hegemonie wird vornehmlich mit den Namen Antonio Gramsci, Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (Laclau/Mouffe 2014) in Verbindung gebracht, obgleich auch ganze wissenschaftliche Subdisziplinen um das Werk Gramscis entstanden sind, beispielsweise der Neogramscianismus (vgl. Cox 1983; Germain/Kenny 1998; Gill/Law 1989; Sklair 1997). Hegemonie ist, kurz zusammengefasst, ein gesellschaftlicher Zustand, in welchem eine bestimmte *Klasse* (über die exakte Bestimmung von Klassengrenzen hält sich Gramsci bedeckt) ein Monopol über den Staat wie auch die Zivilgesellschaft hält. In den *Gefängnisheften* bildet sich eine konkrete Definition der Hegemonie heraus: „hegemony comes to mean ‘cultural, moral and ideological’ leadership over allied and subordinate groups“ (Forgacs 2000: 423).

Eng verbunden mit dem Begriff der Hegemonie sind zwei Begriffspaare; „common sense“ und „good sense“ sowie „organische“ und „traditionelle“ Intellektuelle. Dem „common sense“ als unhinterfragt akzeptierte Meinungen und Vorstellungen von Gesellschaften (in etwa zu übersetzen als „gesunder Menschenverstand“) stellt Gramsci einen „good sense“ gegenüber, welcher entwickelt werden müsse, um den „common sense“ aufzubrechen. Dabei schwingt bei Gramsci implizit die Vorstellung mit, der „good sense“ durchdringe die Gesellschaft dialektisch, während der „common sense“ unhinterfragt geltende Vorstellungen übernehme (vgl. Harvey 2005: 64f.). Abermals übertragen auf das Forschungsobjekt dieser Arbeit ließe sich postulieren, die Soziologie der Gewalt konzentriere sich — nicht in ihren Arbeiten, sondern in ihren unhinterfragt angenommenen Prämissen der *conditio humana* — auf Annahmen über die gesellschaftliche Wirklichkeit, die institutionalisiert und damit so unsichtbar geworden sind, dass sie für die Soziologie nicht mehr als ideologische Unterfütterung ihrer wissenschaftlichen Analyse erscheinen. Gewissermaßen ließe sich basierend auf den bisherigen Ausführungen als Kritik an der Gewaltsoziologie formulieren, dass sie ein gewisses Set an Prämissen — eben einen „gesunden Menschenverstand“ — angenommen habe, ohne sich der ideologischen Grundlagen derselben gewahr zu sein. Gleichzeitig kann es passieren, dass innerhalb der Soziologie

hegemoniale Deutungsmacht ausgeübt wird — soll heißen, dass unliebsame politische Phänomene wie *Riots* tendenziell eher diskreditiert und delegitimiert werden, als sich analytisch mit ihnen zu befassen.

Es lässt sich jedoch noch präziser auf die Rolle der Soziologie der Gewalt für die aktuelle Hegemonie eingehen: mit dem Begriffspaar „traditionelle“ und „organische“ Intellektuelle. Gramsci bezeichnet so zwei Arten von Intellektuellen, welche eine herrschende Klasse benötige, um ihre Hegemonie aufrecht erhalten zu können. Unter die „traditionellen Intellektuellen“ fasst Gramsci beispielsweise Lehrer_innen (vgl. Forgacs 2000: 308), welche die „herrschende Lehrmeinung“ in den Schulen an die nächste Generation weitergeben und dadurch sicherstellen, dass der einmal etablierte „common sense“ stabil bleibt. Die „organischen Intellektuellen“ wiederum entwickeln diesen „common sense“ weiter und handeln beständig das Herrschaftsverhältnis der herrschenden Klasse mit ihren sogenannten „subalternen“ (unterlegenen) Klassen neu aus (vgl. Forgacs 2000: 250). Klassenherrschaft nach Gramsci zeichnet sich nicht nur durch Zwang (also strukturelle Gewalt seitens des Staates) aus, sondern durch eine Mischung aus „consent and coercion“ (Forgacs 2000: 300) — die berühmte Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche. Damit untergeordnete Klassen ihre Rolle akzeptierten, so Gramsci, müssten beständig ökonomische und politische

Konzessionen seitens der herrschenden Klasse gemacht werden. Dies sei Aufgabe der Wissenschaften.

Soziolog_innen als organische Intellektuelle

Zygmunt Bauman hat Soziolog_innen (beziehungsweise Wissenschaftler_innen im engeren Sinne) einmal als Klasse „organischer Intellektuelle“ bezeichnet, die abgetrennt für sich selbst kämpfe und keine hegemonische Meinung einer anderen Klasse (sprich: das, was für Gramsci der „common sense“ ist) weiterentwickle (vgl. Bauman 1992: 101). Doch hiergegen lässt sich mit den Ausführungen Guy Debords in seiner „Gesellschaft des Spektakels“ argumentieren. Auch wenn er Gramsci nicht explizit zitiert, wird die Rolle der Soziologie als „organische Intellektuelle“ der bürgerlichen Gesellschaft von ihm sehr deutlich gemacht: „[T]he sincerely reformist tendency of this sociology resorts to morality, common sense, appeals devoid of all relevance to practical measures, etc.“ (Debord 2010: §197, Herv. H.E.). Für Debord hat die Soziologie in der bürgerlichen Gesellschaft eine Funktion als „official amnesia of historical practice“ (ebd.: §196, Herv. im Orig.). Was er damit meint, ist, dass die Aufgabe der Soziologie darin bestünde, die historische Formierung von Klassenbewusstsein im Proletariat (sofern es „das Proletariat“ überhaupt noch gibt) zu negieren.

” Le Bons und Taines Strategie war, dieser Masse die Rationalität abzusprechen.

Wir wollen Debord in der Schwere der Analyse nicht folgen, können seine Kritik jedoch nutzen, um ein interessantes Phänomen in der deutschen Soziologie zu erklären: Bis vor wenigen Jahrzehnten wurde eine Vielzahl an Begriffen hervorgebracht, welche versuchen, die Unterschiede zwischen armen und reichen Strata der Gesellschaft zu beschreiben, ohne auf den Begriff der „Klasse“ zu rekurrieren. So gibt es Begriffe wie die „nivellierende Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) und den „Fahrstuhleffekt“ (Ulrich Beck), welche den wachsenden Unterschied zwischen Arm und Reich tendenziell kaschieren (vgl. Thieme 2003; vgl. für eine Begriffsgeschichte des Konzeptes „Klasse“ in der deutschen Soziologie Pleinen 2015). Es ließe sich an dieser Stelle mutmaßen, dass dieses Phänomen auch zu der in diesem Aufsatz beschriebenen diskursiven Hegemonie gehört und ähnlich funktioniert wie das Absprechen von Agenz oder die akteurzentrierte Herangehensweise an kollektive Gewalt.

An diesem Beispiel wird der „lange Schatten“ von Gustave Le Bon sichtbar. Nachdem im Zuge der Industrialisierung eine

gesellschaftliche Hegemonie der Bourgeoisie, des Bürgertums, nach und nach entstanden ist, wurden konsequenterweise auch Bestrebungen der unterlegenen Klassen – namentlich White- und Blue-Collar-Arbeiter sowie die breitere „Überbevölkerung“ (surplus population; zu verstehen im Sinne unregelmäßig beschäftigter Arbeiter_innen, nicht zu verwechseln mit malthusianischen Vorstellungen einer überbevölkerten Erde) – diskursiv zurück gedrängt. Le Bon und Taine waren Denker (besser: organische Intellektuelle) einer konservativen Elite, welche unter dem Eindruck der französischen Revolution schrieben (vgl. Drury/Stott 2011: 276), als zum ersten Mal in der Geschichte ein ganzer Staat mit stehendem Heer von einer gewaltbereiten Masse verarmter Bürger_innen gestürzt wurde. Le Bons und Taines Strategie war, dieser Masse die Rationalität abzusprechen. Ein Phänomen, dem Exekutive wie auch Teile der gehobenen Klassen bereits sehr negativ gegenüberstanden, wurde erstmals „wissenschaftlich“ belegt und damit der Diskurs ganz im Sinne der aufkommenden Bourgeoisie geframed. Wie Stott und Drury erklären:

In this way, Taine's crowd psychology was ideological; the complex history, the role of the state, the complex ideas and philosophies and indeed the meaningful nature of crowd action itself could all be flagrantly dismissed. From Taine onwards, the pathology of the mass and

its agent of change, the crowd, was not in question – it was a ‘scientific’ fact. (Drury/Stott 2017: 6f.)

Durch die Gleichsetzung von aufständischen, gewaltbereiten Menschen mit Viren und von Riots mit Epidemien konnte das Phänomen pathologisiert werden. Es erlaubte der aufkommenden Polizeiwissenschaft, Aufstände als gesellschaftliches „Krebsgeschwür“ zu behandeln, ohne auf die zugrundeliegenden Ursachen eingehen zu müssen. Die Ausrüstung der Polizeikräfte spricht Bände über dieses Bild: Wasserwerfer, Gummigeschosse und militarisierte Kleidung. Im Englischen hat sich der Begriff *Riot-Cop* etabliert, um die an Aufstandsbekämpfung beteiligten Kräfte zu beschreiben. Wie wenig allerdings die Polizeikräfte vor allem in den Vereinigten Staaten, wo das Problem seit Jahrzehnten Teil des wissenschaftlichen Diskurses ist, von zivilen Unruhen verstehen, zeigt ein junger Aufsatz von Gary T. Marx und Patrick Gillham. Sie bemerken im Zusammenhang mit den Riots in Ferguson (Missouri), dass die Polizei dazu tendiere, auch friedliche Proteste durch ein symbolisches Zurschaustellen der eigenen Einsatzbereitschaft eskalieren zu lassen (vgl. Gillham/Marx 2018: 135).

Weitere Hinweise auf diese Denkweise lassen sich anderenorts finden. Seth Stoughton

attestiert der US-amerikanischen Polizei ein „Warrior Problem“ (Stoughton 2015) während die Soziologin Laleh Behbehanian (2016) klar das Hauptaugenmerk der Polizeikräfte ausmache: Die *Vorwegnahme* von gewalttätigen Protesten durch repressive Taktiken. Die Industrie reagiert währenddessen auf den steigenden Bedarf an Kontrollmechanismen. Der amerikanische Softwarekonzern IBM vertreibt seit einigen Jahren eine Spezialanfertigung der Statistiksoftware SPSS mit einem Fokus darauf, große Datenmengen über Kriminelle und potenziell gewaltbereite soziale Protestbewegungen auszuwerten und mit Gefahrenpotenzialen zu versehen¹. Auch hier wird deutlich, dass die Gewalt nicht als soziale Handlung verstanden werden soll, sondern nach Methoden gesucht wird, diese Unruhen soweit unter Kontrolle zu halten, dass sie die „öffentliche Ordnung“ (ein unzweifelhaft dehnbare Begriff) nicht gefährden — ein Gedanke, den bereits Michel Foucault in seinen Vorlesungen zu Sicherheit, Territorium und Bevölkerung geäußert hat (vgl. 2014: 97f.).

Ein neuer Zugang zu kollektiver Gewalt

Die Frage, welche sich nun nach den vorliegenden Ausführungen stellt, ist die danach, wie man es denn *besser* machen

¹ Vgl. <https://www.ibm.com/industries/government/public-safety/crime-prediction-prevention> (13.10.2019).

könne. Die Art von Gewalt, die sich bei Riots beobachten lässt, scheint notorisch schwierig greifbar zu sein. Wenn sich die Soziologie mit ihr befasst, dann entweder im Schatten von Le Bons und Taines „Crowd Science“, in welchem sie den individuellen Menschen innerhalb von Mengen ihre Agenz abspricht, oder aber indem sie sich auf individuelle Gewaltakte beschränkt, welche am Ende des Tages auch in ihrer Gesamtheit nicht mehr als die Summe der individuellen Gewalttaten zu bilden scheint. Doch die Soziologie kann hier mehr leisten.

84

In einer großangelegten Studie im Zuge der Tottenham-Riots in London hat ein Team von der London School of Economics zahlreiche Hypothesen der Gewaltforschung widerlegt (vgl. Lewis et al. 2011). Wie schon Wilkinson (vgl. 2009: 341) vermutete, spielten ethnische oder soziale Identitäten nur eine untergeordnete Rolle für die Riots: Verfeindete Gangs schlossen sich trotz der Diskrepanz zwischen ihren sozialen Identitäten für die Dauer der Riots zusammen und agierten strategisch (vgl. Lewis et al. 2011: 22).

Um jedoch zu einer neuen soziologischen Perspektive auf Riots zu kommen, stellt sich noch ein Problem: In der traditionellen Lesart der Soziologie müsste der eigentliche Adressat beziehungsweise das Opfer von Riots der Staat sein, welcher für die Aufständischen die sozialen Bedürfnisse

breiter Gesellschaftsschichten vernachlässige und mittels der Gewalt aufgefordert werde, die Zustände zu verbessern (vgl. hierzu auch Frenzel et al. 2016: 10). Doch ist der Staat, besser: die Regierung und das Parlament, wirklich der *Adressat* des Riots? Eine genauere Betrachtung der Riots nicht nur in Tottenham fördert etwas anderes zutage. Adressat der aufständischen Gewalt ist nicht ein bestimmbares *Subjekt*, sondern eine objektive *Struktur*. Bereits Max Weber hat mit seinem Begriff des „Apparats“ (Breuer 1988: 321) die Möglichkeit eröffnet, dass sich supra-subjektive Strukturen des menschlichen Zusammenlebens herausbilden können, welche losgelöst von menschlicher Agenz die Handlungsoptionen der Gesellschaftsmitglieder beschränken. Die Systemtheorie hat mit dem Konzept der autopoietischen Systeme sogar einen konkreten Begriff dafür (vgl. Luhmann 2012: 60ff.). Hier wird deutlich, dass Gewaltkonzeptionen Schwierigkeiten haben, Riots zu beschreiben, da sie, wie oben bereits angemerkt, Gewalt gegen Strukturen nicht als soziales Handeln sehen.

Riots als Gewalt gegen ein System

Um die Frage zu beantworten, welche Struktur denn Ziel der aufständischen Gewalt sein kann, lohnt sich ein Blick aus einer anderen Perspektive. So hat Karl Marx in seinem Hauptwerk, „Das Kapital“, davon

gesprochen, dass sich im kapitalistischen Wirtschaftssystem Logiken herausbilden, welche sich dem Zugriff selbst der herrschenden Klasse entziehen können. Besonders deutlich wird dies an einer Stelle, in welcher er ein Gedankenexperiment durchführt, was passieren würde, wenn ein_e Händler_in Waren zehn Prozent über ihrem Wert verkaufen würde (vgl. Marx 1962: 174ff.). Auf langfristige Sicht, so Marx, würden alle Warenbesitzer_innen dazu gezwungen sein, ihre Waren zehn Prozent über Wert zu verkaufen, damit sie kein Minusgeschäft machen. Marx schlussfolgert: „Die Gesamtheit der Kapitalistenklasse eines Landes kann sich nicht selbst übervorteilen“ (Marx 1962: 177). Natürlich ist dieses Gedankenexperiment rein hypothetisch. Nichtsdestotrotz wird hier deutlich, wie schwierig es ist, ohne *konzertierte* Handlungen die Logik dieses Systems auszuhebeln.

Dass allerdings *konzertierte* Handlungen, also kollektive Machtausübung, wenn wir der Definition der Macht von Hannah Arendt folgen (vgl. Arendt 1970: 44), sehr wohl einen Unterschied machen können, zeigt sich bei Riots. Diese nämlich lassen sich definieren als einen gemeinsamen Angriff ökonomisch ähnlich gestellter Personen auf eine objektive Struktur, welche individuell oder reformistisch nicht auflösbar ist, da die verschiedenen strukturellen Elemente nur *in toto* aufgehoben werden können. Herausgearbeitet hat diese Tatsache erst jüngst Joshua Clover,

” Ziel der Gewalt ist also die Logik des vorherrschenden Wirtschaftssystems an sich.

welcher in *Riot. Strike. Riot* (2016) erklärt, dass ein Riot ökonomisch betrachtet ein Arbeitskampf ist, wie auch Streiks. Der fundamentale Unterschied zwischen beiden ist, dass ein Streik den Preis von *Arbeit*, also den Lohn, aushandelt, während ein Riot den Preis von *Produkten* auf null reduziert (vgl. Clover 2016: 16). Besonders deutlich wird dies bei den regelmäßig stattfindenden Plünderungen bei Riots – beispielsweise während der Proteste der *Gilets Jaunes* in Paris, beim G20-Gipfel in Hamburg und in Tottenham.

Ziel der Gewalt ist also die Logik des vorherrschenden Wirtschaftssystems an sich. Weder Regierung noch Parlament oder Zivilgesellschaft sind die Adressaten der Plünderungen; obwohl der Ort des Riots grundsätzlich die Öffentlichkeit, die *polis* ist (vgl. Clover 2016: 176). Es geht hier nicht um Politik im klassischen, parlamentarischen Sinne. Zwar erklären hier Menschen öffentlich: „Es funktioniert so nicht!“ (vgl. Rancière 1999). Nichtsdestotrotz ist der Zweck der Gewalt trotz ihrer Öffentlichkeit nicht vorrangig die

Kommunikation mit anderen Personen oder dritten Beobachtern. Sobald ein Riot beginnt, findet Gewalt statt, die vorrangig *agiert*. Gewalt in Bezug auf Riots kann als Element gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse gelesen werden, welches allerdings die Logik gesellschaftlicher Strukturen direkt angreift, ohne gleichzeitig eine Alternative vorzuschlagen. Hiermit bricht die Struktur von Riots aus den bisherigen soziologischen Begriffen aus. Wie oben bereits gezeigt gehen soziologische Gewalttheorien grundsätzlich von menschlichen Opfern aus. Hier aber ist das Opfer der Gewalt eine Struktur. Die akteurzentrierten „Innovateure“ können daher nur die Gewalt gegen Polizist_innen analysieren, nicht aber die auf einer höheren Abstraktionsebene ausgeübte Gewalt gegen systemische Logiken.

In den kommenden Jahren wird viel Arbeit zu leisten sein, um Riots insbesondere in westlichen Großstädten adäquat erfassen zu können. Sie überschreiten in ihrer Essenz die Grenzen wissenschaftlicher Felder und erfordern ein Zusammenspiel mehrerer Perspektiven. Wissenschaftler wie Dieter Rucht und Joshua Clover haben mit Bezug auf Riots bereits Vorarbeit geleistet, auf die aufgebaut werden kann. Die Soziologie stellt mit ihren Gewaltdefinitionen ein wichtiges Puzzlestück für die Riotforschung bereit. Und andere hegemoniale Diskurse, beispielsweise um die Nation, aber auch um den Neoliberalismus seit der „subprime crisis“, zeigen, dass

solche Wahrnehmungsverschiebungen sichtbar gemacht und revidiert werden können.

Es wurde deutlich, dass Le Bon mit seiner Massenpsychologie den Grundstein einerseits für die „Crowd Science“ gelegt hat, welche sich hauptsächlich mit dem Bekämpfen von Aufständen befasst und damit Politik und Polizei eine Handlungsanleitung gereicht hat. Andererseits sah die Soziologie lange Zeit keinen Bedarf für eine Revidierung des Bildes, dass Menschen – selbst, wenn sich große Mengen ähnlich ausbreiten wie Epidemien – Viren seien. Mit der Erkenntnis, dass soziale Faktoren und politische Agenden eine zentrale Rolle für das Verständnis von Aufständen spielen, ist die Soziologie allerdings in der Lage, aus dem Schatten von Le Bon herauszutreten.

LITERATUR

Arendt, Hannah (1970): *On Violence*. New York: Harcourt, Brace & World.

Armitage, David (2018): *Civil Wars. A History in Ideas*. New York: Vintage Books.

Bauman, Zygmunt (1992): *Intimations of Postmodernity*. London/New York: Routledge.

Behbehanian, Laleh (2016): *The Pre-emption of Resistance. Occupy Oakland and the Evolution of State Power* (Dissertation). Berkeley: University of California.

Braha, Dan (2012): *Global Civil Unrest: Contagion, Self-Organization, and Prediction*. In: PLOS ONE 7, e48596. doi:[10.1371/journal.pone.0048596](https://doi.org/10.1371/journal.pone.0048596).

- Bresser-Pereira, Luiz Carlos** (2010): The Global Financial Crisis and a New Capitalism? (Working Paper Nr. 592). New York: Levy Economics Institute. Online verfügbar unter: http://www.levyinstitute.org/pubs/wp_592.pdf (14.09.2019).
- Breuer, Stefan** (1988): Max Webers Herrschaftssoziologie. In: Zeitschrift für Soziologie Jg. 17/5, S. 315-327.
- Clover, Joshua** (2016): Riot. Strike. Riot: The New Era of Uprisings. London: Verso.
- Cox, Robert W.** (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method. In: Millennium: Journal of International Studies Jg. 12/2, S. 162-175.
- Debord, Guy** (2010): The Society of the Spectacle. Detroit: Black & Red.
- Drury, John/Stott, Clifford** (2011): Contextualising the Crowd in Contemporary Social Science. In: Contemporary Social Science Jg. 6/3, S. 275-288. doi:[10.1080/21582041.2011.625626](https://doi.org/10.1080/21582041.2011.625626).
- Drury, John/Stott, Clifford** (2017): Contemporary Understanding of Riots: Classical Crowd Psychology, Ideology and the Social Identity Approach. Public Understanding of Science Jg. 26/1, S. 2-14. doi:[10.1177/0963662516639872](https://doi.org/10.1177/0963662516639872).
- Forgacs, David (Hrsg.)** (2000): The Gramsci Reader: Selected Writings, 1916-1935. New York: New York University Press.
- Foucault, Michel** (1986): Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte: Vorlesungen vom 21. und 28.01.1976 am Collège de France in Paris. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel** (2014): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France, 1977–1978, Geschichte der Gouvernementalität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frenzel, Janna/Greif, Philippe/Klein, Fabian/Uhlmann, Sarah** (2016): Riots – Zur Verortung eines unscharfen Phänomens. In: sub|urban Jg. 4 /1, S. 7-24.
- Fritsche, Ulrich** (2004): Stabilisierungs- und Strukturpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds in den 90er Jahren: Hintergründe, Konzeptionen und Kritik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Galtung, Johan** (1969): Violence, Peace, and Peace Research. In: Journal of Peace Research Jg. 6/3, S. 167-191.
- Germain, Randall D./Kenny, Michael** (1998): Engaging Gramsci: international relations theory and the new Gramscians. In: Review of International Studies Jg. 24/1, S. 3-21.
- Gill, Stephen R./Law, David** (1989): Global Hegemony and the Structural Power of Capital. In: International Studies Quarterly Jg. 33/4, S. 475-499. doi:[10.2307/2600523](https://doi.org/10.2307/2600523).
- Gillham, Patrick F./Marx, Gary T.** (2018): Changes in the Policing of Civil Disorders Since the Kerner Report: The Police Response to Ferguson, August 2014, and Some Implications for the Twenty-First Century. In: RSF: The Russell Sage Foundation Journal of the Social Sciences Jg. 4/6, S. 122-143.
- Hardin, Russell** (1997): One for all: The Logic of Group Conflict. Princeton: Princeton University Press.
- Harvey, David** (2005): Spaces of Neoliberalization: Towards a theory of Uneven Geographical Development; [Eighth] Hettner-Lecture [Department of Geography, University of Heidelberg, from 28 June to 2 July] 2004, Hettner-lectures. Stuttgart: Steiner.
- Hitzler, Ronald** (1999): Gewalt als Tätigkeit. Vorschläge zu einer handlungstypologischen Begriffsklärung. In: Neckel, Sighard/Schwab-Trapp, Michael (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges, Soziologie der Politik. Wiesbaden: Springer, S. 9-19.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal** (2014): Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics, London: Verso.
- Le Bon, Gustave** (2001): The Crowd: A Study of the Popular Mind. Mineola: Dover Publications.
- Lewis, Paul/Newburn, Tim/Taylor, Matthew/McGillivray, Catriona/Greenhill, Aster/Frayman, Harold/Proctor, Rob** (2011): Reading the Riots: Investigating England's Summer of Disorder. London: London School of Economics.
- Luhmann, Niklas** (1992): Beobachtungen der Moderne. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Luhmann, Niklas** (2012): Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl** (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Marx Engels Werke. Berlin: Dietz.

Neel, Philipp A. (2014): Counting Riots. In: ULTRA. Online verfügbar unter: <http://www.ultra-com.org/project/counting-riots/> (30.05.2019).

O. V. (2016): AfD-Chefin Petry über Grenzkontrollen: „Notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“. In: Spiegel Online. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/petry-fordert-notfalls-schusswaffen-einsatz-gegen-fluechtlinge-an-der-grenze-a-1074816.html> (26.09.2019).

Pleinen, Jenny (2015): Klasse. Zeitgeschichte digital. In: Zeitgeschichte Digital. doi:[10.14765/zzf.dok.2.584.v1](https://doi.org/10.14765/zzf.dok.2.584.v1).

Rancière, Jacques (1999): Disagreement: Politics and Philosophy. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Reemtsma, Jan Philipp (2008): Vertrauen und Gewalt. Hamburg: Hamburger Edition.

van Riel, Raphael (2005): Gedanken zum Gewaltbegriff. Drei Perspektiven. Hamburg: Universität Hamburg.

Roché, Sébastien (2006): Chronologie des événements et gestion de la crise. In: Violences urbaines, quartiers sensibles et stratégies locales, S. 18-21.

Rucht, Dieter (2016): Riots - Anmerkungen zu Begriff und Konzept. In: sub|urban Jg. 4/1, S. 25-30.

Rudé, Georg (1967): The Crowd in the French Revolution. Oxford: University Press.

Schinkel, Willem (2010): Aspects of Violence. A Critical Theory. Cultural Criminology. London: Palgrave Macmillan UK.

Sklair, Leslie (1997): Social Movements for Global Capitalism: The Transnational Capitalist Class in Action. In: Review of International Political Economy Jg. 4/3, S. 514-538.

Stichweh, Rudolf (2006): Semantik und Sozialstruktur. Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung. Bonn: Forum Internationale Wissenschaft, online verfügbar unter: http://www.fiw.uni-bonn.de/demokratieforschung/personen/stichweh/pdfs/55_semantik-und-sozialstruktur.pdf (14.09.2019).

Stoughton, Seth (2015): Law Enforcement's „Warrior“ Problem. In: Harvard Law Review Jg. 128, S. 225-234.

Thieme, Frank (2003): Kaste, Stand, Klasse., in: Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Wiesbaden: Springer, S. 183-204.

Tilly, Charles (2005): Terror as Strategy and Relational Process. In: International Journal of Comparative Sociology Jg. 46/1-2, S. 11-32. doi:[10.1177/0020715205054468](https://doi.org/10.1177/0020715205054468).

Trotha, Trutz von (Hrsg.) (1997): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 37: Soziologie der Gewalt.

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): Pegida: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.

Wilkinson, Steven I. (2009): Riots. In: Annual Review of Political Science Jg. 12/1, S. 329-343. doi:[10.1146/annurev.polisci.12.041307.075517](https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.12.041307.075517).

ZUM AUTOR

Hendrik Erz, 29, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Er hat in Bonn Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie studiert und seinen Abschluss in Friedens- und Konfliktforschung absolviert. Derzeit forscht er zur Technikfolgenabschätzung von Entwicklungen im Softwarebereich auf autonome Waffensysteme. Seine Forschungsschwerpunkte sind Gewaltsoziologie, Politische Theorie und Softwaretechnologien.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Leonard Mach, Anna-Sophie Tomancok, Andreas Schulz** und **Tatiana Huppertz**.

Fachliteratur zum Thema

Buchempfehlungen der Redaktion

von Andrea Piontek



Die Signaturen des Realen.

Bausteine einer soziologischen Topographie der Wirklichkeit.

von Thorsten Benkel
Springer VS 2007
ISBN: 3867640211
39,00 €

„Jede Beschäftigung mit der Wirklichkeit ist dazu verdammt, Fragment zu bleiben.“ (S. 12) Die Perspektivität welche Wirklichkeitskonstruktionen verhaftet bleibt, denkt Thorsten Benkel in „*Die Signaturen des Realen*“ stets mit. An der Schnittstelle von Soziologie und Philosophie zeichnet er die Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Grenzen sowie Möglichkeiten des Begriffes der Wirklichkeit und der gesellschaftlichen Konstruktion werden unter die Lupe genommen.



Ambivalente Gesellschaftlichkeit.

Die Modernisierung der Vergesellschaftung und die Ordnungen der Ambivalenzbewältigung.

von Matthias Junge
Leske + Budrich 2000
ISBN: 9783810028716
54,99 €

Matthias Junge beschäftigt sich in dem Buch mit der Bedeutung von Ambivalenz für den Vergesellschaftungsprozess, wodurch ein neues Verständnis sozialer Ordnung als einer Vielfalt gleichzeitig nebeneinander bestehender Ordnungen ermöglicht wird. Doch wie schreiten Vorgänge der Vergesellschaftung in einer ambivalenten Wissensgesellschaft voran? Wie kann Gesellschaftlichkeit ambivalent sein? Ist Ambivalenz eine geschlossene Ordnung? Junge untersucht, inwieweit bestehende soziologische Kategorien der Analyse des Phänomens der ambivalenten Gesellschaftlichkeit genügen.

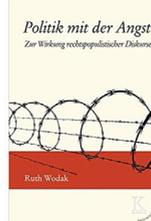


Diskursive Konstruktionen.

Kritik, Materialität und Subjektivierung in der wissenssoziologischen Diskursforschung.

von Saša Bosančić und Reiner Keller (Hrsg.)
Springer VS 2007
ISBN: 9783658257989
49,99 €

Die wissenssoziologische Diskursforschung nimmt die 'diskursive Konstruktion von Wirklichkeit' in den Blick, welche wiederum Einblick in die Konstitution von Wissensstrukturen gibt. In Anschluss an, unter anderem Reiner Kellers Programm des kommunikativen Konstruktivismus, greift der Band methodologische Problemstellungen der Analyse von Materialitäten und Subjektivierungen auf, diskutiert, wie wissenschaftliche Kritik begründet sein soll sowie befragt die interdisziplinäre Anschlussfähigkeit des wissenssoziologischen Zugangs für die Semiotik, die Japanologie, die Geschichtswissenschaft, die ethnographische Praxisforschung und die postkolonialen Theorien. Je nach disziplinären Forschungsinteressen der Autor_innen, der Gegenstände oder Datenformate werden spezifische Ergänzungen und Weiterführungen des Ansatzes der Wissenssoziologischen Diskursanalyse vorgenommen.



Politik mit der Angst.

Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse.

von Ruth Wodak
Edition Konturen 2016
ISBN: 9783902968104
29,80 €

Ruth Wodak hat sich mit rechtspopulistischen Diskursen und Identitätsdiskursen beschäftigt und deren sprachliche Mittel und Strategien untersucht. Wie ziehen rechtspopulistische Parteien Wähler_innen an und wie verändern sie den öffentlichen Diskurs? Wie machen sie dies vor allem in der jüngeren Zeit? In diesem Buch zeichnet die Autorin den Weg rechtspopulistischer Parteien von den Rändern der politischen Landschaft in die Mitte nach – im Versuch, zu verstehen und zu erklären, wie sie sich von Randerscheinungen zu einflussreichen politischen Akteuren entwickelt haben, die auch die Wahl der Themen in den Medien antreiben. Wodak appelliert für eine demokratische Gesellschaft und daran, die politische Sprache zu reflektieren und sich nicht einnehmen zu lassen von rechtspopulistischen „Parallelwelten“. Diesen Appell richtet sie nicht zuletzt an Politiker_innen.

Peter L. Berger
Thomas Luckmann
Die gesellschaftliche
Konstruktion
der Wirklichkeit



Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit.

Eine Theorie der Wissenssoziologie.

von Peter L. Berger und
Thomas Luckmann

Fischer 2003

ISBN: 9783596266234

circa 13,00 €

Das Grundwerk der neueren Wissenssoziologie beschreibt systematisch intersubjektive Prozesse sowie die Erzeugung objektiver Wirklichkeit durch Institutionalisierung, Legitimierung und Internalisierung. Auf Ideen von Max Weber, Emile Durkheim, Arnold Gehlen sowie George Herbert Mead aufbauend, untersuchen Berger und Luckmann die dialektische Beziehung von Subjekt und Gesellschaft. Die Annahme, dass Handlungen sinnhaft sind, stützt sich auf Alfred Schütz' Sozialphänomenologie, womit das Wissen von sozialen Gebilden und Arrangements mannigfaltige Wirklichkeiten schafft. Das Werk bietet den Rezipierenden einen Zugang zu weiteren Ideen im Sinne der verstehenden Soziologie. Andere Wirklichkeiten und ihre subjektive Konstruktion und somit Konstitution von Lebensrealität lassen sich damit verstehend deuten.



Die Wahrheit schafft sich ab.

Wie Fake News Politik machen.

von Romy Jaster
und David Lanius
Reclam 2019

ISBN: 9783150196083

6,00 €

Romy Jaster und David Lanius widmen sich in dem Band dem zeitgenössischen Phänomen der Fake News. Sie konstatieren, dass der Mensch nicht so rational ist, wie er gerne denkt. Fake News – auch wenn nicht in dieser Begrifflichkeit – gibt es schon lange. Neu ist nur ihr Ausmaß – und dies hat mit der Funktionslogik sozialer Netzwerke zu tun. Anhand von Beispielen wie der Brexit-Kampagne, Trump und der russischen Einflussnahme auf linke Fake News leiten die Autor_innen in das Problem ein. Gründe für die Akzeptanz dieser alternativen Fakten sehen Jaster und Lanius in der Vergemeinschaftung mit Anderen, die selbiges Wissen bzw. Einstellungen teilen, dem sog. „Digitalen Tribalismus“. Zuletzt schlagen sie sogar Lösungen vor, um Fake News zu identifizieren.



Soziologie der Angst.

Konzeptuelle Grundlagen, soziale Bedingungen und empirische Analysen.

von Max Dehne
Springer VS 2017
ISBN: 9783658155223
59,99 €

Max Dehne untersucht in seiner Dissertation das Phänomen der Angst. Dabei entwickelt er in seiner Arbeit Grundlagen für eine systematische soziologische Untersuchung von Angst. Sein interdisziplinär anschlussfähiges Konzept erlaubt es, die sozialstrukturellen und kulturellen Bedingungen von Angst sowie angstbezogener Mechanismen systematisch zu bestimmen. Mithilfe eines Modells, das sich an Theorien dynamischer Systeme orientiert, werden diese Aspekte als Bestandteile eines von komplexen Wechselwirkungen geprägten, gleichermaßen psychischen wie sozialen Angstprozesses fassbar. Er differenziert Kontingenzangst, als Angst vor Unbekanntem, und konkrete Angst, als Furcht vor einem bestimmten Objekt. Relevant ist Max Dehnes Arbeit nicht zuletzt, da Angst ein mehr und mehr bestimmender Faktor in öffentlichen Diskursen wird.



10 Minuten Soziologie.

Fakten.

von Gianna Behrendt und Anna Henkel (Hrsg.)
transcript 2018
ISBN: 9783839443620
14,99 €

Der Band „Fakten“ von Gianna Behrendt und Anna Henkel geht der Konstitution von Fakten, genauer alternativen Fakten nach. Wie kommen Fakten zustande, welche soziale und politische Rolle spielen sie und welche Schlüsse können aus der Betrachtung von Fakten gezogen werden? Die Autor_innen nähern sich dem Phänomen u.a. aus Sicht des Sozialkonstruktivismus, der Medienökologie, der Systemtheorie oder der Kritischen Theorie und arbeiten dabei zum Teil an ganz konkreten Beispielen – sei es die Finanzkrise in Griechenland (Isabel Kusche), die Kontingenz von medizinischen Fakten (Julia Bäcker) oder die medialen Strategien von Rechtspopulisten (Heiko Bayer).

Die Buchempfehlungen wurden von **Andrea Piontek** erstellt und von **Cathrin Mund** lektoriert.



PUBLIC

SOCIOLOGY

How to make a *Soziologiemagazin*

von *Andreas Schulz, Hendrik Erz und Veronika Riedl*

94

Obleich sie das Rückgrat moderner wissenschaftlicher Kommunikation sind, werden jene Prozesse kaum wahrgenommen, die zur Entstehung einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift beitragen. Im folgenden Beitrag soll anhand des *Soziologiemagazins* auf die redaktionellen Prozesse eingegangen werden, die hinter einer solchen Veröffentlichung stehen. Somit soll ein Bewusstsein für die meist unsichtbare Arbeit einer Zeitschriftenredaktion geschaffen werden und dadurch ganz im Sinne der *Public Sociology* belichtet werden, wie wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich verbreitet werden.

abstract

Schlagwörter

Public Sociology; Wissenschaftliches Publizieren; Ehrenamtliche Redaktionsarbeit; Soziologiemagazin

Wie entsteht ein Soziologiemagazin?

Wir alle kennen und nutzen sie alltäglich in Arbeit oder Studium: wissenschaftliche Zeitschriftenaufsätze. *JSTOR*, *Google Scholar* und ähnliche Portale legen ihren Fokus entsprechend: Sie bieten uns Aufsätze als PDF-Dateien an. Die Zeitschriften aber, in

welchen diese Aufsätze erscheinen, werden meist nur im Layout und einer kleinen Randbemerkung ersichtlich. Daher stellt sich die Frage: Wie entstehen eigentlich wissenschaftliche Zeitschriften? Genauer gesagt: Wie entsteht *diese* Zeitschrift, wie entsteht das *Soziologiemagazin*? Auf den folgenden Seiten soll eine Einführung in die redaktionelle Arbeit hinter dem

Soziologiemagazin gegeben werden, welches seit 2009 als zunächst jährliches, dann als halbjährliches Periodikum erscheint.

Das *Soziologiemagazin* wird vom gleichnamigen Verein getragen und vom Verlag Barbara Budrich sowohl digital im Open Access als auch gedruckt herausgegeben. Als eine Initiative für mehr studentische Sichtbarkeit im sozialwissenschaftlichen Diskurs wurde der Verein 2007 auf dem studentischen Soziologiekongress in Halle/Saale gegründet, um eine Publikationsplattform auch für ein fachfremdes oder nur „interessiertes“ Publikum zu sein (vgl. Rudolfi/Krüger 2018: 64f.). 2019 setzt sich die Redaktion des Magazins aus rund 15 ehrenamtlichen Sozialwissenschaftler_innen, Berufstätigen und Studierenden unterschiedlicher Fachrichtungen zusammen, die alle ihre ganz eigenen Schwerpunkte und Vorlieben haben. Das ermöglicht eine große Diversität an möglichen Themen für die Call4Papers und Betreuungskompetenzen für die eingesandten Beiträge. Jedes einzelne Mitglied der Redaktion arbeitet jeden Tag dafür, wissenschaftlicher Nachwuchsarbeit zu der Sichtbarkeit zu verhelfen, die sie verdient hat. Dieses Engagement wird von den Autor_innen honoriert: In einer Befragung (n = 86) im Dezember 2017 wurde deutlich, dass das intensive Betreuungsverhältnis von der Einsendung bis zur Veröffentlichung von den Autor_innen sehr wertgeschätzt wird (vgl. Schulz 2018: 78).

Dabei entspricht der Heftentstehungsprozess folgendem Ablauf (siehe Abbildung 1): die Entscheidung für ein Thema sowie die Veröffentlichung und Verbreitung des Call4Papers, die Einsendung von Artikeln durch Studierende und Nachwuchswissenschaftler_innen, das erste double-blind Peer-Review durch die Redaktion, die daran anschließende erste inhaltliche Überarbeitung durch die Autor_innen, das zweite double-blind Peer-Review durch den wissenschaftlichen Beirat (WB) des Journals, die finale Entscheidung der Redaktion über den Heftaufbau und -inhalt, eine weitere inhaltliche Überarbeitung durch die Autor_innen, das Lektorat der Beiträge sowie die Heftgestaltung (vgl. Ring/Krüger 2014). Neben diesem formalen Ablauf, der ungefähr sechs Monate dauert, arbeitet die Redaktion parallel an Servicebeiträgen wie einer Literatur- und Tagungsübersicht, an den durch Redakteur_innen geführte(n) Expert_inneninterview(s), dem Editorial durch die Heftkoordination, der Anzeigenakquise zur Vereinsfinanzierung, Social Media-Arbeit und weiteren Projekten, die weitestgehend asynchron und parallel zur Heftentstehung verlaufen. Im Folgenden soll näher auf die konkrete Heftentstehung eingegangen werden, um in Anschluss daran weitere Vereinsprojekte zu erläutern.

Von der Idee ins Bücherregal

Jedes Heft hat seinen Ursprung in einer Idee; zumeist handelt es sich um ein viel diskutiertes und (wieder) aktuelles Thema. Alle Redaktionsmitglieder können Vorschläge für den geplanten Call4Papers (C4P) einreichen. Nachdem alle Themen und Call-Abstracts eingegangen sind, erfolgt eine erste redaktionsinterne Abstimmung. Die vier höchstvotierten Vorschläge stehen im Anschluss der Social Media-Community zur Abstimmung bereit. Der Call4Papers für diese Ausgabe 02/2019, „*Parallele Welten*“, wurde im Frühjahr 2019 mittels öffentlicher Abstimmung auf Facebook zum Heftthema gewählt. Die_der Ideengeber_in des erfolgreichen Themas hat dann das Vorrecht, den ausführlichen Call zu verfassen. Anschließend wird das Dokument von der gesamten Redaktion kommentiert und überarbeitet, durch unsere Graphikerin und Layouterin gesetzt und anschließend durch unseren Öffentlichkeitsreferenten an Fachschaftsverteiler und Fachorgane wie die *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* (DGS) verschickt sowie in Sozialen Medien verbreitet. Einsendeschluss für die Calls ist immer entweder am 1. Juni oder am 1. Dezember. Im Durchschnitt haben interessierte Autor_innen nach der C4P-Veröffentlichung und der Call-Deadline zirka dreieinhalb bis vier

Monate Zeit, ihre Manuskripte einzusenden. Für inhaltliche und formale Fragen steht die Redaktion dabei stets als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Zeitgleich zu der Veröffentlichung des neuen Calls endet die Reviewphase des Vorgänger-Calls, in welcher eingegangene Einsendungen redaktionsintern ausgewertet und besprochen werden. In diesem Schritt werden erste Entscheidungen darüber getroffen, mit welchen Artikeln die Redaktion für das geplante Heft weiterarbeiten möchte – also in welchen Manuskripten Potential für eine Veröffentlichung steckt und bei welchen Beiträgen der Überarbeitungsaufwand als zu hoch eingeschätzt wird. Darauf folgt das erste anonyme Peer-Review der Beiträge. In dieser Phase lesen zwei bis drei redaktionsinterne und -externe¹ Reviewer_innen die zuvor anonymisierten Manuskripte. Das Verfahren und die Kriterien der Bewertung finden sich im Beitrag von Anett Ring und Maik Krüger (2014). Anschließend erhalten jene Autor_innen, deren Artikel in die nähere Auswahl gekommen sind, ein erstes Feedback, damit sie ihre Artikel inhaltlich überarbeiten.

Nach dieser ersten inhaltlichen Überarbeitungsphase erhält der wissenschaftliche

¹ Seit dem Heft 02/2018 reviewen auch Personen, die nicht Teil der Redaktion sind. Das hat neben der Entlastung der Redaktion den Vorteil, das Bewertungsspektrum quantitativ und qualitativ zu erweitern. Die Personen sind zum Teil ehemalige Redaktionsmitglieder, die selbst wissenschaftlich tätig sind, aber auch studierte Sozialwissenschaftler_innen, die als Praktiker_innen oder Wissenschaftler_innen zusätzlichen Input geben können.

Beirat (WB) die anonymisierten Beiträge und gibt ein eigenes, jedoch für die Redaktion nicht bindendes Urteil ab, auf dessen Basis die Redaktion eine endgültige Entscheidung darüber trifft, welche Artikel in das Heft aufgenommen werden. Der gesamte Review-Prozess erstreckt sich über einen Zeitraum von zweieinhalb bis drei Monaten. Daraufhin erfolgt die zweite inhaltliche Überarbeitungsphase durch die Autor_innen. Anschließend werden die überarbeiteten Artikel von zwei Redaktionsmitgliedern lektoriert, also sprachlich nach Grammatik und Rechtschreibung hin korrigiert. Nach einer letzten Überarbeitung durch die Autor_innen werden die Beiträge gesetzt – und die Ausgabe kann bald veröffentlicht werden. Nachdem die Beiträge für das Heft feststehen und die Aufgaben für die redaktionsinternen Servicebeiträge verteilt sind, schreibt die Heftkoordination, deren Aufgabe die einer Herausgeberschaft gleichkommt, das Editorial, welches ebenfalls lektoriert wird. Die Anzeigenschaltungen werden vom Finanzvorstand eingeholt und andere Call-unabhängige Texte – wie dieser hier vorliegende Beitrag – werden für das Heft fertiggestellt. Diese Druckfahnen werden dann nach einem letzten Proofreading durch die Heftkoordination auf unsere Webseite gestellt und an den Verlag zur Publikation gesendet. Parallel zur inhaltlichen Betreuungsarbeit des Vorgängerheftes fallen bereits eine Reihe an Aufgaben für das Nachfolgeheft an. Daher

ist das Credo nach der Ausgabe ist vor der Ausgabe streng genommen falsch, da die Redaktion zumindest gedanklich parallel an zwei Ausgaben arbeitet.

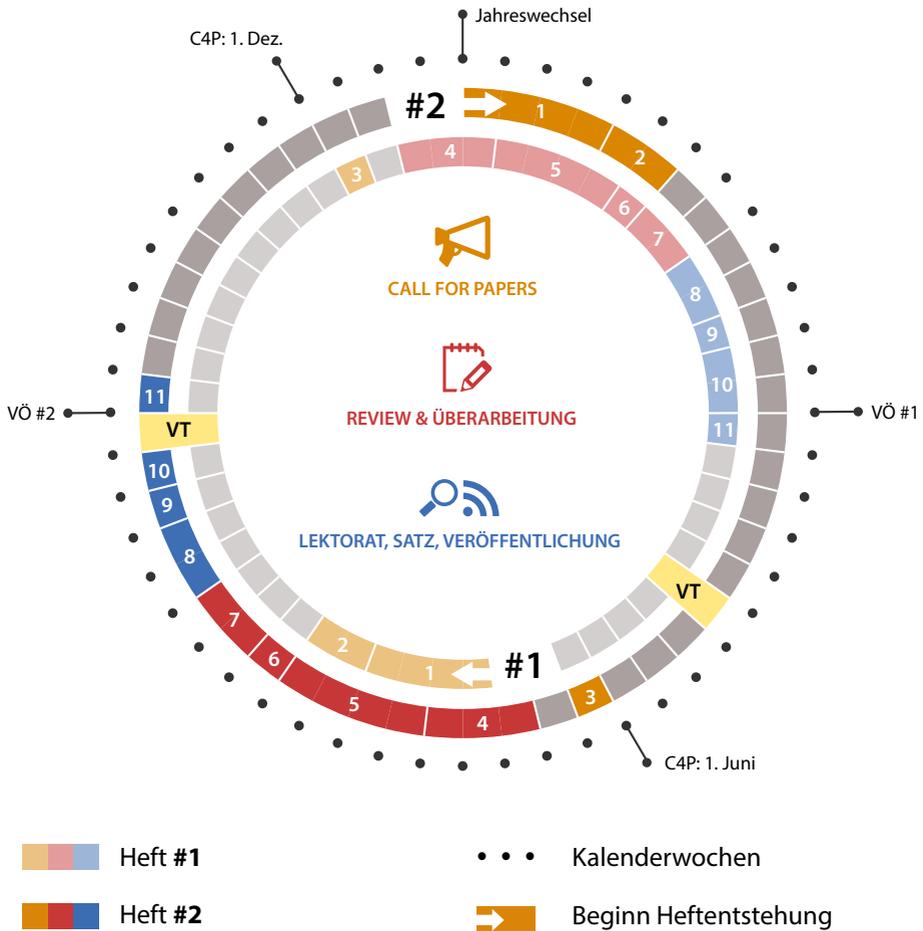
Strukturelle Implikationen redaktioneller Arbeit

Da das Magazin halbjährlich erscheint, sind grundsätzlich zwei Hefte gleichzeitig im redaktionellen Fluss, wie die Zusammenfassung der redaktionellen Prozesse in Abbildung 1 zeigt. Sobald ein Heft in die finale Lektorats- und Satzphase vor der Veröffentlichung gelangt ist, gehen die letzten Einsendungen für den Call des Folgeheftes ein.

Die anfallenden Arbeiten über das Jahr verteilt lassen sich grob in zwei Dimensionen einteilen: projektbasiertes Arbeiten in Zusammenhang mit den Heften sowie kontinuierliches Arbeiten wie das Betreuen von Social Media und von Beiträgen für den Blog. Weiterhin lassen sich viele Aufgaben in hohe versus niedrige Intensität einteilen. Vor allem zu Beginn eines Heftes ist der Arbeitsaufwand überschaubar, wohingegen die Intensität insbesondere kurz vor der Veröffentlichung stark ansteigt. Manche Aufgaben sind vornehmlich mit Bezug auf die Hefte ausgerichtet (so die Heftkoordination), andere eher kontinuierlich (wie die Öffentlichkeitsarbeit) und wieder andere fallen mehrmals im

Das Redaktionsjahr

Entstehungsprozess des *Soziologiemagazins*



98

Abbildung 1
Quelle: Eigene Darstellung

VT

Vereinstreffen

- 1**

Themenfindung C4P

Themensammlung, interne Abstimmung, Abstimmung in Sozialen Medien, Auswertung
- 2**

Verfassen und Veröffentlichen des Calls
- 3**

Call-Deadline

Festlegung der Heftkoordination, Anonymisierung der Manuskripte, Beginn des Reviews
- 4**

1. Reviewphase (intern)

Review, 1. Überarbeitung der Manuskripte durch Autor_in
- 5**

2. Reviewphase (extern)

Manuskripte werden an den Wissenschaftlichen Beirat weitergeleitet, Interview zum Thema wird vorbereitet
- 6**

Entscheidung über Manuskripte

Besprechung der WB Bewertungen, Beginn der Anzeigen-Akquise
- 7**

Finale Überarbeitung der Manuskripte
- 8**

Lektorat und Korrektorat
- 9**

Finale Durchsicht der Artikel
- 10**

Satz und Satzkontrolle
- 11**

Veröffentlichung (VÖ)

Heft wird online veröffentlicht, an Budrich weitergeleitet und beworben

Jahr mit erheblicher Intensität an (wie die Betreuung des Wissenschaftlichen Beirats oder der Satz und das Layout der Hefte).

Geordnet nach Aufgaben sind die Personen in der Heftkoordination die einzigen Redaktionsmitglieder, welche im gesamten Prozess der Heftproduktion involviert sind. Neben der Layouterin sind sie zeitlich und inhaltlich am stärksten in das Projekt eingebunden. Sie sollten die Reviews aus der internen Review-Phase sowie die Reviews des Wissenschaftlichen Beirats kennen und bilden die kommunikative Schnittstelle des Teams. Neben diesen Schlüsselaufgaben benötigt ein Heft Reviewer_innen, Artikelbetreuer_innen, Lektor_innen, Layouterin_innen und Redakteur_innen, die Lust an selbstständiger Textproduktion haben. Neben dem Heft fallen allerdings noch weitere Aufgaben an, für die es engagierte Redaktionsmitglieder braucht: Dauerhaft involviert ist die Öffentlichkeitsarbeit. Zwar werden manche Aufgaben unter den Redakteur_innen aufgeteilt, doch das Bespielen des Blogs ist meist (aufgrund typographischer Konsistenz) Aufgabe einer einzigen Person.

Unsere Arbeit findet aufgrund der disparaten Wohnorte zwischen Wien und Hamburg hauptsächlich online statt. Die monatlichen Redaktionssitzungen werden zunächst per Doodle terminiert und via Skype gehalten. Hier werden der jeweils aktuelle Stand der Hefte und die Aufgabenbearbeitung besprochen, eventuell umdisponiert und die

zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen und Blogreihen geplant.

Abseits des Heftes

Mit unserem Periodikum hört aber die Arbeit der Redaktion nicht auf. Kontinuierlich treffen Emails von interessierten Rezensent_innen in unserem Postfach ein, es werden Beiträge für unseren Blog eingereicht und Verlage bieten uns Rezensionsexemplare neu erschienener Bücher an. Dies sind alles Aufgaben, die von der Redaktion en passant zur eigentlichen Heftredaktion erfüllt werden. Auch abgelehnte Heftbeiträge finden meist ihre Heimat auf dem Blog, denn in jeden Beitrag fließen etliche Stunden Arbeit; diese direkt abzulehnen, würde unserem Motto "Publizieren statt archivieren" entgegenlaufen. Daher werden diese ebenfalls überarbeitet und finden in stark gekürzter Form ihren Platz, oftmals Heftbegleitend, auf dem *soziologieblog* unseres Vereins.

Seit einigen Jahren sind hin und wieder auch Video-Interviews und Mitschnitte von Vorträgen Teil des Portfolios des Soziologiemagazins. Auf den beiden Soziologiekongressen, die zweijährlich stattfinden, interviewen wir Organisator_innen, Vortragende und Personen mit interessanten Forschungsprojekten. Wir halten Vorträge filmisch fest und stellen diese nach Schnitt

und Postproduktion auf unserem YouTube-Kanal zur Verfügung.

Neben den beiden regulären Ausgaben arbeiten wir unregelmäßig an thematischen Sonderheften, welche nicht aus C4Ps hervorgehen, sondern durch die Initiative von externen Herausgeber_innen, meist in Kooperation mit (soziologischen) Uni-Seminaren, entstehen. 2012 wurden die ersten beiden Sonderhefte veröffentlicht: Das erste mit dem Titel „*Soziale Teilhabe – Prekariat, Ungleichheit, Gerechtigkeit*“ entstand in Kooperation mit einer soziologischen Theorieworkstatt an der Johannes Kepler Universität Linz unter der Leitung von Brigitte Aulenbacher; das zweite Sonderheft, „*Komplexe neue Welt*“, ist ein Tagungsband in Kooperation mit den Organisator_innen des gleichnamigen dritten Studentischen Soziologiekongresses. Das ehemalige Redaktionsmitglied Maik Krüger hat im Kontext seiner wissenschaftlichen Mitarbeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München das dritte Sonderheft „*Fürsorge-Relationen – Theoretische und empirische Sichtweisen auf Care*“ herausgegeben. Soziologiemagazin-Redakteur Clément Dréano hat im Rahmen von zwei Masterseminaren zum Thema Kriegsdiskurse an der Goethe-Universität Frankfurt am Main das vierte Sonderheft „*Der Krieg und seine Diskurse – Ethnomethodologische Fallstudien*“ Anfang 2019 herausgegeben. Unser fünftes Sonderheft entstand zwei Jahre nach der erfolgten Anfrage zum Thema „*Fördern und Fordern‘ im Diskurs*“

mit Masterstudierenden der Humboldt-Universität zu Berlin unter der Herausgabe von Katharina Zimmermann und Jan-Ocko Heuer. Das kommende Sonderheft zum Thema Fußball wird voraussichtlich 2020 in Zusammenarbeit mit Lehrbeauftragten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz veröffentlicht. Der Verein plant darüber hinaus einen ersten redaktionsinternen Sammelband, in welchem peer-gereviewte Texte zum Thema „*Flucht und Migration*“ die Forschungen der Redaktionsmitglieder sichtbar machen sollen.

Eine wissenschaftliche Zeitschrift zu veröffentlichen, ist keine leichte Aufgabe. Doch alles in allem ist die Arbeit, welche das *Soziologiemagazin* und ihre Schwesterprojekte in anderen Disziplinen leistet, eine wichtige für die Sichtbarkeit wissenschaftlicher Nachwuchstätigkeit.

LITERATUR

Ring, Anett/Krüger, Maik (2014): Wissenschaftliches Publizieren: Peer Review. In: *Soziologiemagazin* 2/2014. Emotionen. Wie sozial sind unsere Gefühle?, S. 102-105.

Rudolfi, Markus/Krüger, Maik (2018): Geschichte des Soziologiemagazins. Entstehung und Perspektiven 2007 bis 2017, *Soziologiemagazin* 1/2018. Prekäre Lebenswelten. Wie weit ist es nach unten?, S. 64-69, doi: [10.3224/soz.v11i1.07](https://doi.org/10.3224/soz.v11i1.07).

Schulz, Andreas (2018): Quo Vadis Soziologiemagazin. Öffentliche Soziologie im Ist- und Soll-Zustand. In: *Soziologiemagazin* 1/2018. Prekäre Lebenswelten. Wie weit ist es nach unten?, S. 71-85, doi: [10.3224/soz.v11i1.08](https://doi.org/10.3224/soz.v11i1.08).

Der Beitrag wurde von **Tanja Strukelj** und **Tamara Schwertel** lektoriert.



AUS DER
REDAKTION

MACH MIT!

... im Redaktionsteam

Eine eMail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für das Lektorat, den Satz, die Autor_innenbetreuung sowie für die Durchführung von Interviews für unseren YouTube-Channel.

Wenn ihr nicht zum ständigen Redaktionsteam gehören wollt, gibt es die Möglichkeit, uns im Rahmen des Kuratoriums (bzw. Freund_innenkreises) mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

... als Autor_in in unserem Magazin

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschaftlichen Artikel. Außerdem nehmen wir in unseren Serviceteil „Perspektiven“ gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger_in

Schickt uns eure Ideen für Rezensionen aktueller soziologischer Bücher, eigene soziologische Blog-Beiträge oder Interview-Vorschläge an: [beiträge\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:beiträge[at]soziologiemagazin.de)

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologisch interessierten Umfeld weiter. Wir freuen uns!

www.facebook.com/soziologiemagazin
<https://twitter.com/sozmag>
www.youtube.com/user/Soziologiemagazin



Tagungen und Termine

1 Exil – Flucht – Verfolgung

Internationale Tagung in Verbindung mit der Jahrestagung der Sektion Biographieforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 28. bis 30. November 2019 am Methodenzentrum Sozialwissenschaften der Universität Göttingen.

2 Soziologien des Geldes

Jahrestagung der DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie am 5. und 6. Dezember 2019 an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

3 Actual Demographic Research of Young Demographers (not only) in Europe

11. Demographie Konferenz der "Young Demographers" vom 5. bis 7. Februar 2020 in Prag.

4 Wohnen und Gesundheit im Alter

Frühjahrestagung der DGS-Sektion Alter(n) und Gesellschaft vom 13. bis 15. Februar 2020 in Vechta.

5 Gesellschaft braucht Wissenschaft. Wissenschaft braucht Daten

8. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten am 2. und 3. März 2020 im Konferenzzentrum der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.

6 Wissenssoziologische Diskursanalyse

Spring School vom 5. bis 7. März 2020 an der Universität Augsburg.

7 POLITIK MACHT GESUNDHEIT. Gender im Fokus

25. Kongress Armut und Gesundheit vom 8. bis zum 10. März 2020 an der Technischen Universität Berlin.

8 Algorithmen, Künstliche Intelligenz und Lernende Systeme: Ansatzpunkte und Herausforderungen für die sozialwissenschaftliche Gedächtnisforschung

Tagung der DGS-Sektion Wissenssoziologie am 19. und 20. März 2020 am Internationalen Begegnungszentrum der Wissenschaft (IBZ) München e.V.



9 Current Trends in Education

International Perspectives in Education Congress am 2. und 3. April 2020 an der Universität Aegen, Lesbos, Griechenland.

10 Wechselverhältnisse von Theorie, Methodologie und Quantifizierung

Workshop zu Methodologien der quantitativen Sozialwissenschaft an der Technischen Universität Berlin am 7. und 8. Mai 2020.

11 Umstrittene Expertise. Konflikte um den Status von Expertenwissen in der Politik

Frühjahrstagung der DGS-Sektion Politische Soziologie am 7. und 8. Mai 2020 in Erlangen.

12 Realizing Humanity. Perspectives in Education / Perspektiven für Bildung und Erziehung

4. International INASTE-Kongress vom 13. bis 15. Mai 2020 in Wien.

13 Vienna Anthropology Days (VANDA)

2. Wiener Anthropologie Tage vom 28. September bis 1. Oktober 2020 am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

Die Terminübersicht 2019/2020 wurde von **Andreas Schulz** recherchiert und von **Tamara Schwertel** lektoriert.

Redaktionsteam

Andrea Piontek (B.A.), studiert Soziologie in Bielefeld. Aufgaben: Literaturhinweise.

Andreas Schulz (M.A., MA) hat u.a. Soziologie sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Leipzig, Bern und Wien studiert. Aufgaben: Vereinsvorstand, Heft- und Lektoratskoordination, Autor_innenbetreuung, Lektorat und Review.

Cathrin Mund (M.A.), hat Linguistik, Kulturwissenschaft und Soziologie in Kiel, Göteborg und Bayreuth studiert und promoviert an der Universität Bayreuth. Aufgaben: Vereinsvorstand, Betreuung des Wissenschaftlichen Beirats, Lektorat und Review.

Hendrik Erz (M.A.), hat Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie in Bonn studiert und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Aufgaben: Vereinsvorstand, Review, Autor_innenbetreuung, Social Media.

Leonard Mach (M.A.), hat in Konstanz und Jena Soziologie studiert. Aufgaben: Lektorat, Review, Autor_innenbetreuung.

Markus Kohlmeier (M.A.), promoviert an der Universität Duisburg. Aufgaben: Vereinsvorstand und Anzeigen.

Sarah Kaschuba (M.A.), studierte Militärsoziologie und Militärgeschichte an der Universität Potsdam und der University of Mississippi. Aufgaben: Finanzvorstand, Twitter.

Tamara Schwertel (M.A.), studierte Soziologie mit Schwerpunkt empirische Methoden der Sozialforschung sowie Philosophie in Frankfurt am Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, Autor_innenbetreuung, Lektorat, Review.

Tanja Strukelj (B.A.), studiert Soziologie in Frankfurt am Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, Autor_innenbetreuung, Lektorat und Review.

Tatiana Huppertz (M.A.), hat Soziologie und English Studies an der RWTH Aachen studiert und arbeitet als Semantic Expert bei der cognesys GmbH in Aachen. Aufgaben: Lektorat.

Veronika Riedl (B.A., B.A.), studiert Soziologie an der Universität Innsbruck und der Université du Québec à Montréal. Aufgaben: Lektorat, Layout, Satz und Bildredaktion.

Externe Reviewer_innen

Anna-Sophie Tomancok (MA), hat Kultur- und Sozialanthropologie studiert, arbeitet in der Medienbeobachtung bei der Austria Presse Agentur (APA) und ist ehrenamtliches Mitglied der Teilnehmenden Medienbeobachtung (TMB) am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien.

Maik Krüger (M.A.), studierte in Rostock, Tübingen und Linz und forschte anschließend an der LMU München zu den Fürsorgevorstellungen junger Erwachsener. Momentan ist Maik in der Erwachsenenbildung als Coach in München tätig.

Martin Blume (M.A.), abgeschlossenes Soziologiestudium an der Universität Leipzig. Seine Schwerpunkte sind quantitative Methoden, experimentelle Designs und Umfrageforschung.

DANKSAGUNG

107

Das Soziologiemagazin wird – samt dem dazugehörigen Verein – ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen: Studierende und Absolvent_innen der Soziologie und/oder verwandter Fächer, aber auch Promovierende sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und Professor_innen, die sich bei uns als wissenschaftliche Beiräte engagieren. An all diejenigen möchten wir auch diesmal ein herzliches und großes Dankeschön aussprechen. Danke für Eure und Ihre Energie, für die investierte Zeit und Mühe, für Diskussionen und Absprachen sowohl in der Redaktion als auch mit den Autor_innen. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und soll deshalb an dieser Stelle dezidiert bedacht, genannt und gewürdigt werden! Des Weiteren durften wir uns auch diesmal mit zahlreichen und diversen Beiträgen auseinandersetzen; vielen Dank an die dazugehörigen Autor_innen, die Lust, Zeit und vielleicht in manchen Fällen auch Mut gefunden haben, ihre Artikel einzusenden und sich dem Review-Verfahren zu stellen. Ohne solche Einsendungen und Rückmeldungen wäre unsere Arbeit frustrierend oder sogar schlicht unmöglich. Außerdem bedanken wir uns beim Verlag Barbara Budrich für die produktive und zuverlässige Zusammenarbeit. So, und das letzte große Dankeschön geht an die Leser_innen unserer Magazine und des Blogs und an die Menschen, die uns auf Facebook, Twitter und YouTube folgen. Aufgrund Eurer starken Unterstützung macht es uns wiederum großen Spaß, das Magazin – mit allem, was dazu gehört – auf die Beine zu stellen und damit auch weiterhin eine Publikationsplattform für Studierende und Promovierende der Sozialwissenschaften zu bieten.

Altersforschung

Der State of the Art zum Nachlesen



Altersforschung

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

Herausgegeben von Prof. Dr. Karsten Hank,
Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt,
Prof. Dr. Michael Wagner und
Prof. Dr. Susanne Zank

2019, 686 S., brosch., 58,- €
ISBN 978-3-8487-3328-6
nomos-shop.de/27849

Das Handbuch gibt einen für Forschung und Praxis gleichermaßen geeigneten Überblick zum Wissen über das Alter und das Altern in „westlichen“ Gesellschaften zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Fokus liegt dabei auf einschlägigen Beiträgen der Sozial- und Verhaltenswissenschaften und deren Zugang zu ausgewählten Aspekten des Alter(n)s. Eine tragende Säule bilden neben Theorien des Alterns auch „klassische“ Kernthemen, wie etwa sozio-ökonomische Lage und Ungleich-

heiten, seelische und körperliche Gesundheit, soziale Netzwerke und gesellschaftliche Teilhabe. Eine zweite Säule besteht aus Beiträgen zu bislang oft randständig behandelten Themen und emerging topics wie z.B. Hochaltrigkeit, Gewalterfahrungen und Straffälligkeit, Sexualität, Spiritualität und Ethik des Alterns. Eine dritte Säule bilden schließlich eine Reihe alltags- und forschungspraktisch relevanter Themen (z.B. Alter und Technik; Erhebung von Daten in der älteren Bevölkerung).

 Nomos
www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im **Buchhandel** oder
versandkostenfrei online unter nomos-shop.de



Nomos

Impressum

HERAUSGEBER

soziologiemagazin e.V.
Ludwig-Maximilians-Universität München
Institut für Soziologie
Konradstraße 6
80801 München

RECHTSSITZ: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND (VISDPR)

Andreas Schulz (Vorsitzender)
Tamara Schwertel (stellv. Vorsitzende)
Markus Kohlmeier (Finanzen)
Tanja Strukelj
Hendrik Erz
Cathrin Mund
vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION

Andrea Piontek, Andreas Schulz, Cathrin Mund,
Hendrik Erz, Leonard Mach, Markus Kohlmeier, Sarah
Kaschuba, Tamara Schwertel, Tanja Strukelj, Tatiana
Huppertz, Veronika Riedl

FRAGEN BITTE AN

redaktion@soziologiemagazin.de

DESIGN, ILLUSTRATIONEN UND FOTOGRAFIEEN

Veronika Riedl

ANZEIGEN

Ansprechpartner: Markus Kohlmeier
anzeigen@soziologiemagazin.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.05.2015

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher, Prof. Dr. Birgit Blätzel-
Mink, Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Prof. Dr. Aldo Haesler,
Prof. Dr. Ernst von Kardorff, Prof. Dr. Hubert Knoblauch,
Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel, Prof. Dr. Thomas Kron,
Dr. Diana Lindner, Prof. Dr. Kurt Mühler, Dr. Yvonne Nie-
krenz, Dipl. Sozialwirt Harald Ritzau, Dr. Cornelia Schad-
ler, Dr. Imke Schmincke, Dr. Jasmin Siri, Dr. Irene Somm,
Prof. Dr. Manfred Stock, Dr. Sylvia Terpe, Prof. Dr. Paula-
Irene Villa, Prof. Dr. Georg Vobruba, Dr. Greta Wagner

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN

Jährlich zwei Hefte. Open Access
PREIS: Einzelheft Print EUR 13,00;
Abonnement Print: EUR 22,00/ Jahr,
Abonnement Print ermäßigt EUR 18,00/ Jahr
(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten);
E-JOURNAL: kostenlos

Das digitale Angebot finden Sie auf:
sozmag.budrich-journals.de und auf
www.soziologiemagazin.de

BESTELLUNGEN PRINT

bitte an den Buchhandel oder den
Verlag Barbara Budrich
Stauffenbergstr. 7
D-51379 Leverkusen-Opladen
Tel.: +49 (0)2171.344.594
Fax: +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de
www.budrich.de
www.budrich-journals.de
www.shop.budrich.de

Heft 20, Jg. 12, 2019

© 2019 Verlag Barbara Budrich GmbH
Opladen | Berlin | Toronto
ISSN 2198-980X

© 2019 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara
Budrich GmbH erschienen und steht unter der
Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAli-
ke 4.0 International (CC BY-SA 4.0): [https://creati-
vecommons.org/licenses/by-sa/4.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/).

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung,
Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung
der gleichen CC-BY-SA 4.0-Lizenz und unter Angabe
der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und ver-
wendeten Lizenz.

Dieses Heft steht im Open-Access-Bereich der Ver-
lagsseite zum kostenlosen Download bereit ([https://
doi.org/10.3224/soz.v12i2.00](https://doi.org/10.3224/soz.v12i2.00)).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on
Demand) kann über den Verlag bezogen werden.





Nach dem Ende der Geschichte ist vor dem Anfang der Geschichte

Gesamtgesellschaftliche Paradigmenwechsel

Fast alle wirkmächtigen politischen Protestbewegungen der letzten zehn Jahre waren geprägt durch die “Millennials” und “Generation Z” — von Occupy über Podemos bis hin zu „Fridays For Future“ und „Extinction Rebellion“. Gleichzeitig ziehen sich andere Mitglieder dieser Generationen in bürgerlich-konservative Wertvorstellungen zurück; sie versuchen, die steigende gesellschaftliche Komplexität und globale Krisen durch individuelle Ausgleichsmechanismen und persönlichen Verzicht zu bewältigen. Das Hinterfragen grundsätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen ist ihnen fremd; es geht darum, die bestehenden Strukturen – Arbeit und Vorstellungen eines erfüllten Lebens — auszutarieren.

Konservatismus wird von Teilen der jüngeren Generation wieder als gut angesehen und mit der “Identitären Bewegung” gibt es sogar rechtsextreme Strömungen, angeführt von “Millennials”. Es scheint, als seien “Millennials” und “Generation Z” zutiefst gespalten. Während die einen die Welt verändern wollen, greifen die anderen auf alte Wertvorstellungen und traditionelle Konzepte zurück. Gleichzeitig bildet sich immer mehr ein Generationenkonflikt heraus, in welchem die Kinder gegen ihre Eltern rebellieren.

Welche Paradigmen lassen sich ausmachen? Welche entstehen gerade? Wie werden bestimmte Diskurse gesellschaftlich sanktioniert und gerade politisch durch Bewegungen geformt? Welche Auswirkungen haben Bewegungen wie „Extinction Rebellion“ und wie steht es eigentlich um die nicht öffentlich sichtbaren weiten Teile dieser Generationen, welche sich von individuellen Handlungen weit mehr versprechen? Kommt es zu einem Bruch der jüngeren mit ihren Elterngenerationen? Werden Bewegungen wie „Extinction Rebellion“ und „Fridays for Future“ den Diskurs in Richtung stärkerer politischer Beteiligung weiter Bevölkerungsteile verschieben oder wird der „kapitalistische Realismus“ (Mark Fisher) die Oberhand behalten und als Alternative zu externen (Naturkatastrophen) wie internen Krisen (Burnout, Depression) individuelle Lösungsansätze bereitstellen?

Wir wollen eure Beiträge zu diesem weiten Themenfeld! Schickt uns eure Vorschläge bis zum **1. Dezember 2019** an [einsendungen\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:einsendungen[at]soziologiemagazin.de). Natürlich sind wir darüber hinaus immer und themenunabhängig an Rezensionen, Interviews und Tagungsberichten interessiert.

Hilfestellungen für eure Artikel bekommt ihr auf unserer Website unter „[Hinweise für Autor_innen](#)“.